

## THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

### Vergangenheit im Zeichen des Konjunktivs

*Evans, Richard J.:* Veränderte Vergangenheiten. Über kontrafaktisches Erzählen in der Geschichte, 219 S., DVA, München 2014 (engl. 2014).

*Dillinger, Johannes:* Uchronie. Ungeschehene Geschichte von der Antike bis zum Steampunk, 298 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2015.

Menschlichem Einfallsreichtum ist es nicht nur gegeben, sich Geschichten auszudenken, die niemals stattgefunden haben, sondern sich auch auf Zeiten beziehen zu können, die schon längst vergangen sind. Diese Vergangenheiten sollen als Gesamtheit der ‚Geschichte‘ gegenwärtig gehalten werden, um verschiedenen Zwecken und Anforderungen zu dienen, beispielsweise um Identitäten auszubilden oder Orientierungen anzubieten. Was aber, wenn beide Formen der Einbildungskraft überkreuzt werden, wenn also niemals stattgefundenen Geschichten in den Kontext einer tatsächlichen Vergangenheit verlegt werden? Ungeschehene Geschichte dieser Art ist mehr als eine intellektuelle Spielerei; sie ist eine Möglichkeit unter vielen, mit denen sich Menschen und Kollektive ‚verzeiten‘, mit denen also Anwesendes mit Abwesendem gekoppelt wird, um die menschliche Grunderfahrung von Werden und Vergehen sinnvoll auszugestalten.

Allein schon als bestehende Praxis verdient diese Form der Verzeitung unsere Aufmerksamkeit. Da trifft es sich, dass kurz hintereinander zwei Veröffentlichungen erschienen sind, die sich Nutzen und Nachteil des Kontrafaktischen für die Historie widmen – und dabei zu durchaus unterschiedlichen Antworten kommen. Um es kurz und knapp zu machen: Während Richard J. Evans allen Versuchen recht skeptisch gegenübersteht, alternative Vergangenheiten zu entwerfen, ist Johannes Dillinger nicht nur von den theoretisch-methodischen, sondern auch den ästhetischen Möglichkeiten überzeugt, die in der Frage nach dem „Was wäre gewesen, wenn [...]“ stecken.

Eigentlich eine für jeden Rezensenten dankbare Situation: Zwei Bücher, die sich nicht nur dem identischen Gegenstand zuwenden, sondern auch hinsichtlich ihrer Vorgehensweise

und der herangezogenen Literatur zahlreiche Überschneidungen aufweisen – allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, gegensätzliche Schlüsse aus ihrer Darstellung zu ziehen. Weniger dankbar ist es jedoch, wenn man zu der Einsicht kommen muss, dass beide Bücher mit ihren jeweiligen Argumentationen nicht so recht überzeugen können.

Evans' Buch geht auf eine Reihe von Vorlesungen zurück, die er 2013 in Jerusalem gehalten hat. In vier Kapiteln unternimmt er im Wesentlichen einen thematisch grob geordneten Gang durch die vorhandene Literatur vor allem britischer und deutscher Provenienz, wobei sich die Schwerpunkte von der Historiographiegeschichte des Kontrafaktischen über die Konjunktur der ‚virtuellen Geschichte‘ (und dem gleichnamigen Sammelband von Niall Ferguson) sowie den kontrafaktischen Modellen zum Nationalsozialismus (vor allem in der Belletristik) verschieben, um schließlich in einem vierten Kapitel das zuvor bereits Resümierte nochmals zusammenzufassen. Bei diesem Durchgang durch eine große Anzahl an alternativen historischen Szenarien und sehr vielen Veröffentlichungen wird recht schnell deutlich, warum Evans das Spiel mit den ungeschehenen Geschichten nicht mag: weil ihm Geschichte dafür deutlich zu ernst ist.

Dieser nicht zuletzt ethische Impetus ist durchaus verständlich. Aber es wäre hilfreicher gewesen, wenn Evans dieser Haltung argumentativ noch ein wenig den Rücken gestärkt hätte. Dazu hätten weniger Literaturüberblick und mehr Analyse kontrafaktischer Darstellungen helfen können. Deutlich werden die Probleme beispielsweise, wenn Evans im dritten Kapitel seitenweise Romane aufführt, die alternative Geschichten des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges in das Zentrum des Geschehens rücken und die als dezidiert fiktionale Texte gar keine Geschichtsschreibung sein wollen – weshalb Evans' Vorwurf auch ins Leere gehen muss, dass sie den Ansprüchen einer kontrafaktischen Geschichte nicht genügen könnten.

Dieses nicht explizierte Problem findet sich auch in Dillingers Buch, dass nämlich aus einer ungeschehenen Geschichte eine unterschiedslose Geschichte wird, wenn geschichtswissenschaftliche und belletristische Darstellungen in einen Topf geworfen werden. Dabei folgen beide unterschiedlichen Intentionen. Während es für literarische Darstellungen zum Wesensmerkmal gehört, sich Geschichten ausdenken zu dürfen, die so niemals stattgefunden haben müssen (und insofern fast immer kontrafaktisch sind), sollte im

geschichtswissenschaftlichen Zusammenhang vor allem ein theoretisch-methodisches Moment die wesentliche Rolle spielen, nämlich das Problem der Kausalität zu behandeln.

Genau diese Frage, ob die kontrafaktische Geschichte über ein ernst zu nehmendes analytisches Potenzial verfügt oder nicht, kommt zwar in beiden Büchern vor, wird aber bei Weitem nicht so eingehend behandelt, wie es angemessen gewesen wäre. Evans trägt wichtige Einwände vor, wenn er zurecht die übergroße Bedeutung bemängelt, die in kontrafaktischen Darstellungen Personen und Ereignissen zugemessen wird. Zudem deckt er einen inneren Widerspruch solcher historischer Alternativen auf, die einerseits zwar die Bedeutung des Zufalls in historischen Entwicklungen betonen, in ihren eigenen Schilderungen dann aber fast schon zwangsläufig einem strengen Determinismus folgen müssen. Schade ist nur, dass Evans in seinem Buch aus diesen Argumenten zu wenig macht und zum Beispiel die Gründe nicht näher analysiert, weshalb es dem Kontrafaktischen kaum zu gelingen scheint, sich auf strukturelle Gegebenheiten einzulassen und sozial- oder kulturgeschichtliche Szenarien zu entwickeln. Ginge man solchen Fragen nach, könnte man von entsprechenden Darstellungen profitieren, unabhängig davon, ob man sie goutiert oder nicht.

Auch Johannes Dillinger rückt statt des analytischen Zugangs den Überblick über die vorhandene Literatur in den Vordergrund, so dass es sich im Wesentlichen um eine ausführlich kommentierte Bibliographie handelt. Neben den auch bei Evans behandelten historischen und belletristischen Werken finden sich hier zusätzlich Kapitel zu kontrafaktischen Darstellungen in Filmen und im sogenannten Steampunk.

Dass Dillinger sich mit Verve auf sein Thema einlässt, kann man nicht nur anhand der Menge an Literatur erkennen, die hier zusammengetragen wird, sondern auch an der Zahl der Fragezeichen, mit der dieses Buch bevölkert ist. Schließlich erweist sich das Kontrafaktische (wobei Dillinger den Begriff der Uchronie bevorzugt, einer temporalbegrifflichen Parallele zur Utopie) als besonders anfällig für dieses Satzzeichen. Dillinger folgt diesem Pfad und führt seiner Leserschaft alle möglichen alternativen historischen Szenarien in Frageform vor.

Sicherlich lässt auch Dillinger die methodischen Aspekte kontrafaktischer Praxis nicht aus, aber sie spielen auch bei ihm nicht die Hauptrolle. Das zeigt sich an einer Problemstellung, die ebenfalls in beiden Büchern thematisiert wird und zum

Verständnis sowie den (Un-)Möglichkeiten des kontrafaktischen Genres deutlich mehr hätte beitragen können: Dillinger und Evans beantworten die Frage, weshalb es ab 1990 zu einem merklichen Anstieg kontrafaktischer Darstellungen kam, mit dem wenig überraschenden Hinweis, dass dies eine Reaktion auf die Umbruchsituation nach den Epochenjahren 1989/90 und den damit einhergehenden Verunsicherungen sei. Anstatt aber diesen Aspekt konsequent weiterzuverfolgen und sich systematisch zu fragen, unter welchen Bedingungen das Kontrafaktische besonders gedeihen kann, lassen sie es mit dieser knappen Begründung bewenden, um sich wieder ihrem Literaturüberblick zuzuwenden.

Wir werden also weiterhin auf eine Untersuchung warten müssen, die sich ernsthaft dem Nutzen und Nachteil des Kontrafaktischen für die Historie und für das Leben widmet.

Düsseldorf

Achim Landwehr

## Über Materialität schreiben

*Gerritsen, Anne/Riello, Giorgio (Hrsg.): Writing Material Culture History, 352 S., Bloomsbury, London/New York 2014.*

Innerhalb der Geschichtswissenschaften ist seit einigen Jahren zunehmend der Aspekt der Materialität thematisiert worden. Dieser neue Blickwinkel reicht von einer verstärkten Zuwendung zu materiellen Aspekten der Vergangenheit bis zum Anspruch Geschichte(n) auf der Basis einzelner Objekte schreiben oder Dinge als Akteure („Aktanten“) interpretieren zu können (vgl. dazu die rezente Übersicht bei Knoll „*Nil sub sole novum* oder neue Bodenhaftung?“, in: *Neue Politische Literatur* 59 (2014), H. 2, S. 191–207).

Der von den beiden britischen Globalhistorikern Anne Gerritsen und Giorgio Riello herausgegebene Sammelband ist als Studienbuch konzipiert, das einen Überblick zu Ansätzen einer *material culture history* „for students and teachers“ (S. 1) gibt. Es sollen theoretische und methodische Überlegungen vorgestellt werden, die bewusst die disziplinären Grenzen überschreiten – das heißt neben Ansätzen der Geschichtswissenschaften solche der Kunstgeschichte, Anthropologie, Archäologie und Museologie einbeziehen. Der Fokus des Bandes liegt vor allem auf der westlichen Welt (besonders Nordamerika und England, der asiatische

Raum ist über Transfers von Objekten präsent), in zeitlicher Hinsicht finden die Frühe Neuzeit und das 19. Jahrhundert die stärkste Berücksichtigung. Die Bandbreite des Materiellen reicht von einer Auseinandersetzung mit frühneuzeitlichen Inventaren über die Analyse von Konsumgütern des 18. und 19. Jahrhunderts bis zur Frage der materiellen Ausstattung von Historienfilmen.

Die Beiträge gliedern sich in drei Abschnitte, „The Disciplines of Material Culture“, „The Histories of Material Culture“ und „The Presentations of Material Culture“. Somit werden im ersten Teil involvierte Disziplinen und Zugänge vorgestellt, der zweite Teil soll das Verhältnis respektive Verknüpfungen zwischen den Geschichtswissenschaften und *material culture* herausarbeiten, im letzten Teil finden sich praktische Überlegungen zum Sammeln, Ausstellen und Erhalten von Objekten. Abgeschlossen wird der Band durch eine Auflistung von Internetlinks, die auf Museen (zumeist der westlichen Welt) und für *material culture* relevante „resources and libraries“ verweisen.

Im Folgenden soll jeweils ein Beitrag aus den drei Abschnitten exemplarisch vorgestellt werden. Ein Kapitel zur synthetischen Textilfaser Lycra beginnt mit einem wissenschaftsgeschichtlichen Überblick zum Verhältnis zwischen Geschichtswissenschaften und Anthropologie, daran anknüpfend werden anhand des Fallbeispiels Lycra die Vorteile und das Potenzial einer systematischen Verbindung dieser beiden Disziplinen in Bezug auf die *material culture* aufgezeigt. Ein weiterer Beitrag rekonstruiert Emotionen auf der Basis von Objekten, in diesem Fall von Stoffresten eines Londoner Findelhauses des 18. Jahrhunderts. Bei der Abgabe von Kindern konnten die Mütter ein selbstgewähltes Zeichen („token“) hinterlassen, das zu einer möglichen späteren Identifikation diene. Diese Objekte, meist Textilien, können nicht nur Rückschlüsse auf materielle, sondern auch – partiell – auf emotionale Bereiche zulassen, zudem können die Objekte als Ausdrucksmöglichkeit für nur begrenzt schreib- und lesefähige Frauen gesehen werden. Im Mittelpunkt eines museologischen Beitrages steht der Bedeutungswandel eines französischen Schreibtisches aus dem beginnenden 18. Jahrhundert, der beim Ankauf durch das Museums in den 1970er Jahren als wichtiges Stück gesehen wurde und nun – aufgrund des Umstandes, dass zur Mitte des 19. Jahrhunderts umfangreichere Restaurierungsarbeiten an diesem Objekt erfolgt waren – eine Abwertungsprozess erlebt und somit seinen Platz im Speicher gefunden hat.

In ähnlich inspirierender, verständlicher und überzeugender Weise ist der Großteil der anderen Beiträge verfasst. Vielfach – und das erscheint mir als ein überaus wichtiger Punkt für ein Studienbuch – reflektieren die Texte kritisch die eigenen Ansätze, wägen deren Ertrag ab und machen Probleme explizit. Die Bebilderung ist gelungen, da sie selektiv ist und die jeweiligen Bilder in der Regel in die Argumentation der Beiträge eingebunden wurden beziehungsweise die analysierten Objekte zeigen. In überzeugender Weise wurde der Anspruch der Interdisziplinarität und Internationalität eingelöst.

Einzelne Beiträge sind aber überraschend konventionell, deskriptiv oder bleiben bei der Analyse vage und bilden somit nur eine bedingt taugliche Anregung für Schreibende (vgl. etwa die Konjunktive und Fragezeichen auf S. 106). An manchen Stellen verwenden die Autoren und Autorinnen kulturalistische Konzepte und Termini, erklären diese aber nicht (z. B. *agency* oder *hybridization*). Auch die unterschiedliche Länge der Kapitel wirkt mitunter willkürlich und folgt keinem offensichtlichen Konzept. Durch ihre Kürze bleiben einige Beiträge oberflächlich und Literaturverweise sehr selektiv (vgl. den Beitrag zur Reparatur von Textilien, der deutlich hinter dem Forschungsstand zurückbleibt). Vielleicht kann man dem Band auch vorwerfen zu stark auf Kulturwissenschaften bezogen zu sein: Andere neuere Ansätze, in denen Materialität durchaus eine Rolle spielt, werden nicht (beispielsweise die Umweltgeschichte) oder nur am Rande (Technikgeschichte) erwähnt. Erstaunlich ist auch, dass das in der Globalgeschichte stark rezipierte Konzept der *commodity chains* fehlt, ebenso wie eine Diskussion der Überlegungen Bruno Latours. Manche Aussagen lesen sich etwas unglücklich, etwa, wenn die Einleitung visuelle Quellen explizit aus der *material culture* herausnimmt (S. 9), diese in einzelnen Beiträgen aber doch berücksichtigt werden oder wenn darauf verwiesen wird, „that the average European adult man or woman would have spent most of his or her life within a radius of just a few miles“ (S. 118).

Die zuletzt angeführten Punkte sind nur als kleinere Kritikpunkte zu verstehen, die keinesfalls die Relevanz und den Gebrauchswert des Sammelbandes reduzieren. „Writing Material Culture History“ macht insgesamt die Notwendigkeit deutlich, die materielle Dimension in den Geschichtswissenschaften systematisch zu berücksichtigen und zeigt in sehr anschaulicher Weise Möglichkeiten und Wege der Umsetzung. Somit handelt es sich um eine Veröffentlichung, die

man sich in dieser Form auch für andere theoretische und methodische Ansätze wünschen würde.

Salzburg

Georg Stöger

### Neuere Meinecke-Forschung

*Kämmerer, Wolfgang*: Friedrich Meinecke und das Problem des Historismus, 373 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

Wolfgang Kämmerers Untersuchung zu Friedrich Meineckes Historismusbegriff beruht auf einer im Jahr 2000 in Frankfurt am Main eingereichten Dissertation. Aufgrund der relativ langen Dauer, die zwischen Abfassung und Veröffentlichung lag, konnte man zunächst fürchten, dass der Band bereits mit seinem Erscheinen veraltet sei, denn das von Vertretern der Sozialgeschichte, besonders von Imanuel Geiss, geprägte Meineckebild war gerade in den letzten zehn Jahren einem grundlegenden Wandel unterworfen, der durch neue Editionen und Studien herbeigeführt wurde. Zu verdanken ist die Neudeutung Meineckes vor allem dem jüngst verstorbenen Gerhard A. Ritter – einem der letzten deutschen Historiker, die mit Meinecke noch persönlichen Umgang hatten. Die beiden von ihm edierten und umfassend eingeleiteten Bände mit Briefen und Dokumenten Meineckes (2006/2012) sowie flankierende Aufsätze haben dazu geführt, dass Meinecke heute nicht mehr als knochentrockener, konservativer Herzensmonarchist und Vernunftrepublikaner gesehen werden darf, der latent antisemitisch war und mit seinem Werk den fatalen ‚deutschen Sonderweg‘ mit zu untermauern geholfen habe. Vielmehr erscheint Meinecke nun als freiheitlich-liberaler Gefühlsrepublikaner (seit den 1920er Jahren), der neue geschichtstheoretische Ansätze zwar nicht selbst aufnahm, aber durch die Förderung einer bunt gemischten Schülerschaft tolerierte und indirekt mitförderte. Die Aufsätze eines Sammelbandes von Gisela Bock und Daniel Schönplug (2006) haben dieses Bild bestätigt.

Kämmerers Untersuchung fügt sich (auch hinsichtlich der Berücksichtigung aktueller Literatur) in die neuere Meinecke-Forschung ein und zeigt sich so ganz auf der Höhe der Zeit. Damit nicht genug, bereichert sie die Forschungslandschaft um eine nicht nur mit Blick auf Meinecke, sondern für die gesamte Historismusforschung zentrale Einsicht: Meineckes

Historismusbuch und themennahe Aufsätze erscheinen im Licht von Kämmerers Darstellung anders als bisher nicht als rein historiographiegeschichtliche Glorifizierungen des Historismus als einer durch „Individualität“ und „Entwicklung“ geprägten deutschen Entwicklung, die in Leopold von Ranke gipfelt. Vielmehr kann Kämmerer sehr plausibel darlegen, dass Meinecke in und mit seiner Historiographiegeschichte um eine Lösung des Historismus als Problems, also um eine Antwort auf das Problem des historischen Werte- und Faktenrelativismus, gerungen hat. Historiographiegeschichte als Problemgeschichte: Mit dieser These überbrückt der Autor die seit langem bestehende Opposition zwischen den Historismusdeutungen Jörn Rüsens und seiner Schüler (Historismus als Epoche deutscher Geschichtswissenschaft) und Otto Gerhard Oexles und seiner Schüler (Historismus als Problem des Relativismus, das durch Max Weber überwunden wurde). Das ist eine bedeutende Leistung.

Den Ausgang nimmt Kämmerers Band mit Skizzen zur „Krisis des Historismus“, in denen der Autor die Lösungsversuche Ernst Troeltschs, Max Webers und Otto Hintzes vorstellt. Im Anschluss daran folgt der Hauptteil des Buches. Er enthält eine Analyse von Meineckes „Die Entstehung des Historismus“ und der begleitenden Aufsätze, die wohlthuend wenig referierend und dafür stark problemgeleitet ist: Kämmerer kontextualisiert Meineckes Bezug zum Historismusproblem sozial (Meineckes Diskussionen mit Troeltsch, Weber, Hintze), politisch (Meineckes politisches Umdenken nach 1918), philosophisch (Meineckes Auseinandersetzung mit der naturrechtlichen Aufklärung), wissenschaftsgeschichtlich (Meineckes Goethe- und Rankerezeption) sowie religiös-ethisch (Meineckes Protestantismus und sein Gewissensbegriff). Dabei erscheint die Krisis-Erfahrung besonders um 1918 als ausschlaggebender Impuls für Meineckes Schaffen in den letzten vier Jahrzehnten seines Lebens. Mit seinen Veröffentlichungen habe Meinecke „die umwälzenden und grundlegenden Einsichten des Historismus [...] mittels einer geistesgeschichtlichen Rekonstruktion namhaft [machen], dadurch [bewahren] und darüber hinaus in ihrer ungebrochenen Aktualität und Bedeutung für das Geistesleben“ (S. 281) akzentuieren wollen. Anders als Troeltsch, der sich bei seinem Lösungsversuch des Historismusproblems auf G.W.F. Hegel stützte, anders auch als Weber, der die Werte- von der Wissenssphäre zu trennen suchte, und ähnlich wie Hintze habe Meinecke mit Rückgriff auf Goethe und Ranke die „Krisis“



zu überwinden gesucht. Zentrale Instanz war ihm hierfür das „Gottverwandteste im Menschen“, das „Gewissen“. Da aber aus Meineckes Sicht Goethes Weltfrömmigkeit und Rankes Providenzglaube, die zu ihrer Zeit gegen einen historischen Relativismus geschützt hätten, nicht auf die veränderten Verhältnisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts übertragbar gewesen seien, habe Meinecke in der Verantwortung des Einzelnen vor seinem eigenen Gewissen jenes Mittel gesehen, das einer durch die konsequente Vergeschichtlichung alles Seins und aller Werte herbeigeführten Beliebigkeit entgegenstehe: „Im Vertrauen auf das menschliche Gewissen und in einem ‚Minimalglauben‘ – einem von jeder Providenz und von jedem ‚Automatismus-zum-Guten‘ freien Glauben an eine vernünftige Substanz, die Welt und Geschichte unterlag – fand Meinecke für sich persönlich einen Halt im Geschichtsverlauf“ (S. 282). Wie bei Troeltsch, Weber und Hintze war das Individuum bei Meinecke der einzige Ausgangspunkt, von dem aus das Problem des Historismus zu lösen war. Kämmerer sieht deshalb mit Berufung auf Ernst Schulin, der den Existentialismus als bedeutendste Fortentwicklung des Historismus bezeichnet hat, eine existenzphilosophische Tiefe in Meineckes Werk, die ohne Zweifel als Antwort auf den Verlust der Deutungskraft metaphysischer – religiöser wie philosophischer – Gesamtwelterklärungen zu sehen ist.

Inwieweit Meineckes Lösungsversuch für das Historismusproblem auch heute noch zeitgemäß ist, muss offen bleiben. Kämmerer bietet für diese Diskussion Ansätze, indem er ihn kurz auf drei „Neohistoristische Tendenzen“ (Postmoderne, Kulturrelativismus, Neue Kulturgeschichte) anwendet. Sicherlich bleibt Meineckes Lösung immer stark an jenen bürgerlichen Kulturprotestantismus rückgebunden, den Kämmerer für Meinecke ausmacht und der vormals religiös-philosophisch fundierte Welterklärungen in existentialistischer Weise in das einzig auf seine Vernunft und sein Gewissen verpflichtete Individuum transformiert hat.

München

Stefan Jordan

### Eine Organisation ist eine Organisation

Kühl, Stefan: Ganz normale Organisationen. Zur Soziologie des Holocaust, 411 S., Suhrkamp, Berlin 2014.

Mit seinem Titel sucht der Bielefelder Soziologe Stefan Kühl bewusst die Nähe zu Christopher Brownings zentraler Studie „Ganz normale Männer“, die 1993 in Deutschland erschien. Browning untersucht in seinem Buch die Einsätze des Hamburger Reserve-Polizeibataillons 101, das während des Zweiten Weltkrieges an der Ostfront aktiv an Deportationen und Massenexekutionen von Juden beteiligt war. Der US-amerikanische Holocaustforscher weist nach, dass die Mitglieder der Einheit keine Dämonen waren, sondern „normale Deutsche“, die aus Kameradschaft und im Gruppenzwang gehorchten und handelten. Auch Daniel Goldhagen nahm wenige Jahre später in seiner Fallstudie „Hitlers willige Vollstrecker“ jenes Polizeibataillon 101 ins Visier, versuchte dessen Polizisten allerdings als „eliminatorisch-antisemitische“ Deutsche zu entlarven. Beide Studien stellen die Akteure – die „Täter“ – in den Blick. Beide versuchen anhand sozialpsychologischer Erklärungen die Motivationen und Handlungsmöglichkeiten herauszuarbeiten. Etwas ganz anderes hat hingegen Stefan Kühl im Sinn, der sein Buch ganz explizit als soziologischen Gegenentwurf versteht, als eine organisationssoziologische Analyse von „Holocaust“ und „Täterschaft“. Damit wendet er den Blick weg von den Tätern – hin zum ordnenden System einer Organisation, die deren (mörderisches) Handeln ermöglichte beziehungsweise strukturierte.

Das Buch kann mit einem doppelten Erkenntnisinteresse gelesen werden: Auf der einen Seite, im Anmerkungsapparat, findet die Auseinandersetzung mit der Diskussion über NS-Täterschaft seit Browning und Goldhagen statt; hier präsentiert Kühl (und nicht nur da) eine historisch informierte Auseinandersetzung mit damaligen und neueren Debatten zu NS-Verbrechen sowie späteren juristischen Aufarbeitungsansätzen. Darüber hinaus findet sich in den Fußnoten auch eine instruktive, inhaltlich fokussierte Darlegung der Luhmann'schen Systemtheorie. Auf der anderen Seite – und dies ist zweifellos auch die Hauptintention der Studie – stellt das Werk einen interessanten Entwurf der Soziologie dar, den Holocaust zu erklären (vgl. auch Christ, Michaela/Sunderland, Maja (Hrsg.): Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven, 2014; hier insb. Christ, Michaela: Gewalt in der Moderne. Holocaust und Nationalsozialismus in der soziologischen Gewaltforschung, S. 332–364).

Kühl zufolge kann über die Systemtheorie erklärt werden, auf welche Weise der

Völkermord an den Juden sich entwickeln und entfesseln konnte. Im Blick seiner Studie steht, wenngleich nicht ausschließlich, einmal mehr das Reserve-Bataillon 101. Er betrachtet Einheiten wie diese als Gewaltorganisation und zeigt in seiner Untersuchung auf, wie sich deren Funktionieren und Fähigkeit, ganz normale deutsche Männer zu extremen Verbrechen zu animieren, entwickelte. Eine Organisation ist für Köhl ein soziales Gebilde, das einen Zweck (Ziel) hat und deren Mitglieder auf dieses Ziel hin freiwillig tätig sind. Der Holocaust, so seine zentrale These, konnte in der Art und Weise nur durchgeführt werden, „weil der NS-Staat sich auf Organisationen – also ein zentrales Prinzip moderner Gesellschaften – stützen konnte. Und Organisationen differenzieren Mitgliedschaftsrollen und bringen ihre Mitglieder dazu, Dinge zu tun, die sie außerhalb der Organisation nicht tun würden“ (S. 299).

Angehörige von militärischen Einheiten oder anderen NS-Organisationen unterlagen einer besonderen Bindungskraft. Anhand der Kategorie „Zweckidentifikation“ zeichnet Köhl nach, wie weltanschauliche Erziehung den Grundstein für die Legitimierung der Ziele des NS-Staates und Einbindung in seine Organisationen legte. Kapitelweise werden Handlungsmotive wie Zwang, Gehorsam, Kameradschaft, Geld, Handlungsattraktivität und Entmenschlichung der Opfer diskutiert, aber auch die Verantwortungsentlastung durch die Legalisierung der Gewalt. „Normale Männer“, so sein Resümee, entwickelten im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in einer Gewaltorganisation stets dann die Bereitschaft ihr Verhalten zu radikalisieren, wenn sie die Ziele dieser Organisation teilten: Mit der Beteiligung an Massenerschießungen erreichte diese Übereinkunft den Höhepunkt der Brutalität.

Die Organisation in sich, so Köhl, ist funktionstüchtig. Die Täter mussten dafür weder antisemitisch noch Gesinnungstäter, noch notwendigerweise Deutsche sein – im Gegenteil, für ein reibungsloses Funktionieren durften sie keinesfalls Kriminelle oder Mörder sein: Sehr viele aus heutiger Sicht verbrecherische Organisationen zeichneten sich gerade durch die Normalität ihrer Programme, ihrer Kommunikationswege und ihres Personals aus. Als Mitglieder staatlicher Gewaltorganisationen wie der Armee, Milizen und Polizei erfüllten die Männer nunmehr ihre Aufgaben. Die Motivation des Personals ermöglichte eine reibungslose Umsetzung der Aufgaben des Staates: „[N]iemand musste eine spezifisch ausgerichtete Personalauswahl

treffen, da alle innerhalb eines Systems eingebunden und einsetzbar waren“ (S. 304). Da zahlreiche „ganz normale Organisationen“ an der Durchsetzung der Ziele des Nationalsozialismus beteiligt waren, konnte der NS-Staat auf seine Mitglieder bauen.

Doch mit Fortdauer der Lektüre schleicht sich Unbehagen ein. Alles ganz normal gewesen damals – im NS-Staat gingen ganz normale Leute ihrer gewöhnlichen Arbeit nach? Dass viele Menschen zu Mördern geworden sind, geht hinter der Systemtheorie unter. Zu fragen wäre nach den handelnden Akteuren, nach den Organisatoren der Organisationen: Gab es am Ende doch nur eine Anzahl von Strategen – Männer in den oberen Führungspositionen –, die die Masse der Befehlsempfänger und -empfängerinnen dirigierte? Welche Rolle spielten Rivalitäten, Eitelkeiten oder Machtkämpfe in den Führungspositionen und in den anderen Ebenen? Zwar liefert die Systemtheorie durchgehend Antworten auf solcherlei offene Fragen, doch werden sie ausschließlich innerhalb eines funktionalen Systems eingebracht. So ist es wohl die Vorgehensweise Köhls selbst, die Art und Weise, wie er den Holocaust analysiert, die aufstößt: Individuum und Gesellschaft werden frei von Ideologie und Moral betrachtet. Analytisch entsteht hierbei ein „kaltes“ Bild des menschlichen Handelns und seiner Umgebung, wie es bei der „kühlen Beobachtung“ nach Luhmann durchaus programmatisch ist: Ob jemand Kranke pflegt oder im Reserve-Polizeibataillon 101 seinen Dienst tut, wird in dieser Logik austauschbar (S. 326). Und auch die Abwesenheit von Täterinnen in der Untersuchung hinterlässt Fragezeichen. Die aktive weibliche Beteiligung in Organisationen des NS wie beispielsweise KZ-Aufseherinnen, Führerinnen in der NS-Frauenschaft beziehungsweise die Beteiligung von Frauen „an seiner Seite“ scheinen keine eigene Analysestrategie zu benötigen. So setzt Köhls Analyse, wie übrigens viele andere Studien auch, männliche Täterschaft mit „ganz normaler“ Täterschaft gleich. Kapitulierte die Anwendung der Systemtheorie auf den Holocaust bei der Genderfrage?

Einwände wie diese sollen jedoch keinesfalls den Eindruck hinterlassen, Stefan Köhls „Soziologie des Holocaust“ würde nicht überzeugen. Es ist gerade diese Art der wohlgedachten und analytisch nachvollziehbaren Provokation, die das Buch zu einer lesenswerten Studie macht.

Münster

Sabine Kittel

## Tiersymboliken in der Öffentlichkeit

*Urban, Monika*: Von Ratten, Schmeißfliegen und Heuschrecken. Judenfeindliche Tiersymbolisierungen und die postfaschistischen Grenzen des Sagbaren, 450 S., UVK, Konstanz/München 2014.

Das Buch von Monika Urban widmet sich einer hochinteressanten Thematik: der Transformation und Verschiebung der „Grenzen des Sagbaren“ in der Zeit nach 1945. Die Autorin geht der Frage nach, wie sich im kommunikativen Streit um den Gebrauch von Tiersymboliken in der Öffentlichkeit die „Grenzen des Sagbaren“ in den letzten Jahren verschoben haben. Methodisch greift Urban zurück auf die Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, um herausarbeiten zu können, wie Sinnzusammenhänge produziert und transformiert werden. Denn es geht ihr nicht um eine isolierte Betrachtung der Tiersymboliken, sondern um eine Geschichte der Wissensbestände über das Eigene und das Fremde.

Dementsprechend ist auch die Abfolge der Kapitel aufgebaut. Zunächst erarbeitet die Verfasserin einen strukturiert und überzeugend aufbereiteten Überblick über verschiedene Tiersymboliken vor allem im antijudaistischen und antisemitischen Sprachgebrauch. Die allgemein geteilte These, dass die hier enthaltene Dehumanisierung die Ausgrenzung, Tötung und Vernichtung vorbereitet und legitimiert, übernimmt auch Urban. Entlang dieser Grundthese bildet sie überzeugende Kategorien wie den Gewöhnungseffekt, die Identifizierung, Naturalisierung und Legitimierung, um systematisch aufzuzeigen, welche Mechanismen der sukzessiven Entmenschlichung durch die Tiersymbolik erreicht werden. Im anschließenden Kapitel wendet sich Urban der langen Geschichte der Heuschrecken-Symbolik zu. Diese Kapitel führen in die zentrale Auseinandersetzung um die aktuelle Wiedereinführung der Heuschrecken-Symbolik in die öffentliche Diskussion. Die Autorin zeigt, dass die Kontroverse um die Heuschrecken-Symbolik durch Franz Müntefering und die Anti-Globalisierungsdebatte die Grenzen des Sagbaren signifikant verschoben hat – die Heuschrecken-Symbolik ist sukzessive wieder in das rhetorische Repertoire der Öffentlichkeit zurückgekehrt. Das zu zeigen, ist ein großer Verdienst der Studie.

Allerdings gibt es auch einige Aspekte, die Unbehagen bereiten. Denn in der Beschäftigung mit den aktuellen Diskussionen scheint die Autorin zum einen ihre in den ersten Kapiteln

entwickelte Perspektive aus den Augen zu verlieren, zum anderen bedient sie sich unhinterfragt und unerklärt bestimmter Begriffen, die kritisch hätten beleuchtet werden müssen.

Zum ersten Punkt: Die Auseinandersetzung mit der Heuschrecken-Symbolik führt den Argumentationsstrang der ersten Kapitel nicht weiter. So tauchen die erarbeiteten Ergebnisse, die herausgefilterten Kategorien in dem zweiten Teil der Arbeit nicht mehr auf. Interessant wäre es doch hier gewesen, die strukturellen Ähnlichkeiten respektive die Verschiebungen und Transformationen antisemitischer Sprache beziehungsweise deren Wirkung weiterzuverfolgen. Stattdessen konzentriert sich die Autorin auf die Kritik an der (vorgeliebten) Verschiebung innerhalb eines kapitalismuskritischen Diskurses, lässt aber den tradierten Zusammenhang zwischen Kapitalismuskritik und Antisemitismus weitgehend unbeachtet. Dabei wäre die Auseinandersetzung um die strukturellen Parallelen zwischen der ‚alten‘ vortotalitären, der totalitären und der im Buch sogenannten postfaschistischen Tiermetaphern gerade entlang der Frage nach den antisemitischen Strukturen spannend und gewinnbringend gewesen. Da die Frage nach der Verschiebung innerhalb der Kapitalismuskritik weder theoretisch noch inhaltlich vorbereitet wird, kommt es auch in der Argumentation zu Kurzschlüssen.

Zum zweiten Punkt: Die für die Arbeit zentralen Begriffe des Tabus und der postfaschistischen Gesellschaft hätten einer begrifflichen Einführung und kritischen Reflexion bedurft. Auf den Tabubegriff greift die Autorin immer wieder zurück – geht es doch um die Grenzen des Sagbaren. Sie geht jedoch unhinterfragt davon aus, dass es dieses Tabu hinsichtlich des Antisemitismus und der Tiermetaphorik in der Nachkriegszeit gegeben habe. Das ist jedoch in dieser Allgemeinheit zu einfach und wird von verschiedenen Studien angezweifelt. Für den Antisemitismus bedeutet das – nimmt man auch Hannah Arendts und Theodor W. Adornos Antisemitismustheorie ernst – eine Transformation des Antisemitismus nach 1945 und nicht die einfache Tabuisierung. Auch führt die Autorin selbst Gegenargumente an, die einer einfachen Tabuisierung der Tier-Symboliken widersprechen: Mensch-Tier-Vergleiche hat es in der Nachkriegszeit durchaus gegeben und, was noch viel wichtiger ist, sie haben eine öffentliche Diskussion entfacht. Es wäre wünschenswert gewesen, dass eine Dissertation, die sich diesen Grenzen des Sagbaren widmet, eine genaue Auseinandersetzung darüber führt, wo genau diese Grenzen verlaufen und was der Tabubegriff,

der auch immer politisch instrumentalisiert wird, genau meint.

Ähnliche Kritik muss an dem ebenfalls so zentralen Begriff des ‚Postfaschismus‘ geübt werden. Der Begriff wird nirgendwo eingeführt, erläutert und nachgewiesen. Aber er transportiert doch die Vorstellung eines Nachlebens nationalsozialistischer Ideologie. Und wäre es da nicht angezeigt gewesen, die Ergebnisse des ersten Teils über die Tiersymboliken im Antijudaismus und Antisemitismus in die Auseinandersetzung mit hineinzunehmen und danach zu fragen, wo die Kontinuitäten über den schlichten Gebrauch von bestimmten Bildern und Begriffen hinausgehen?

Zudem wäre für die Veröffentlichung der Dissertation eine sprachliche und formale Überarbeitung des Manuskripts wünschenswert gewesen. Die langen Fußnoten und die vielen Nachweise direkt im Text stören den Lesefluss. Ebenso hätten die theoretischen Überfrachtungen der Arbeit herausgenommen, die teilweise bemüht wirkende Sprache überarbeitet und der theoretisch-methodische Teil eingekürzt werden müssen. Trotz der Kritik besteht der große Gewinn dieser Arbeit darin, dass die Autorin durch die Auswertung immensen Materials sehr genau die Übernahme und die Normalisierung der Heuschrecken-Symbolik im politisch-öffentlichen Sprachgebrauch der Bundesrepublik aufzeigen kann.

Dresden

Julia Schulze Wessel

## Baumwolle global

*Beckert, Sven: King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus, 525 S., Beck, München 2014 (engl. 2014).*

Dieses mittlerweile in der wichtigen internationalen Presse durchweg hochgelobte Buch verdient den größten Respekt. Wer Globalgeschichte nicht nur ankündigen und theoretisieren, sondern auf reichen Beständen aus europäischen und nicht-europäischen Archiven basierend praktizieren will, der findet mit Sven Beckerts „King Cotton“ ein ganz hervorragendes Vorbild vor, wie anhand eines einzelnen Gegenstands die historischen Verflechtungen des globalen Kapitalismus in fünf Jahrhunderten nachgezeichnet werden können. Baumwolle eignet sich dafür so gut, dass die englischsprachige Originalfassung den Obertitel „Empire of Cotton“ trägt, und man

muss in imperialen und transimperialen Bezügen denken, um Beckerts reicher Fragestellung zu folgen. Sklaverei, Kriegs- und Industriekapitalismus, Fabrikarbeit; ob in den Vereinigten Staaten, in der Dominikanischen Republik, Mexiko, in Sierra Leone, Ägypten, im Gujarat und in Bengalen, schließlich in europäischen Städten wie in erster Linie Liverpool, außerdem Le Havre und Venedig – die thematischen und geographischen Verortungen verweisen auf einen Baumwollimperialismus, der in enger Verkettung mit kapitalistischem Denken und Handeln rasch nicht nur ein globales Produkt verkaufte, sondern überdies die Lebens- und Arbeitswelten der Menschen in unterschiedlichsten Konstellationen bestimmte.

Als der Amerikanische Bürgerkrieg ausbrach, waren schon wenig später die ersten Folgen im englischen Lancashire zu spüren; dort, wo im 18. Jahrhundert die Industrialisierung eingesetzt hatte und Grundlagen für den industriellen Kapitalismus, oder Beckert zufolge „war capitalism“, gelegt worden waren. Weil die dortige Manufaktur und Spinnerei überwiegend, zumindest aber zu 75% auf die Einfuhr amerikanischer Baumwolle angewiesen war, die indessen seit 1861 ausfiel, mussten so viele Fabriken in Preston, Blackpool, Lancaster und anderen Städten dieser traditionell stark industrialisierten Region im Nordwesten Englands schließen, so dass als Konsequenz auf die Arbeitslosigkeit eine verstärkte Armut bis hin zu Hungersnöten zu befürchten waren. Der von der Regierung im Juli 1862 eingerichtete Cotton District Relief Fund sollte die kommenden drei Jahre Bestand haben und nahezu zwei Millionen Menschen vor äußerster Not schützen. Er illustrierte, wie unmittelbar die britischen Baumwollhändler und Industriellen an die Plantagenwirtschaft im amerikanischen Süden gebunden waren und dass letztendlich die Auswirkungen des Amerikanischen Bürgerkrieges globalhistorisch viel bedeutender sind als seine mehr als ausreichend untersuchten Gründe. Ob dieser Perspektivenwechsel Folgen für die nationale Bürgerkriegsforschung haben wird, bleibt abzuwarten. Für das Verständnis der Geschichte des weltweiten Kapitalismus, der Plantagenwirtschaft, der Kinderarbeit und der Sklaverei insgesamt aber gibt Beckerts Buch zentrale Anregungen, die auf andere Waren wie zum Beispiel Kaffee aus Brasilien oder Zucker aus Kuba gut übertragbar wären.

Wie wichtig Sklaverei, Zwangsarbeit und unfreie Arbeit für sein Argument sind, zeigt ihre lange Geschichte vom 16. Jahrhundert, als Portugiesen und Spanier die südamerikanischen



Silberminen auszubeuten begannen, bis in die Gegenwart. Die historischen Beziehungen zwischen Kapitalismus und jeglicher Form unfreier Arbeit liegen jedenfalls auf der Hand sowie die illiberale Herkunft des Kapitalismus, die allzu leicht Begriffe wie „free labour“ und „free market“ als unhaltbar entlarvt. Es ist Beckerts vortrefflicher Analyse zu verdanken, dies so minutiös mit der Baumwolle herauszuarbeiten und darzustellen, wie die Hochfinanz etwa am Beispiel der Barings Bank mit den Interessen der East India Company verflochten war und andere Sektoren wie das Versicherungswesen beispielsweise der Schifffahrt nach sich zog. Während die britischen Händler in Indien Fuß fassten und später dort Kleidung aus Baumwolle produzierten, verkauften sie afrikanische Sklaven an die amerikanischen Farmer. Wie keine andere Berufsgruppe waren sie wesentlich global aufgestellt und ließen sich von den Abolitionisten keineswegs beeindrucken. So räumt der Verfasser nicht zuletzt mit dem Mythos der Abschaffung der Sklaverei im 19. Jahrhundert auf und zeigt, dass der industrielle Kapitalismus ohne alte und neue Formen der Ausbeutung gar nicht so geblüht und so viel Reichtum erwirtschaftet hätte. Im Westen Indiens, im Bezirk von Berar, zwang er die Bauern mittels Verträge und Kredite an das Land und ihren Anbau der Baumwolle, womit er sie aus ihrer eigenen Subsistenzwirtschaft verdrängte. Nirgendwo ist dies in der Gegenwart mit den katastrophalen ökologischen Folgen augenfälliger als in Usbekistan, wo der Baumwollanbau nahezu zum Austrocknen des Aralsees führen könnte.

Indem internationale Banken in New York und London das Kapital zur Verfügung stellten, um einen globalen Handel und den Kreislauf von Schulden zu schaffen, wurden indische, ägyptische und brasilianische Landarbeiter direkt mit den steigenden oder fallenden Baumwollkonjunkturen in Beziehung gesetzt, anders gewendet: in diesen Kreislauf der strukturellen Gewalt eingebunden. Beckert bezeichnet sie als „Gewalt der Markterzeugung“, die ihrerseits „eine Konstante der Geschichte“ sei. Man könnte dem hinzufügen, dass aus diesem Grund und wegen der Ernteausfälle Hungersnöte in der indischen Geschichte eine Konstante sind. Diese „political economy“, die im Hochviktorianismus mit dem Evangelikalismus problemlos einherging, erfuhr eine gleichsam weltweite Bestätigung, auch über das Britische Empire hinaus. Ein Rohstoff war im besten Sinne zu einem Produkt geworden, für das Weltmarktpreise erzielt werden mussten. Denn auch andere Kolonialmächte – ob Japan in

Korea, das Deutsche Reich in Togo oder Russland im zentralasiatischen Raum – bedienten sich der Baumwolle als Instrument zur Beteiligung am und Beeinflussung des internationalen Kapitalmarktes. Im 20. Jahrhundert dann von einem allmählichen Niedergang des „westlichen“, insbesondere US-amerikanischen und europäischen Einflusses zu sprechen, ist komplizierter als einen schrittweisen Attraktivitätsverlust der eigentlichen Erfolgsgeschichte der Baumwolle als Indikator für den globalen Kapitalismus festzustellen, nachdem sie von anderen Rohstoffen wie Öl in dieser Rolle verdrängt worden ist. Ob global oder lokal: Sven Beckert hat dem dramatischen Stück von Gerhart Hauptmann, „Die Weber“ (1892), eine einzigartige Analyse zur Seite gestellt.

Marburg

Benedikt Stuchtey

### Wandel staatlicher Strukturen unter dem Einfluss der Globalisierung

*Schuppert, Gunnar Folke: Verflochtene Staatlichkeit. Globalisierung als Governance-Geschichte, 411 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.*

Seit etlichen Jahrhunderten stellt die Globalisierung Staaten in ihrer Funktion als politische Herrschafts- und Steuerungssysteme vor gewaltige Herausforderungen, auf die sie reagieren mussten und auf die sie in recht unterschiedlicher Weise auch reagiert haben. Ausgehend von dieser einsichtigen Überlegung diskutiert der Staats- und Verwaltungsrechtler Gunnar Folke Schuppert eine ganze Reihe grundlegender Fragen bezüglich des Wandels staatlicher Strukturen unter dem Einfluss der Globalisierung. So interessieren ihn konkrete Anpassungsleistungen an eine sich ändernde politische und wirtschaftliche Umwelt. Mit welchen nicht-staatlichen Akteuren arbeiteten Staaten zusammen und welche Kompetenzen übertrugen sie diesen im Rahmen derartiger Kooperationen? Welche Rückschlüsse lassen solche Wandlungsprozesse auf die Qualität von Staaten zu, bedenkt man den Umstand, dass manche Anpassungsleistungen doch am grundsätzlichen staatlichen Selbstverständnis rührten. Schuppert legt seiner Analyse einen *governance*-Ansatz zugrunde, der im Kern davon ausgeht, dass Akteure nur innerhalb bestimmter Regelwerke handeln können. Sowohl die Konstellation der eingebundenen Akteure als auch die

Regelwerke sind dabei Veränderungen über die Zeit hinweg unterworfen.

Zu Beginn beschäftigt sich der Verfasser mit frühneuzeitlichen Handelsakteuren, namentlich mit den großen *chartered companies*, aber auch mit dem noch älteren Kaufleutenetzwerk der Hanse. Dabei arbeitet Schuppert überzeugend Kontinuitäten zu den multinationalen Unternehmen modernen Zuschnitts heraus, denen er wie den frühneuzeitlichen Organisationen quasi-staatliche Qualitäten zuschreibt. Im zweiten Kapitel setzt er sich mit der Globalisierung als einem Prozess auseinander, der neue institutionelle Strukturen wie Netzwerke hervorbrachte und hervorbringt. Die moderne internationale Finanzwelt ist Thema des dritten Kapitels, wobei der Autor den Bogen vom Bankhaus Rothschild des frühen 19. Jahrhunderts bis zum Internationalen Währungsfonds unserer Tage spannt. Als letztes Beispiel der Kooperation zwischen staatlichen und nicht- beziehungsweise nur teilweise staatlichen Akteuren interessiert Schuppert das Zusammenwirken von Staat und Kirche auf internationaler Bühne. Dabei bezieht er ohne nähere Begründung nur die christlichen Kirchen in seine Überlegungen ein.

Die zahlreichen Beobachtungen und die aus ihnen gezogenen Schlüsse sprechen eindeutig für Schupperts Diktum von der „verflochtenen Staatlichkeit“ als einer wesentlichen staatlichen Anpassungsstrategie an die Globalisierung. Doch obwohl die Kernthese überzeugt, trüben einige irritierende Momente den Gesamteindruck der Studie. So wirkt die Neigung des Autors, in der ersten Person Plural zu argumentieren, altväterlich und betulich. Zugegeben, Stilfragen sind Geschmacksfragen und damit nicht geeignet, wissenschaftliche Kritik zu begründen. Ärgerlicher indes ist Schupperts Argumentationspraxis zu bewerten, die sich durch ebenso zahlreiche wie ausführliche, wenig bis gar nicht kommentierte Zitate auszeichnet. So erfreulich eine korrekte Zitierweise nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre auch ist, so wäre eine erkennbar eigenständigere Gedankenführung des Autors zu wünschen und zu erwarten gewesen. Schließlich sei noch kritisch angemerkt, dass Schuppert gerne biologische Metaphern oder Analogien bemüht, um gesellschaftliche und politische Erscheinungen zu veranschaulichen. Allerdings leidet der Illustrations- respektive Erklärungswert zuweilen darunter, dass die Bezüge nicht stimmen. Der Vergleich globalisierungsbedingter Anpassungsleistungen von Staaten mit Metamorphosen bei Insekten oder Amphibien hinkt und das auch noch in die falsche Richtung. Unklar bleibt auch Schupperts Auffassung, dass

Netze per definitionem zweidimensionale Strukturen darstellen. Auch das Konzept des „anwendungsneutralen Netzwerks“ hätte eine Erläuterung verdient gehabt.

Mehr noch als die bisher benannten Monita fallen einige inhaltliche Kritikpunkte ins Gewicht. Zum einen beantwortet der Autor die Frage nach einem möglichen Einsetzen der Globalisierung sehr entspannt. Wahlweise führt er die Antike, das frühe Mittelalter oder die beginnenden Entdeckungsfahrten der Europäer an. Vor allem aber stört die unzureichende Wahrnehmung des historischen Forschungsstandes. Wenn Schuppert den Wert seiner Untersuchung und des gewählten Ansatzes damit begründet, dass die bisherige Forschung zur Globalisierungsgeschichte sich vornehmlich auf ökonomische Aspekte konzentriert, andere gesellschaftliche Bereiche hingegen vernachlässigt hätte, sind ihm zahlreiche Studien schlichtweg entgangen. Und dann ist noch nicht das Argument diskutiert, dass es gute Gründe für eine wirtschaftshistorische Akzentsetzung in der Geschichte der Globalisierung seit dem 19. Jahrhundert gibt. Auch das angeblich vorherrschende Globalisierungsnarrativ vom Niedergang räumlich klar umrissener politischer Ordnungen wie den Nationalstaaten, welches Schuppert dekonstruieren möchte, findet sich in der aktuelleren Forschungsliteratur kaum noch in der von ihm unterstellten, sehr schlichten Variante.

Demnach bleibt als Fazit die Einsicht, dass das Buch zahlreiche interessante Bemerkungen enthält. Ein bisher noch nicht präsentiertes Bild von der Geschichte der Globalisierung, wie es der Buchdeckel verspricht, vermag der Rezensent jedoch nicht zu erkennen.

Paderborn

Peter E. Fäßler

### **Vom Randbegriff zur Leitvokabel**

*Bach, Olaf:* Die Erfindung der Globalisierung. Entstehung und Wandel eines zeitgeschichtlichen Grundbegriffs, 270 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2013.

Der Wirtschaftswissenschaftler Olaf Bach hat eine Begriffsgeschichte der Globalisierung vorgelegt, die verspricht, einen ebenso zentralen wie vielfältigen Analyse- und Beschreibungsterminus der aktuellen Forschung zu historisieren. Bach zeigt in seiner Studie „Die Erfindung der Globalisierung“ in welchen unterschiedlichen

Kontexten der Begriff auftauchte, wie bestimmte Bedeutungen einen hegemonialen Status erlangten und andere verschwanden, welche Aspekte wann umstritten waren und wann nicht. Seine Arbeit verweist so auch darauf, wie plausibel „Globalisierung“ als Prozessbegriff jeweils gewesen ist und für welche Phänomene er ein Erklärungspotenzial zu haben schien. Weil der Autor auch die Bedeutungsverschiebungen der Begriffe „Nation“, „Großraum“, „Imperium“ und „Lokalität“ mit in seine Analyse einbezieht, schreibt er zugleich die wechselhafte Geschichte der Gegen- und Alternativbegriffe zur „Globalisierung“. Indem er so die Variationen, Verwendungsweisen, Deutungsverschiebungen und Ausdifferenzierungen des Begriffs von 1940 bis in die aktuelle Zeit sichtbar macht, gelingt es ihm, zahlreiche Argumente gegen eine ahistorische Verwendung des Begriffs zusammenzutragen. Seinen Fokus legt Bach dabei auf den angelsächsischen Sprachraum, ergänzt durch die gelegentliche Hinzuziehung deutsch- oder französischsprachiger Quellen. Insgesamt zeigt der Verfasser, wie „Globalisierung“ von einem Randbegriff zur Leitvokabel und von einer außen- und bildungspolitischen zu einer ökonomischen und im umfassendsten Sinne kulturellen Beschreibungskategorie wurde.

Dabei geht er in drei Schritten vor. Nachdem Bach sehr umfangreich seinen Untersuchungsgegenstand präzisiert und seine Studie in der (diskursanalytisch erweiterten) Begriffsgeschichte verortet, analysiert er chronologisch die beiden Phasen der Globalisierungsrede. Dabei ist das Jahr 1990 die zentrale Zäsur. Denn es ist, laut Bach, nicht nur der Moment der extremen quantitativen Zunahme der Globalisierungsrede, sondern auch der qualitativen Verschiebungen. Diese werden auf vier Ebenen sichtbar: erstens der Art und Weise, wie mit „Globalisierung“ Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges beschrieben wurde, zweitens der in der Globalisierungsrede enthaltenen „imaginären Dimensionen“, drittens den „polemischen Konstellationen“ und viertens den sozialen Strukturveränderungen, die sich in ihr niederschlugen.

Bach zeichnet sehr eindrücklich nach, wie sich der Begriff im Zuge des „One-Worldism“ der 1940er Jahren mit den Hoffnungen auf eine friedliche Nachkriegswelt verband und wie er in den 1950er Jahren im Modernisierungsdiskurs in neuer Form aufschien. Erst im Laufe der Zeit trat neben diese außenpolitische Bedeutung eine ökonomische, die insbesondere seit den 1970er Jahren an Einfluss gewann. Meinte

„Globalisierung“ hier zunächst, die Ausbreitung multinationaler Firmen, insbesondere das *going global* US-amerikanischer Unternehmen, bezog sich der Begriff in den 1980er Jahren nicht mehr nur auf das Handeln einzelner Unternehmer, sondern auf dessen aggregierten Effekt. Dabei verdichtete sich die Globalisierungsrede so stark, dass der Begriff in immer neuen Bedeutungen und Facetten auftauchte und in zunehmenden Kontexten plausibel schien. Als Prozessbegriff bezog er sich nun nicht mehr nur auf die Bereiche Außenpolitik, internationale Organisationen und Bildung, sondern auch auf Wirtschaft, Kultur und Technologie. Dies allerdings nicht, ohne seinen Bedeutungsinhalt und seine Verwendungsweisen zu verändern. Insbesondere verlor er seinen ursprünglich utopischen Gehalt in der internationalen Politik. Mit dem Begriff wurde nun immer weniger die Vision einer friedlichen Welt gemeint, stattdessen diente er fortwährend der Beschreibung eines realen Gegenwartsprozesses. Im Zuge dessen sei dann, so Bach, „Globalisierung“ immer mehr zu einem allgemeinen Epochenbegriff geworden, der sich mit Vorstellungen von globaler Alltagskultur und der Idee einer weltweiten Homogenisierung der Sozialformationen verband, um schließlich Ende der 1980er Jahre zur zentralen Beschreibungskategorie gesellschaftlicher Veränderungen zu werden. Ganze wissenschaftliche Theorien wurden nun um ihn herum errichtet.

Seit 1990 ist „Globalisierung“ ein umfassender Theoriebegriff, dessen Bedeutung sich immer stärker ausbreitete und ausdifferenzierte, der aber auch eigene Gegenbegriffe – wie den der „Glokalisierung“ – hervorbrachte. Erst jetzt wurde „Globalisierung“ zu dem zentralen „Makroprozess weltumspannender Verflechtung“, erst jetzt sind die vorher getrennt analysierten globalen Entwicklungen zusammengefasst worden (S. 235). „Globalisierung“ wurde zum ultimativen Bezugspunkt, ein Leitmotiv zahlreicher, weitverzweigter Debatten. Damit sei „Globalisierung“ seit den 1990er Jahren im Grunde ein immer abstrakterer und komplexerer Begriff geworden und hätte vermehrt analytische Unschärfen aufgewiesen. Folglich sei nun – zumindest in wissenschaftlichen Kontexten – bewusste Definitionsarbeit eingefordert worden. De facto habe dies aber die Dominanz sehr weicher, weitgefasster Definitionen nicht verhindert. Somit zeigt Olaf Bach wie die „Globalisierungsrede“ zu einer „Art selbsttragenden Diskurs“ geworden ist (S. 190). Er verweist auf die zunehmenden Interdependenzen sozialer, wirtschaftlicher und

politischer Strukturen, die zu einem „semantischen Resonanzraum“ führten, der nicht nur den Globalisierungsbegriff, sondern das ganze „Begriffsfeld des Inter-, Multi-, Supra- und Transnationalen“ betraf (S. 234). „Globalisierung“ verwies dabei aber, anders als die anderen Begriffe, auf eine neuartige Qualität jenseits der Thematisierung allein übernationalstaatlicher Prozesse. Und dies machte seinen Erfolg aus.

„Die Erfindung der Globalisierung“ bietet eine quellengestützte Geschichte des Begriffs „Globalisierung“, wie er im angloamerikanischen Sprachraum von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen sowie Printjournalisten und -journalistinnen der Leitmedien verwendet worden ist. Diese Einschränkung ist sicherlich sinnvoll, denn die englischsprachige Forschung und Berichterstattung hat diesen Begriff maßgeblich geprägt. Es bleibt dennoch ein Manko, dass punktuell zwar auch deutsche und französische Quellen in die Untersuchung integriert wurden, die konkreten Ausbreitungswege und -bedingungen der englischsprachigen Deutungen, wie auch die Aneignung in den jeweiligen nationalen Kontexten, dadurch jedoch kaum sichtbar werden. Folglich bleibt die grenzüberschreitende Plausibilität des Konzepts erklärungsbedürftig. Und dies gilt nicht nur für Ländergrenzen. Denn wie genau der Begriff in immer neue Politikfelder eindrang, bleibt bislang ebenfalls offen. Überhaupt erscheint die „Globalisierungsrede“ an vielen Stellen als wabernder, ausufernder Diskurs, der zwar Sprecher hat, aber keine zielstrebig und interessengeleitet Handelnden. Zwar ist es ein großer Verdienst der vorliegenden Studie, die hegemonialen Linien der Globalisierungsrede nachgezeichnet zu haben, die aufgezeigte Bandbreite der Globalisierungsrede – unter Einbeziehung der Globalisierungskritik – erscheint aufgrund der Quellenauswahl indes wohl zu gering. Fraglich ist somit, ob für einen zeitgeschichtlichen Zugriff die Quellenauswahl schon daher schlüssig ist, weil sie sich für die begriffsgeschichtliche Untersuchung der Sattelzeit bewährt hat. Ließe sich hier nicht eine Begriffsgeschichte denken, die nicht dezidiert zwischen wissenschaftlichem Wissen, journalistischen Leitmedien und Höhenkammliteratur einerseits und Populärkultur andererseits unterscheidet? Mithin eine Begriffsgeschichte, die sich der weltweiten Popularisierung und Ausbreitung von Wissen widmet und damit eher Teil einer ins Globalen gerichteten Ideen- und Wissensgeschichte wäre?

Kiel

Steffen Dörre

## Zur Rolle internationaler Gerichte

*Bogdandy, Armin von/Venzke, Ingo:* In wessen Namen? Internationale Gerichte in Zeiten globalen Regierens, 383 S., Suhrkamp, Berlin 2014.

Internationale Gerichte und Schiedsgerichte haben in der Theorie eine gute, zuweilen eine geradezu euphorische, in der Praxis aber eher eine skeptische Presse. Das hängt sicherlich mit den oft zu hohen Erwartungen zusammen, die an sie geknüpft werden: Sie sollen am besten zur Grundlage des ewigen Friedens werden und sind oft noch nicht einmal imstande, die kleinsten Streitigkeiten zwischen Staaten beizulegen. Vielleicht am deutlichsten wird das an der Geschichte des Internationalen Gerichtshofes und seiner Vorgänger.

Über solchen Grundsatzfragen geht leicht vergessen, jedenfalls außerhalb eines engen Kreises von Fachjuristen und -juristinnen, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten internationale Gerichte einen enormen Aufschwung genommen haben, und zwar in den unterschiedlichsten Bereichen, ganz besonders im Zuge der europäischen Einigung, aber auch im Zusammenhang des Welthandels, der Menschenrechte und der Kriegsverbrechen. Dieser Ausweitungprozess, der eine zunehmende Ausübung öffentlicher Gewalt durch Gerichte bedeutet, wird im vorzustellenden Buch zwar skizziert, steht aber keineswegs in dessen Mittelpunkt. Das macht das Werk für Nichtjuristen und -juristinnen, und selbst für Nichtvölkerrechtler nicht einfach zu verstehen – eine Wirkung, die durch die ausgesprochen karge und knappe Präsentation von Fällen noch verstärkt wird.

Gleichwohl lohnt es sich, die wichtigsten Themen, Thesen und Ziele vorzustellen. Die beiden Autoren stellen sich, ohne das explizit zu sagen, sehr vorsichtig in eine Tradition kontinuierlicher Ausweitung der Wirksamkeit – und der Legitimität – internationaler Gerichte. Es geht nicht mehr primär darum, solche Gerichte zu schaffen, sondern darum, sie in die richtige Richtung zu lenken. Im Zuge der Präsentation werden vier unterschiedliche Grundverständnisse internationaler Gerichtsbarkeit vorgestellt: „Als Grundverständnis bezeichnen [die Autoren] ein prätheoretisches Denkmuster, das, aufbauend auf Erfahrungen, Überzeugungen und Werten, eine hermeneutische Konstruktion bildet und menschlichen Weltzugang leitet“ (S. 43). Aktuell vorherrschend ist das „staatenorientierte



Grundverständnis“, das „internationale Gerichte als Instrumente der Streitbeilegung in einer staatenzentrierten Weltordnung“ sieht (S. 42). Diese enge Sichtweise soll überwunden werden. Das zweite Grundverständnis „begriff internationale Gerichte hingegen als Organe der wertbasierten internationalen Gemeinschaft“ (ebd.). Das dritte Grundverständnis ist regimeorientiert, während das vierte, zu dem sich die Autoren wiederholt und entschieden bekennen, demokratieorientiert ist.

Der längste und in vieler Hinsicht schwierigste Teil des Buches ist die Exposition dieses demokratischen Grundverständnisses. Die Autoren gehen dabei ausgesprochen vorsichtig vor und nähern sich dem Gegenstand immer wieder von anderen Seiten, ohne dass ihr Ziel völlig klar wird. Geht es primär darum, den Ausdruck ‚Demokratie‘ für sich zu vereinnahmen, nachdem die aktuellen Debatten über Staats- und Regierungsformen durch ihn beherrscht werden und geprägt sind? Oder soll ein neuer Demokratiebegriff entwickelt werden? Schade ist, dass die Darstellung hier in Subtilitäten ausfasert, während die zentralen Fragen, die im Völkerrecht mit der Demokratie zusammenhängen, kaum berührt werden, so etwa, wenn das Prinzip des „one state, one vote“ die demokratische Gleichheit der Individuen in die demokratische Gleichheit der Staaten umschlagen lässt. Dass dies nicht einfach versehentlich geschieht, sondern durchaus einen positiven systematischen Stellenwert hat, macht folgendes Zitat deutlich: „Die prinzipielle Gleichheit der Bürger lässt es dabei durchaus zu, dass ihre Stimmen ungleiches Gewicht haben“ (S. 108). Das impliziert eine ziemlich weite Auffassung von Demokratie.

Als ebenso subtil wie schwer zu beantworten, erweist sich schließlich die im Titel gestellte Frage. In wessen Namen sollen internationale Gerichte ihre Urteile verkünden? Die Antwort lautet: „Im Namen der Völker und der Bürger“ (S. 291), und nicht im Namen des Staates oder des Volkes. Dabei bleibt freilich offen, was sich dadurch konkret ändern würde.

Das Buch enthält vielfältige weitere wertvolle Einsichten über die Rolle internationaler Gerichte, hält sich aber zurück, wenn es um konkrete Fragen geht. Auch die Klippe des Pazifismus wird mit Hilfe von Stillschweigen umschifft. Gerne hätte der Leser noch etwas genauer erfahren, inwiefern internationale Gerichte als „Hoffungsträger der Menschen“ (S. 66) betrachtet werden können beziehungsweise als solche zu wirken vermögen. Für Nichtjuristen und -juristinnen ein eher sperriges Buch, das aber ein Feld absteckt,

dessen Vernachlässigung sich die Historie nicht leisten kann.

Zürich

Jörg Fisch

## Migration und Medienpolitik

*Sala, Roberto*: Fremde Worte. Medien für „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Außen- und Sozialpolitik, 339 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2011.

In einer breit angelegten und kenntnisreichen Untersuchung thematisiert Roberto Sala deutschsprachige Zeitungen und Rundfunksendungen, die in der frühen Phase der Zuwanderung von Arbeitsmigranten für die sogenannten „Gastarbeiter“ produziert wurden. Der Autor wendet sich gegen eine Tendenz in der Migrationsforschung, welche die bundesdeutsche Ausländerpolitik vorrangig in der Arbeitsmarktpolitik verortet.

Im ersten Teil seiner Arbeit wendet sich der Autor der Frage zu, welche Bedeutung Migranten in der Bundesrepublik als „bürgerschaftlichen Akteuren“ zuerkannt wurde. Er betont die wichtige Rolle, die ausländischen Redaktionsmitgliedern in Rundfunkanstalten zukam, da ihre sprachliche und fachliche Kenntnis entscheidend mit zum Erfolg der Rundfunksendungen für ausländische Arbeitskräfte beitrug. Wurden die ausländischen Mitarbeiter zunächst häufig als Übersetzer und Sprecher unter der Leitung deutscher Verantwortlicher gesehen, so konnten sie sich im Verlauf der 1960er Jahre doch verantwortungsvollere Positionen erstreiten, die ihre Eigenverantwortlichkeit stärkten. Die Bedeutung dieses Prozesses untersucht der Autor insbesondere anhand „der Berichterstattung für aus autoritären Ländern stammende Migranten“ (S. 19). Dabei mussten sie sich, so Sala, „auch Rundfunkanstalten [...] mit der Diskrepanz auseinandersetzen, die zwischen grundsätzlich freien Medien in der BRD und vom Staat gelenkten Medien in den Herkunftsländern existierte“ (S. 16).

Für Roberto Sala stellten die autoritären politischen Herrschaftsformen im Süden Europas eine Herausforderung für das westliche Modell der liberalen Demokratie sowie für den Prozess der europäischen Integration dar. Er analysiert im ersten Teil seiner Untersuchung die Herausbildung und die Bedeutung von Handlungsspielräumen, die ausländische Redaktionsmitarbeiter beim Bayerischen und beim Westdeutschen Rundfunk

in unterschiedlicher Weise zur freien Meinungsäußerung gegen Diktaturen nutzen konnten. Dies untersucht der Autor unter anderem in Bezug auf die Kritik an der Franco-Regierung in Spanien und an der seit 1967 herrschenden Militärjunta in Griechenland. Der Autor untersucht hier nicht nur die internen Auseinandersetzungen in den Rundfunkanstalten um die Eigenständigkeit ausländischer Mitarbeiter, sondern auch die außenpolitischen Aspekte dieses Liberalisierungsprozesses.

Roberto Sala hebt hervor: „Gerade die spanischen und griechischen Ausländerprogramme verursachten Anfang der 1970er Jahre enorme politische Spannungen. Mit der tatkräftigen Unterstützung deutscher Interessengruppen aus Wirtschaft und Politik forderten die Regimes die Bundesregierung auf, für die Einstellung jeglicher kritischer Töne zu sorgen und drohten mit drakonischen Vergeltungsmaßnahmen in den bilateralen Beziehungen“ (S. 95). Er misst in diesem Zusammenhang am Beispiel des Bayerischen Rundfunks nicht zuletzt dem damaligen Abteilungsleiter Gerhard Bogner eine maßgebliche Bedeutung zu, der in einem Interview mit dem Autor seine Motive für entschiedenes Eintreten zugunsten der Meinungsfreiheit darlegte. Der Autor analysiert in diesem Teil der Arbeit anhand eines reichen Quellenbestands aus Rundfunkarchiven, dem Bundesarchiv Koblenz, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und Zeitzeugeninterviews das Wechselspiel aus außen- und innenpolitischem Druck und der Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten. Den Medien, so betont der Autor und nimmt dabei Bezug auf die Forschung zur Geschichte der Bundesrepublik, kam eine an Wichtigkeit kaum zu unterschätzende Rolle im Prozess der Liberalisierung von Staat, Gesellschaft, Politik und Kultur zu.

Roberto Sala setzt sich im zweiten Teil seiner Arbeit kritisch mit der Verbindung zwischen Migration und der Kategorie des „Transnationalen“ auseinander. Konkreter gefasst stellt der Autor heraus, dass Rundfunk- und Fernsehanstalten eine national definierte kulturelle Eigenart der Migranten voraussetzten, somit konnte „die Vorstellung national geschlossener Minderheiten ein zentraler Schlüssel im Umgang mit Einwanderern“ (S. 239) werden. Der Autor hebt für seine Untersuchung die Analyse der häufig unkritisch verwendeten Definition von „ethnischen Minderheiten“ hervor. Seine den Begriff kritisch reflektierende Herangehensweise nutzt er als Grundlage einer Fallstudie zu „Radio Colonia“,

einer italienischsprachigen Radiosendung des Westdeutschen Rundfunks. Er untersucht den Einfluss einer im Vergleich zu den italienischen Arbeitskräften zahlenmäßig geringen Gruppe von italienischen Journalisten, Sozialarbeitern, Gewerkschaftern und Priestern, die unterschiedliche politische Überzeugungen vertraten und dennoch von einer *comunità italiana*, von einer im wissenschaftlichen Sprachgebrauch als ethnische Minderheit definierten Gruppe der italienischen Migranten in Deutschland sprach und diese aufgrund ihrer Vorstellung in ihrem Handeln zu konstruieren suchte. Der Autor betont die Prozesshaftigkeit dieser Konstruktion. Auf die Redaktionsmitglieder der untersuchten WDR-Rundfunksendungen für italienische Arbeitskräfte bezogen analysiert der Autor den Übergang einer paternalistisch-fürsorglichen Haltung dieser von ihm als Elite bezeichneten Gruppe gegenüber den Arbeitsmigranten aus dem Süden Italiens zu einer von ihm als Normalisierung beschriebenen Haltung, die sich nicht länger auf die Lebenswelten italienischer Arbeitskräfte, sondern allgemeiner auf Italiener in Deutschland und auf als italienisch definierte Themen bezog. Anhand der Veränderungen innerhalb eines von ihm als „Nationalisierung in der Fremde“ beschriebenen Prozesses kann der Autor die Wirkungsmacht einer „Vorstellung einer national definierten Solidargemeinschaft“ begrifflich fassen und detaillierter untersuchen. Italienische Migranten waren danach sowohl für die italienische Außenpolitik als auch für Vorstellungen einer italienischen Nation, deren Mitglieder sich teilweise im Ausland aufhielten, von erheblicher Bedeutung. Die Ebene der italienischen Innenpolitik, das bedeutete auch die Ebene der Politik italienischer politischer Parteien, spielte eine nicht unerhebliche Rolle bei der Konstruktion einer *comunità italiana* im Ausland als Teil eines kulturell definierten Italiens. Aufgrund einer eher schmalen Quellengrundlage zu den Reaktionen italienischer Arbeitskräfte, die sich in Briefen an die Redaktion von „Radio Colonia“ in einer frühen Phase der Arbeitsmigration äußerten, kann der Autor die Perspektive der als substantieller Teil der *comunità* beschriebenen Personen nur am Rande in die Untersuchung einbeziehen.

Die Studie von Roberto Sala bietet nicht nur für an der Migrationsforschung interessierte Leser eine anregende Lektüre. Die beiden Teile der Untersuchung stehen – so ließe sich als Kritik allenfalls einwenden – etwas unverbunden nebeneinander. Der Band ist jedoch insgesamt

sehr lesenswert und bietet Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsarbeiten.

Essen

Yvonne Rieker

### Verdeckte Macht

*Easterling, Keller: Extrastatecraft. The Power of Infrastructure Space, 252 S., Verso, London 2014.*

„Extrastatecraft“ ist ein sperriges Buch, das man nur eingeschränkt als wissenschaftlich bezeichnen kann. Die Architekturtheoretikerin Keller Easterling stellt auf rund 250 Seiten dar, wie technische Infrastrukturen ein machtvolles Eigen-gewicht gewinnen können und dabei in Konkurrenz zu den gewissermaßen etablierten Mächten, namentlich staatlicher Provenienz, treten. Diese Erkenntnis ist nicht gänzlich neu, und sie wird in diesem Buch eher assoziativ als systematisch entfaltet.

Dabei nimmt die Autorin ihre Leserinnen und Leser mit auf eine Reise quer durch die Welt, mit einer gewissen Vorliebe für Phänomene Ostasiens und Afrikas. Ihr ist es darum zu tun, die unausgesprochenen und nichtdeklarierten Einflüsse von Experten, Nichtregierungsorganisationen, technischen Standardisierungsagenturen, aber auch altbekannter globaler Spieler wie der Weltbank zu verdeutlichen, die sich angesichts der rasanten Entwicklung neuer Infrastrukturen und Informationstechnologien entfalten. Auch wenn die Sprache des Buches erfreulicherweise unaufgeregt ist, so lässt sich die Haltung der Autorin doch weitgehend mit dem Stichwort „Aufdeckung“ charakterisieren: Hier soll den Leserinnen und Lesern gezeigt werden, was sich hinter dem Individualitäts- oder Freiheitsversprechen von Freihandelszonen oder moderner Kommunikation verstecke, nämlich neue Abhängigkeiten und Machtverhältnisse, die unter anderem in den Raum der Infrastrukturen eingeschrieben seien. Immer wieder ist auch die Rede von den multinationalen Konzernen, die kaum sichtbar Märkte, Ressourcen und Machtchancen auf der Erde unter sich aufteilen.

Der Aufbau des Buches ist zunächst schwer zu durchschauen, zumal die Kapitelüberschriften eher einsilbig-enigmatisch ausfallen, wie etwa „Disposition“ oder „Stories“ (gleiches gilt für die Überschriften der Unterkapitel). Tatsächlich führt die Autorin zunächst in Geschichte

und Gegenwart der sich weltweit verbreitenden Freihandels- und Sonderwirtschaftszonen ein, um anschließend technische Infrastruktur in der Tradition von Michel Foucault und Bruno Latour als Dispositiv vorzustellen. Überhaupt ist das Buch angefüllt mit Zitaten von und Anleihen an vor allem poststrukturalistische Soziologen und Kulturtheoretiker französischer und angelsächsischer Provenienz. Der Weg der Darstellung führt weiter nach Kenia, das als Spät- aber Schnellentwickler in der Breitbandtechnologie charakterisiert wird. Es folgt ein Kapitel über die Geschichte internationaler Standardisierung seit dem späten 19. Jahrhundert und ein weiteres, das die Entwicklung von technischen Qualitätsstandards beschreibt. Die Bedeutung nichtstaatlicher internationaler Netzwerke und Organisationen in diesem Zusammenhang wird hervorgehoben. Der Band schließt mit einem Kapitel über Chancen und Risiken globalisierungskritischer Bewegungen und Proteste. Ihnen rät die Autorin, es den fast unsichtbaren Mächten des *infrastructure space* gleichzutun, und statt offensichtlicher Konfrontation intelligente Formen des Unterlaufens bestehender Machtstrukturen auszuprobieren.

Insgesamt handelt es sich um ein Buch, das viele richtige Beobachtungen enthält, dem aber eine konsequente Argumentationslinie fehlt und das auch nicht viel Neues präsentiert.

Darmstadt

Jens Ivo Engels

### Subalternes Russland

*Morozov, Viatcheslav: Russia's Postcolonial Identity. A Subaltern Empire in a Eurocentric World, 224 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2015.*

Das schmale Bändchen nimmt sich der in Russland buchstäblich seit Jahrhunderten heiß diskutierten Frage nach der eigenen Identität an. Die spätestens seit Peter dem Großen offen vollzogene Hinwendung zu Europa gab Anlass für nicht endende Querelen, bei denen die einen für eine kulturelle Eigenständigkeit plädierten, die anderen das Heil Russlands nur in Europa sahen. Diese Debatten haben in der postsowjetischen Gesellschaft nun wieder an enormer Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt angesichts der aktuellen Krise in der Ukraine. Viatcheslav Morozov möchte nun mit dem postkolonialen Ansatz Russland in

seiner ambivalenten Beziehung zu Europa verstehbar machen, indem er es historisch sowie gegenwärtig als ein *subaltern empire* begriff. Im Kern seiner Studie geht es ihm darum, dass die im Innern geführten Debatten über die vermeintliche Eigenständigkeit nicht losgelöst von Russlands Außenbeziehungen betrachtet werden können. Theoretisches Scharnier hierzu ist das Konzept des Eurozentrismus, dessen von Russland übernommene hegemoniale Diskurse sich mannigfaltig in seiner Identitätsbestimmung wiederfinden. In fünf eher lose miteinander verbundenen Kapiteln versucht er, die Sichtweise auf Russland als *subaltern empire* fruchtbar zu machen.

Im ersten Teil führt er vor dem theoretischen Hintergrund der *postcolonial studies* aus, dass Russland, auch wenn es als Kolonialmacht auftritt, sich selbst zugleich als subalternes Imperium ansieht. Denn Russland spreche, wie Morozov meint, ununterbrochen mit dieser Stimme, auch wenn sie dabei nicht unbedingt einen moralischen Anspruch erhebt. Da aber Russland nun gegenüber Europa beständig im Modus der Subalternen spreche, verortet es sich im postkolonialen Diskurs und positioniert sich damit notwendig in Abhängigkeit von Europa. Den Außenbeziehungen Russlands wendet sich das zweite Kapitel zu. Für den Autor stellen die Innen- und Außenpolitik zwei Seiten der gleichen Medaille dar. Auch hier greift das eurozentristische Instrumentarium, diesmal allerdings bei der nach innen erfolgenden Identitätsbildung, denn der von Europa an Russland herangetragene koloniale Hegemonialdiskurs pflanzte sich in dessen sogenannter innerer Kolonisierung der Peripherien fort, so dass Russlands innere Strukturierung ebenfalls der Semantik des eurozentristischen Vokabulars folgt.

Das dritte Kapitel nimmt sich den ökonomischen Sektor vor. Im Rückgriff auf die vormoderne Geschichte Russlands zeigt der Verfasser anhand dessen wirtschaftlicher Abhängigkeit von Europa, wie sich ein Rückständigkeitstypus herausbildete, der wiederum Einfluss auf seine Wirtschaftspolitik nahm. Daraus resultierte, dass Russland sich selbst als peripheres Gebiet sah. Auch dies – man ahnt es – wertet Morozov als Manifestation eines Eurozentrismus. Das vierte Kapitel greift nun den ideologischen Aspekt im postsowjetischen Raum vor allem unter Putins dritter Präsidentschaft auf. Der sogenannte Paläokonservatismus, wie Morozov in Anlehnung an die Diskussionen in den USA die konservative Strömung in Russland bezeichnet, mit dem man sich eigentlich von den angeblich liberalen

Verzerrungen der Politik befreien möchte, ist aber nichts anderes als eine Spiegelung westlich-europäischer Ansichten, die zu einer, wie Morozov meint, weiteren Orientalisierung des russischen Selbst geführt und sich am deutlichsten im europäischen Bild des edlen Wilden niedergeschlagen habe, den aktuell angeblich die ukrainischen Separatisten abgaben. Je krasser nun Putins Abgrenzung von Europa formuliert wird, desto deutlicher tritt also die Übernahme europäischer Vorstellungen zur Beschreibung der Lage hervor. Das fünfte Kapitel schließlich wendet ebenfalls für den postsowjetischen Raum das postkoloniale Theorem auf die Sicherheitsfrage an. Die politische Abschottung durch den „Putinismus“ schlage deutlich auf den Zustand im Innern zurück, denn je mehr durch Putin das Politische, so der Autor, diskreditiert werde, desto mehr würde die Stimme des Volkes – also in Morozovs Diktion: die Stimme der Subalternen – zum Schweigen gebracht und ihnen dadurch jeglicher Subjektstatus abgesprochen.

Morozovs Buch ist theoretisch sehr ambitioniert und verarbeitet eine große Zahl politikwissenschaftlicher, soziologischer und den *postcolonial studies* verpflichteter Literatur. Es zeigt, jegliche – auch historische – Selbstverortung Russlands ist notwendig gefangen in der Oszillation hegemonialer Diskurse, die mit dem Eurozentrismus offenkundig in Europa ihren Ausgang haben. Die Frage ist also nicht, wie Selbständigkeit erreicht werden kann, sondern in welchen Zusammenhängen die Versuche Russlands stehen, Selbständigkeit zu erreichen. Darauf verwiesen zu haben, ist sicherlich ein Verdienst des Buches. Aus historischer Sicht, und darauf nimmt Morozov immer wieder Bezug, verrät er uns aber ganz gewiss nichts Neues, kleidet alte Erkenntnisse lediglich in neueres theoretisches Vokabular. Fragwürdig ist zudem sein Narrativ, das Russland wie auch Europa gewissermaßen zu Subjekten, zu Akteuren der Geschichte beziehungsweise der Politik macht, eine Herangehensweise, die nicht nur veraltet ist, sondern auch nicht sehr viel erklärt, gerade in Bezug auf die aktuellen Ereignisse in der Ukraine. Imperiale oder koloniale Dispositive zu verwenden, um die politische Handlungsweise der russischen Regierung zu charakterisieren, hört man in den westlichen Berichterstattungen allenthalben. Sie scheinen uns unser gewohntes Weltbild zu bestätigen, weisen es weiterhin als funktionstüchtig aus. Dass es aber meist weniger um Konzepte, sondern immer auch um Motive geht – um spezifische Interessen der politischen Eliten, um internes



Machtgeschacher, das nicht unbedingt im Postkolonialen oder Imperialen aufgehen muss – wird leider auch hier gänzlich ausgeblendet. Die große Theorie vermag nur selten die konkreten Akteure sichtbar zu machen, die stets für Taten im Kleinen verantwortlich sind. Freilich, theoretisch bereichert Morozovs Buch unsere Diskussion, inhaltlich aber bleibt es bei einer Stigmatisierung Russlands stehen. Ob dies nun gerade eine gemeinsame Grundlage bilden kann, Russland ‚zu verstehen‘, bleibt dahingestellt.

Köln

Roland Cvetkovski

## EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

### Judenfeindlichkeit quer durch die Jahrhunderte

*Nirenberg, David: Anti-Judaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens, 587 S., Beck, München 2015.*

Die Feindschaft gegen Juden ist kein bloß deutsches und auch kein lediglich neuzeitliches Phänomen. Dies macht erneut eine grundlegende Darstellung eines Historikers deutlich: David Nirenbergs Buch „Anti-Judaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens“. Der Autor, der als Professor für Ideengeschichte und Mittelalter an der University of Chicago lehrt, nutzt indessen für das Untersuchte nicht den Begriff „Antisemitismus“, sondern „Antijudaismus“. Er versteht darunter „nicht bloß eine Haltung gegenüber Juden und ihrer Religion, sondern ein Weg, sich kritisch mit der Welt auseinander zu setzen“ (S. 15). Diese Formulierung macht schon deutlich, dass es hier auch und gerade um die Funktionen des Antijudaismus gehen soll. Darüber hinaus formuliert der Autor eine beachtenswerte Ausgangsthese, nämlich dass der Antijudaismus „nicht als archaische oder irrationale Kammer im weiten Gebäude des westlichen Denkens zu verstehen ist, sondern als eines der grundlegenden Werkzeuge beim Bau dieses Gebäudes“ (S. 18).

Nirenbergs Darstellung setzt bereits im Alten Ägypten ein, wo den Juden eine Destabilisierung und Unterwanderung im Interesse der seinerzeitigen Großmächte unterstellt wurde. Derartige Diskurse kann man bis in die Gegenwart hinein immer wieder wahrnehmen. Der Autor bemerkt

darüber hinaus: Dieses Beispiel sei schon besonders signifikant „dafür, wie das Bewusstsein eines Volkes für seinen vergangenen und gegenwärtigen Platz in der Welt sich durch die Konstruktion einer grundsätzlichen Opposition zu Juden und Judentum artikulieren lässt“ (S. 35).

Danach geht es um die Geschichte des frühen Christentums, wo bereits vehemente antijüdische Feind- und Zerrbilder kursierten. Belegen lassen sich diese anhand einer Fülle von Stellen aus dem Neuen Testament. Bedeutsam war aber auch Paulus, denn er nahm „alle Fehler in der falschen Beziehung zu den fleischlichen Dingen [...] dieser Welt und gab ihnen [...] einen ‚jüdischen Namen‘“ (S. 70). Die Gleichsetzung von Judentum und Materialismus habe bereits hier ihren Ursprung.

Danach folgt Nirenberg weiter der Geschichte des Christentums, aber auch des Islam, wo jeweils die Forcierung judenfeindlicher Auffassungen deutlich wird. Ein besonderes Kapitel ist dabei der Reformation gewidmet, worin es etwa zu Luther heißt: „Ob in einer frühen oder späten Phase seines Lebens, stets verglich er die Lehren seine Rivalen gern mit den Verbrechen der Juden“ (S. 266). Derartige gegenteilige Unterstellungen, wonach das jeweilige Denken oder Handeln irgendwie „jüdisch“ sein solle, kann der Autor ebenso für nicht wenige Philosophen der Aufklärung belegen: Immanuel Kant kritisierte die Empiristen als Juden, G.W.F. Hegel sah in dessen kategorischem Imperativ eine jüdische Moral, und Arthur Schopenhauer schmähte die Hegelianer als Juden. Und dann springt der Autor noch in die Moderne, wobei er sich etwa länger mit den Auffassungen von Karl Marx zum Judentum auseinandersetzt. In der Bilanz meint er indessen, dass die geschilderte Ideengeschichte nicht „determinierte, warum Deutschland vom Antisemitismus zum Völkermord übergang“ (S. 459, Hervorhebung im Original).

Bei der Lektüre fallen gleich zwei Aspekte angenehm auf: Nirenberg erweist sich als ein Autor, der seine Fachkompetenz für unterschiedliche Regionen und Zeitabschnitte souverän unter Beweis stellt. Darüber hinaus hebt er immer wieder mit mustergültiger intellektueller Bescheidenheit hervor, dass man Einsichten nur eingeschränkt verallgemeinern beziehungsweise bei manchen Gesichtspunkten sehr wohl auch andere Positionen vertreten könne. Nirenberg präsentiert auch eine Fülle von interessanten Detailstudien, so etwa zu William Shakespeares Stück „Der Kaufmann von Venedig“ oder zu Baruch de Spinozas Aufklärung gegen das

Judentum. Aus analytischer Betrachtung interessieren immer wieder die Ausführungen zu den Funktionen des Antijudaismus, wobei etwa die Konstanz der Projektionsfigur des „Juden“ deutlich wird. Man hätte sich aber auch Ausführungen zum gemeinten Kontext von Antijudaismus und Antisemitismus gewünscht. In der Gesamtschau legt der Autor eine gelungen und lehrreiche Abhandlung zur Judenfeindlichkeit quer durch die Jahrhunderte vor.

Brühl

Armin Pfahl-Traugber

### **Rauchen in Gesellschaft(en)**

*Schindelbeck, Dirk u. a.:* Zigaretten-Fronten. Die politischen Kulturen des Rauchens in der Zeit des Ersten Weltkriegs, 176 S., Jonas, Marburg 2014.

*Jacob, Frank/Dworok, Gerrit (Hrsg.):* Tabak und Gesellschaft. Vom „braunen Gold“ zum sozialen Stigma, 406 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Tabak ist in seinen Darreichungsformen der Menschheit bereits seit Jahrhunderten bekannt. Lange Zeit ein Genussmittel der höheren Schichten der Gesellschaft konnte es mit der massenmarktauglichen Zigarette zu einem Accessoires des Ich in den meisten Ländern der Welt werden. Dabei ist festzuhalten, das Rauchen war immer mehr als ein Genuss, eine Sucht oder ähnliches. Erwähnt sei nur die 2005er Verfilmung der letzten Tage von Sophie Scholl, als sie am Ende durch die Transgression einer Schließerin zusammen mit Christoph Probst und Hans Scholl, unmittelbar vor ihrer Hinrichtung, noch eine Zigarette teilen. Ohne Ansehung des Beispiels hat die Süddeutsche Zeitung, in Ausweitung der Arbeiten von Robert N. Proctor (siehe „Blitzkrieg gegen den Krebs“, 2002), hieraus einmal einen antifaschistischen Habitus des Rauchens gemacht, da die Nazis trotz der weiten Verbreitung zum Wohle des ‚Volkskörpers‘ diesen Genuss gerne abgeschafft gesehen hätten (vgl. Inspektion des Bildungswesens der Marine, Kiel, Der Offiziersanwärter in Messe, Gesellschaft und Volksgemeinschaft, in: Walter Kempowski „Das Echolot, Bd. 3“, 1997, S. 277). Der Fall zeigt, dass der Konsum von Tabak mehr ist als eine einfache Gesundheitsfrage, um so zeitgemäßer ist es, dass die Wissenschaft sich in den vorliegenden Werken an die

Aufarbeitung der Verankerung und Bedeutung von Tabak im Allgemeinen und Zigaretten im Besonderen macht.

Der Band „Tabak und Gesellschaft“ bildet dabei wegen seinem explorativen Charakter und der globalen Perspektive einen guten Ausgangspunkt. Erschienen als erste Ausgabe in der Schriftenreihe „Wissen über Waren – Historische Studien zu Nahrungs- und Genussmitteln“, herausgegeben von Frank Jacob und Swen Steinberg, handelt es sich um die Erforschung der entsprechenden Gegenstände in thematischer und methodischer Breite, wobei neben Herkunft, Herstellung und Distribution besonders gesellschaftliche Bedeutung sowie Darstellung herausgearbeitet werden. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt „inwieweit die Nutzpflanze das gesellschaftliche Leben in kultureller, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht geprägt hat“ (S. 30). Hinzu kommt der Blick auf die zeitliche Veränderung dieses Verhältnisses.

Nach der Einleitung der Herausgeber „Tabak: Eine globalhistorische Einführung“, welche sich am Fallbeispiel mit Globalisierung und Kolonialisierung der Welt seit 1500 beschäftigt, gibt es 16 weitere Beiträge von genauso vielen Schreibenden. Davon allein vier in englischer Sprache. Bei einer großen thematischen Breite handelt es sich disziplinär mehrheitlich um historische Zugänge.

Hans Jörg Schmidt eröffnet die Betrachtungen noch mit einer Meta-Perspektive, wenn er über „Tabak als Medium des Sozialen“ schreibt. Tabak ist für ihn Mittler von Pluralisierung und Individualisierung in der Moderne (S. 33). Christoph Lövenich zeichnet die „Entwicklung der Tabakregulierung in Deutschland“ nach. Damit bringt er eine zweite rahmende Analyse mit einem konkreten Fallbeispiel, welches direkt an die oben ausgeführten Gedanken von Luxus, Habitus und Gesundheit anknüpft. Jörg Pannier untersucht „Die Entstehung des Snuff und der Geist des Protestantismus“, also das Feld des Schnupftabaks, dessen Ausbreitung durch das „trial and error“-Prinzip sowie den Unternehmergeist, den Max Weber in seiner „protestantischen Ethik“ beschreibt, vorangetrieben wurde. Konstantinos Lalenis und Maria Aggeli betrachten beide des Tabaks Aufkommen in Griechenland. Ersterer nimmt unter dem Titel „Tobacco Era in Kavala, Greece: Shaping up Urban Identities“ die auch architektonisch prägende und Identität gebende Kraft der Nutzpflanze Tabak in den Blick. Die Zweite schaut mit „Woman in the Tobacco Fields and Tobacco Shops of Agrinio“ auf den

Genderaspekt in der Arbeiterschaft. Ähnlich wie Lalenis analysiert Elisabeth Schögl-Ernst den „Einfluss der Tabakfabrik Fürstenfeld auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Stadt und ihrer Umgebung vom 18. Jahrhundert bis 1910“. Manuela-Claire Warscher schließt mit ihrem Beitrag „k.k. Tabakindustrie: zur sozioökonomischen Lage der Arbeiter und Trafikanten in Zisleithanien 1850–1918“ wiederum an die Verhältnisse/Hierarchien innerhalb eines Zweiges der Industrie an. Swen Steinberg schaut auf die Nationalisierung des Fremden, wenn er von „Mohammed aus Sachsen: Die Vermarktung von ‚orientalischer Fremdheit‘, Regionalität, Nationalismus und Ideologie in der Dresdner Zigarettenindustrie (1860–1960)“ schreibt. Bernd Hüttner zeigt die Politisierung des Rauchens am Beispiel von „Blauer Dunst und rote Fahne? TabakarbeiterInnen im Bremen des 19. Jahrhunderts“ auf. Vier weitere regionale, geschlechtsspezifische und regulatorische Perspektiven bieten Emine Tutku Varda li mit „Tobacco as a Public Policy Instrument: From the Ottoman Empire to the Turkish Republic“, Christos Bakalis durch den Blick auf „The Impact of Tobacco in Greece (Cultivation, Processing, Manufacturing, and Trade)“, Han-Hsiu Chen in der Analyse von „Tobacco Agriculture as a Heritage – A Dramatic Story of Dangerous Crop“ und Otto Ulbricht durch die Beschreibung von „Tabakkonsum und Frauen in Deutschland (ca. 1650–1800)“. Expression und Ästhetik finden sich in Agnes Thums Studie zu „Rauchenden Künstlern“. Die Durchdringung der Gesellschaft als Teil von geschicktem Marketing zeigt Hiram Kümper mit seinem Artikel „Bevor Panini kam: Zigarettenmappen und das kollektive Bildgedächtnis des 20. Jahrhunderts“. Alexander Friedmann beschließt den Band mit einer Regionalstudie: „Mit der Hündin Lajka auf der Packung. Ein Beitrag zur Geschichte des Tabakkonsums in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg“.

Gerade auch im direkten Vergleich mit dem zweiten Band fällt auf, dass Schwarz-Weiß-Bilder, die im Band von Jacob und Dworok umfangreich verwendet wurden nur bedingt zur Illustration taugen. Grundsätzlich hätte eine Ordnung der Beiträge an den Linien: Analyserahmen, Regionalstudien, Geschlecht/Hierarchie, Prägung/Identität und Produktions- respektive Konsumtionsketten den Lesefluss verbessert. Darüber hinaus hätte dem Band ein Abschlusskapitel gut getan beziehungsweise aus einem facettenreichen historischen Überblick eine umfängliche Kartierung eines relevanten Forschungsfeldes

gemacht. Dabei ist aber zu unterstreichen, dass die Internationalität der Beiträge eine nahezu globale Perspektive auf das Kulturgut Tabak schafft. Weiter ist hervorzuheben, dass die (wirtschaftliche) Bedeutung und eine hiermit verbundene Prägekraft allein durch die Masse der Beispiele eindrucksvoll nachgewiesen werden.

Die Publikation „Zigaretten-Fronten“ ist der erste Band der im Rahmen des, durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten, Forschungsverbundes „PolitCIGs“ erscheinenden, von Rainer Gries und Stefan Rahner herausgegeben, Schriftenreihe. Der Verbund erforscht die materiellen, gesellschaftlichen und politischen Kulturen in Deutschland und Österreich im 20. und 21. Jahrhundert am Beispiel der Zigarette. Konkret handelt es sich damit um eine Tiefenanalyse mit einem leicht abweichenden Schwerpunkt im Vergleich zur ersten Veröffentlichung. Selbstverständlich ist das Projekt „PolitCIGs“ – rechnet man Antragslaufzeiten und Drucklegung ein – ‚älter‘.

Inhaltlich beginnt der Band „Als die Zigarette in den Krieg zog“ und stellt fest, dass „gerade in den hektischen und dynamischen Großstädten [...] die Zigarette daher schon bald als Sinn- und Spiegelbild der Moderne“ (S. 11) galt. In diesem Sinne ist die allgemeine Beschleunigung des Lebens genauso wie der Nationalismus und das Großmachtstreben im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert an diesem Alltagsprodukt für Deutschland nachweis- und untersuchbar. Die Verflechtung mit dem Politischen gibt Dirk Schindelbeck, Christoph Alten, Gerulf Hirt, Stefan Knopf und Sandra Schürmann in ihrer Untersuchung eine innovative Perspektive auf das an sich umfassend bearbeitete Geschehen des Ersten Weltkrieges. Die Zigarette avanciert dabei zu einem Katalysator für Vermittlung von Zielen (Propaganda), etwa das Fernweh nach Kolonien über entsprechend klingende Markennamen (S. 35ff.) oder die Solidarität sowie Versorgungspflicht der Front durch die Zivilbevölkerung mit Plakatierungen oder Darstellungen in den Medien (S. 107). Am Ende des Krieges ist festzustellen, dass die Zigarette „wegen ihrer existenziellen Bedeutungen und Funktionen [...] stets ein Objekt des Alltags wie auch der Sehnsucht [blieb] – ihre Dingkultur war zutiefst mit den Kulturen des Politischen verbunden“ (S. 164). Dabei verändert sich nach 1918 nebst der Wahrnehmung zumindest bis in die Zeit der späten Weimarer Republik (1929) auch die Funktionslogik (S. 167). Hier können die Verfasserinnen und Verfasser in der Andeutung eindrucksvoll den

Mehrwert ihres Fokus zeigen. Weitere Studien sind bereits geplant und in jeder Hinsicht wünschenswert.

Optisch und haptisch sind die „Zigaretten-Fronten“, gerade auch im Verhältnis zum Ladenpreis (25,00 €) als durchgängig 4/4-farbig gedruckter und als A4-Hardcover verarbeiteter Band ein Erlebnis. Dieser Rahmen wird durch die opulente Bebilderung sowie eine für wissenschaftliche Literatur sehr klare Sprache und leserfreundliches Layout ausgezeichnet gefüllt.

Schlussendlich ist zu sagen, dass die beiden Publikationen sich in hervorragender Weise ergänzen. Wo „Tabak und Gesellschaft“ eine Vielfalt an Fallbeispielen einbringt, liefern die „Zigaretten-Fronten“ einen bildgewaltigen Einblick in einen Spezialfall. In jeder Hinsicht gelingt jeder Veröffentlichung für sich aber besonders durch die Kombination ein wesentlicher Schritt zur Durchdringung des Phänomens „Rauchen in Gesellschaft(en)“.

Rostock

Christian Nestler

### **Ausgangspunkt für monographische Untersuchungen**

*Asbach, Olaf (Hrsg.): Europa und die Moderne im langen 18. Jahrhundert, 291 S., Wehrhahn, Hannover 2014.*

Dieser Band vereint nur einen Teil der in Hamburg 2011 bei der Eröffnung der Heisenberg-Professur „Europa und Moderne“, deren Inhaber der Herausgeber ist, vorgetragenen Beiträge. Insbesondere fehlen die der Globalisierung und den internationalen Beziehungen gewidmeten Aufsätze. Folglich bleibt ein für die aktuelle Diskussion über Europa und die Moderne ganz wichtiger Aspekt unbearbeitet, den zwei dafür sehr bekannte Bücher behandelt haben: in zeitlicher Reihenfolge Kenneth Pomeranz „The Great Divergence“ (2000) und Prasanna Parthasarathi „Why Europe Grew Rich and Asia Did Not“ (2011). Ein zentraler Aspekt der europäischen Moderne besteht nämlich in der wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit Europas seit dem 18. Jahrhundert. So kreist der Band um die Geschichte der Repräsentation und ganz allgemein um die Geistesgeschichte. Die Aufsätze verteilen sich auf drei Sektionen. Die dritte und letzte, „Europa und die Moderne zwischen Repräsentation und Konstruktion“ überschrieben, behandelt einige Muster der

Schaffung der europäischen Moderne: ikonographische und sonst visualisierte bei der Darstellung Europas (Michael Wintle), historisch-gelehrte im Falle der Erschaffung der russischen Geschichte durch Lomonossow (Andrej Doronin), perspektivische auf die europäische Politik durch ottomani-sche Botschafter (Suraiya Faroqi) und womöglich rassistische im Falle der schottischen Aufklärung (Walter Demel). Der zweite Teil – „Die Moderne, ein philosophisches Projekt Europas?“ – versammelt Beiträge zur Geistes- und Ideengeschichte im engeren Sinne. Die Themen reichen vom Beitrag der schottischen Aufklärer zur europäischen Moderne, um zu zeigen, wie Fania Oz-Salzberger schreibt, dass „it is primarily Scottish thinkers that developed a lexicon of modernity“ (S. 143), über den Aberglauben bei Pierre Bayle und Thomas Hobbes (Luc Foisneau) bis zum Menschheitskonzept und völkerrechtlichen Universalismus Emer von Vattels (Simone Zurbuchen).

Die vier Beiträge der ersten Sektion – „Moderne, Aufklärung und Europa – Historische und begriffsgeschichtliche Erkundungen“ – bemühen sich ernsthaft, dem im Titel angekündigten Thema Rechnung zu tragen. Allerdings stimmen die Ergebnisse nicht überein, ja die Aussagen zum Verhältnis von Europa, 18. Jahrhundert und Moderne unterscheiden sich in ganz wesentlichen Punkten. In seiner Einleitung räumt Olaf Asbach selbst ein, dass im Sammelband die „komplexe Herausforderung [...] aus unterschiedlicher Perspektive in Angriff genommen“ (S. 15) wurde. Das ist sicher richtig, denn obwohl sich die methodischen Zugriffe vergleichsweise ähneln, unterscheiden sich die Ergebnisse stark. Diese Unterschiede machen den besonderen Reiz des Sammelbandes aus und so demonstrieren gerade die Beiträge zu dieser Sektion, wie dringlich das von ihm angeschlagene Thema ist, handelt es sich doch um Versuche, vor allem jene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu überzeugen, die sich um die Verbindung von Europa, Moderne und 18. Jahrhundert bemühen. Wo liegen die Unterschiede? Für Sonja Asal, die sich fast ausschließlich auf französische Quellen stützt, besitzt das französische „moderne“ eine negative oder allenfalls neutrale (im Sinne von „gegenwärtig“) Bedeutung. Sonja Asals These läuft daraus hinaus, dass der historisch interessanteste Begriff von den Gegnern der Moderne geprägt und verwendet worden ist. Auch wenn sich ihre Untersuchung eng entlang der Sprachgeschichte bewegt, erinnert Asals Aufsatz zu Recht daran, dass auch der Beitrag der Gegner berücksichtigt werden muss; jener also, die die



Moderne nicht akzeptierten und die, wenn sie die Existenz „moderner“ Ideen doch einmal anerkennen mussten, sie eben deshalb ablehnten, weil sie modern waren. Wolfgang Schmale befasst sich mit der kulturellen und anthropologischen Definition Europas als einem Ort, in dem im Laufe des 18. Jahrhunderts eine einheitliche Kultur entsteht. Sein Interesse richtet sich auf die Multidimensionalität des den Kontinent einigenden Konzepts, die von der Geschichtsschreibung bis zur Malerei reicht, demonstriert an Tiepolos Fresken in der Würzburger Residenz. Für Asal und Schmale ist, wenngleich auf sehr verschiedene Weise, die europäische Moderne ein Kind des 18. Jahrhunderts. Christof Dipper, Günther Lottes und Heinz Duchhardt nähern sich diesem Thema von ganz verschiedenen Seiten und kommen entsprechend auch zu sehr unterschiedlichen Antworten. Duchhardt beschließt seine Durchmusterung der neueren Forschungen zum Absolutismus mit der Bilanz, dass die Modernisierung das Werk der sozialen Dynamik war, die trotz des absoluten Staates im 18. Jahrhundert in Gang gekommen war; die These, dass es der absolute Staat war, der die Modernisierung auf den Weg gebracht habe, lehnt Duchhardt energisch ab. Die Modernisierung der Gesellschaft sei eher dem Versuch entsprungen, „sich aus dem Prokrustesbett, das der fürstenbezogene Staat glaubte vorgeben zu müssen, zu befreien“ (S. 112). Dipper und Lottes bieten die wichtigsten Versuche zur Klärung des Verhältnisses von Europa und Moderne im 18. Jahrhundert. Lottes greift die Herausforderung der postkolonialen Historiographie auf und sucht ein Modernisierungskonzept zu erarbeiten, das von seinen Europabezügen frei ist: Man müsse Modernität immer als „einen relationalen Begriff“ (S. 118) verstehen, der dazu diene, „den höchsten durchschnittlichen Entwicklungsstand in einer Weltkulturzone [...] festzumachen“ (ebd.). Modernität ist demzufolge nicht notwendigerweise ausschließlich westlich-europäisch, sondern plural und kann autochthonen Ursprungs sein. Für Dipper ist im Unterschied zu Lottes die europäische Aufklärung des späten 18. Jahrhunderts ein Element europäischer Modernität, freilich nur in mentaler und intellektueller Hinsicht, nicht in sozialer oder politischer. Die Aufklärung war modern, weil sie eine geschichtliche Vorstellung schuf, der zufolge die Zeitgenossen moderner waren als früher, fähig zu Vernunftgebrauch und Kritik. Aber sie nahm nicht schon die gesellschaftliche, politische und technische Moderne vorweg; erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Europa

wirklich modern. „Die Einordnung der Aufklärung in die Moderne ist also zunächst einmal eine im Rückblick vorgenommene Entscheidung“ (S. 35).

Die einem Buchbeitrag gesetzten Grenzen erlauben den Autoren und Autorinnen nicht die ausführliche Darlegung der Implikationen dieser gewichtigen Vorschläge zum Verständnis der Aufklärung und der Modernität des „langen 18. Jahrhunderts“. Und auch die Bedingungen einer Rezension erlauben es dem Autor nicht, die Aussagen und ihre Materialgrundlagen im erwünschten Ausmaß zu diskutieren. Der Rezensent hofft jedoch, dass dieser von Olaf Asbach herausgegebene interessante Sammelband der Ausgangspunkt für monographische Untersuchungen sein könnte, die wir in den kommenden Jahren werden lesen können.

Turin

Edoardo Tortarolo

### Migrations- und Ernährungserfahrungen

*Beer, Mathias (Hrsg.):* Über den Tellerrand geschaut. Migration und Ernährung in historischer Perspektive (18. bis 20. Jahrhundert), 256 S., Klartext, Essen 2014.

Die Wechselverhältnisse zwischen Migration und Ernährung, zwischen kulinarischen Identitäts- und Fremdheitserfahrungen, zwischen essenskulturellen Irritations- und Akkulturationsprozessen, zwischen gastronomischen Transfers und dem Beharrungsvermögen eingeschliffener Essgewohnheiten haben erst seit wenigen Jahren Züge eines sich etablierenden Forschungsfeldes angenommen. Erinnert sei an dieser Stelle lediglich an die Pionierstudie „We Are What We Eat“ von Donna R. Gabaccia (1998) oder an das kürzlich erschienene „Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2013“, das sich ebenfalls mit dem Thema Migration und Ernährung beschäftigt. Der hier anzuzeigende Sammelband, der auf eine Tagung der Gesellschaft für Historische Migrationsforschung in Salzburg zurückgeht, interveniert in dieses Forschungsfeld und beabsichtigt, so Mathias Beer in seiner kurz gehaltenen Einleitung, „thematisch, regional, zeitlich und methodisch“ über den titelgebenden Tellerrand hinaus zu blicken und ein „vieltimmiges Plädoyer für eine kulturgeschichtliche Erweiterung der Migrationsforschung“ zu präsentieren (S. 11).

Vieltimmig ist der Band in der Tat geraten. Die insgesamt zwölf Beiträge, die zeitlich vom

18. bis an das Ende des 20. Jahrhunderts reichen, behandeln zwar allesamt in der einen oder anderen Form die Verbindung von Migrations- und Ernährungserfahrungen, gehen aber inhaltlich sehr weit auseinander. Den Anfang macht Josef Wolf mit einem Beitrag zur staatlich gesteuerten Kolonisations- und Verpflegungspolitik im mariatheresianischen Banat zwischen 1763 und 1774. Ihm folgt ein Beitrag über die kulturelle Bedeutung des Kaffees in der polnischen Adelsrepublik von Gregor Feindt, der gleichsam die Grundthesen von Jürgen Habermas' Strukturwandel der Öffentlichkeit am polnischen Beispiel überprüft. Die Bezüge zwischen Ernährung und kultureller Identitätsstiftung von protestantischen und jüdischen Emigranten in Nordamerika stehen im Fokus von Charlotte E. Havers Beitrag. Karl-Heinz Wüstner macht sich auf die Spur von deutschen Metzgern, welche über familiäre Netzwerke und Kettenmigrationen im 19. Jahrhundert ihren Weg über den Kanal fanden und in den Industriestädten Großbritanniens das Gewerbe der Schweinemetzgereien zu prägen begannen. Wandernden Zuckerbäckern, *cioccolatieri* und Eismachern aus den schweizerischen und oberitalienischen Alpentälern zwischen dem 17. und dem 20. Jahrhundert folgt der Beitrag von Margrit Schulte Beerbühl. Der Bedeutung der Esskultur in der jüdisch-amerikanischen Einwanderungsliteratur der Jahrhundertwende widmet sich Kathleen Look. Sie versteht es dabei, autobiographische und fiktionale Texte als historische Quellen für eine an das Essen gebundene Erinnerungskultur jüdischer Emigranten zu lesen. Im Zentrum des Beitrags von Sonja Weisheit steht die Transkulturation chinesischen Essens in New York zwischen 1920 und 1930. Darunter versteht sie den von zahlreichen Vermittlungs- und Adaptationsstrategien geprägten Übergangsprozess chinesischen Essens von einer Küche der Einwanderer zu einem Bestandteil des kulinarischen Alltags in den Vereinigten Staaten. Ebenfalls für chinesische Esskultur interessiert sich Lars Amenda. Er rekonstruiert in seinem Beitrag zum China-Restaurant die Zusammenhänge zwischen chinesischer Migration, der Inszenierung von chinesischer „Ethnizität“ und gastronomischen Entwicklungen in Westeuropa im 20. Jahrhundert. Der Frage, wie die Pizza nach Deutschland kam, geht Dittmar Dahlmann in einem zwischen persönlichen Erinnerungen und historischen Rekonstruktionen oszillierenden Beitrag nach. Ebenfalls der italienischen Küche widmet sich Sabina Bellofatto, allerdings mit einem Fokus auf deren zögerliche und ambivalente

Rezeption in der Schweiz der Nachkriegszeit. Im letzten Beitrag des Bandes geht Maren Möhring den symbolischen und imaginären Bedeutungen von zwei für die Gastronomie der Bundesrepublik charakteristischen Gaststättentypen nach – dem Balkan-Grill und dem China-Restaurant.

Die versammelten Beiträge zeichnen ein äußerst breites und facettenreiches Bild einer Verbindung von Migrations- und Ernährungsgeschichte und lassen das Synergiepotenzial eines solchen Unternehmens an vielen Textstellen aufblitzen. Zurück bleibt aber trotz viel Lesenswertem und Lehrreichem ein zwiespältiger Eindruck. Dies hat vor allem mit zwei Problemdimensionen zu tun: Zum einen fällt auf, dass das Themenfeld fast ausschließlich von der Konsumseite her behandelt wurde und Auseinandersetzungen mit der Nahrungsmittelproduktion oder mit dem Wandel von *agro-food-regimes* nur sehr randständig sind, obwohl sie für das Forschungsfeld von zentraler Bedeutung sind. Zum anderen und für den Gesamteindruck des Buches folgenreicher ist aber, dass der Band rein additiv konzipiert wurde. Es ist deshalb bei einem so weiten Themenfeld wie Migration und Ernährung wenig erstaunlich, dass die einzelnen Beiträge buchstäblich in alle Richtungen auseinanderdriften. Eine analytische Perspektivierung oder erkenntnisleitende Thesen, welche als konzeptionelle Klammer der Einzelbeiträge hätten dienen können, sucht man leider vergeblich. Auch sind die Beiträge nicht entlang von thematischen oder analytischen Abschnitten strukturiert, welche nicht nur die Orientierung wesentlich vereinfacht, sondern auch der Rekonstruktion von Bezügen zwischen den Einzelbeiträgen förderlich gewesen wären und dem Band mehr Kohärenz und Systematik verliehen hätten. Ebenso ist darauf verzichtet worden, in einer Art Synopse zum Abschluss des Bandes die wichtigsten Ergebnisse zu rekapitulieren und zu systematisieren sowie auf ihr Potenzial für zukünftige Forschungen zu befragen. Man kann sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, dass beim Über-den-Tellerrand-Schauen mithin auch der strukturierende Blick und die Übersicht etwas verloren gegangen sind.

Fribourg/Bern

Juri Auderset

### **Spielräume im Irrenhaus**

*Gründler, Jens*: Armut und Wahnsinn. „Arme Irre“ und ihre Familien im Spannungsfeld von

Psychiatrie und Armenfürsorge in Glasgow, 1875–1921, 376 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2013.

Eine gute sozialhistorische Fallstudie zeichnet sich dadurch aus, dass sie in doppelter Hinsicht ‚trägt‘. Der Fall als solcher muss gut dokumentiert sein und zugleich über sich selbst hinausweisen, denn das Fallbeispiel soll nicht für sich stehen, sondern größere Zusammenhänge und grundlegende Problemstellungen erschließen. Genau dies ist Jens Gründler mit seiner Fallstudie, einer aus dem Trierer SFB 600 „Fremdheit und Armut“ hervorgegangenen Dissertation (bei Andreas Gestrich), in vorbildlicher Weise gelungen.

Es geht um das Woodilee Asylum in Glasgow, 1875 als Musterbeispiel einer geschlossenen Anstalt für „arme Irre“ (*pauper lunatics*) errichtet, mit zunächst 400 Betten, deren Zahl sich bis 1921 mehr als verdreifachte. Woodilee war nicht nur die modernste psychiatrische Anstalt Schottlands, sondern erweist sich auch deshalb als besonders instruktives Fallbeispiel, weil es dem Stereotyp einer „geschlossenen Anstalt“, wie es seit den klassischen Arbeiten von Erving Goffman und Michel Foucault immer wieder kolportiert worden ist, gehörig zuwiderläuft. Zwar waren die Insassen und Insassinnen nach Möglichkeit zur Beschäftigungstherapie angehalten (Arbeiten auf dem Feld, im Garten oder im Hause selbst) und in diesem Rahmen einem strengen Tagesablauf unterworfen, konnten sich aber auf dem weiträumigen Gelände frei bewegen und besaßen auch sonst erhebliche Spielräume. Ketten oder Käfige gab es nicht, die Ärzte fühlten sich den Grundsätzen des *moral treatment* und *non restraint* verpflichtet. Woodilee passt daher kaum zum Bild eines ‚von oben‘ gesteuerten Repressionsregimes, wurde die Anstalt doch in beträchtlichem Maße ‚von unten‘ beeinflusst – nicht zuletzt von den Angehörigen der Insassen und Insassinnen. Vor allem sie verfügten über erstaunlich weite Spielräume. Sie waren es, die mit ihren „armen Irren“, die gewalttätig (gegen andere oder auch gegen sich selbst) oder gefährlich und unkontrollierbar waren (das sprichwörtliche Hantieren mit dem Feuer), nicht mehr zurechtkamen und diese dann, oft erst nach Jahren anstrengender und aufopferungsvoller Pflege zu Hause, nach Woodilee brachten (mehr als die Hälfte der Einweisungen erfolgte auf Antrag der betroffenen Familien, ein knappes Drittel durch die Polizei, der Rest durch Armen- und Gefängnisbehörden); es waren ihre Auskünfte und Berichte, auf die

sich die Ärzte in ihren Diagnosen im Wesentlichen stützten; und durch ihre Besuche (oder Briefe) blieben viele der Insassen an die Außenwelt zurückgebunden.

Gründler kann sein Alternativmodell der ‚modernen‘ Irrenanstalt konsequent aus der Perspektive ‚von unten‘ zeichnen, weil er entsprechende Quellen verarbeitet hat. Seine Studie basiert im Kern auf den Krankenakten für 500 ausgewählte Einzelfälle, kombiniert mit den Armenakten – methodisch eine mikrohistorische Glanzleistung, die sich vor allem durch ihre außergewöhnliche Anschaulichkeit auszeichnet (namentlich durch die vielen in den Krankenakten enthaltenen Briefe der Patienten und ihrer Angehörigen). Immer wieder greift er auf konkrete Einzelschicksale zurück. Zugleich ist er der Gefahr, sich darin zu verlieren, durch die gelungene Anlage seiner Studie entgangen, die sich in vier Teile gliedert. Teil A skizziert nach einem klaren Aufriss des Themas und des Forschungsstands (Kap. 1) zunächst die Entwicklung und das Wechselspiel von Armenfürsorge und Psychiatrie in Schottland (Kap. 2), dann das Spannungsfeld der unterschiedlichen Akteure, von übergeordneten Instanzen (Armenverwaltung, Irrenaufsichtsbehörde) über Ärzte und Pfleger bis hin zu den Angehörigen/Bekannteten der Insassen und Insassinnen sowie zu diesen selbst (Kap. 3). Teil B (der umfangreichste) führt nach Woodilee selbst und behandelt zunächst die Einweisung (Kap. 4), anschließend das Leben in der Anstalt, wobei neben den Patienten selbst auch stets die Angehörigen mit einbezogen werden (Kap. 5). Teil C behandelt das Leben außerhalb der Anstalt, zunächst die typischen Wege aus Woodilee durch Entlassung/Heilung (oder Tod), Unterbringung in Pflegefamilien (*boarding-out*) und Abschiebungen (Kap. 6), dann die Rekonstruktion von Lebensläufen ehemaliger Patienten (Kap. 7) und schließlich das Leben der Angehörigen (Kap. 8). Teil D bietet eine konzise Zusammenfassung (Kap. 9).

Neben dem klaren Aufbau sorgt auch die kluge Umsicht der Darstellung dafür, dass der Leser den *systematischen* Ort Woodilees niemals aus dem Auge verliert. Stets wird die einschlägige Literatur einbezogen, so dass der vergleichende ‚kleine‘ Blick auf andere Institutionen ebenso gewahrt bleibt wie die übergreifende Perspektive auf die ‚großen‘ Modelle von Goffman, Foucault und anderen. Nicht zuletzt besticht die Arbeit durch ihre ebenso nüchterne wie klare Sprache. Die menschliche Anteilnahme am Schicksal der Betroffenen verfällt daher niemals in falsche Sentimentalität. Kurzum: Jens Gründler hat durch

diese gründliche Fallstudie zu den ‚armen Irren‘ in Glasgow einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Armenfürsorge, der Psychiatrie und der modernen Sozialgeschichte ‚von unten‘ vorgelegt, dem man eine breite Leserschaft wünscht – nicht nur unter Historikern und Historikerinnen, sondern auch unter Psychologen und Psychologinnen sowie den Angehörigen sozialer Berufe.

Hagen

Thomas Sokoll

### **Arbeiterbewegung und „koloniale Frage“**

*Wegner, Jörn*: Die Kriegs- und die Kolonialfrage in der britischen und deutschen Arbeiterbewegung im Vergleich, 1899–1914, 383 S., Metropol, Berlin 2014.

Zur Haltung der europäischen Arbeiterbewegung zur „kolonialen Frage“ sind zwar einige Studien in den vergangenen etwa drei Dezennien vorgelegt worden, jedoch bezogen sich diese in der Regel auf einzelne nationale Entwicklungen oder auf bestimmte Ereignisse in den Kolonialgebieten. Vergleichende Darstellungen zu diesem Themenbereich über die nationalen Ländergrenzen hinweg sind so gut wie nicht bekannt. Eine solche komparatistische Sicht am Beispiel der britischen und deutschen Arbeiterbewegung liegt nunmehr mit der veröffentlichten Dissertation von Jörn Wegner vor, die an der Universität Potsdam angenommen worden ist.

Weitgehend wurde in den bislang vorliegenden Publikationen den antikolonialen Haltungen von Parteien der europäischen Arbeiterbewegung nachgespürt. In der Tat kam von diesen politischen Kräften zur Zeit der direkten Kolonialherrschaft die heftigste Kolonialkritik und die konsequenteste Ablehnung der Kolonialpolitik ihrer Regierungen mit den damit einhergehenden Grausamkeiten, Unterjochungsmaßnahmen, grausamen Ausbeutungsmethoden und Völkermorden. Hier machten auch die deutsche Sozialdemokratie und die britische Labour Party keine Ausnahmen. Aber kann davon gesprochen werden, dass die Arbeiterklasse in Deutschland und diejenige in Großbritannien geschlossen hinter der kolonialen Kritik und Ablehnung der meisten ihrer Führer standen? Woher kam dann die Begeisterung zu Beginn des Ersten Weltkrieges auch in nicht unbedeutenden Teilen der beiden Bevölkerungen?

In der Tat zeigt der Vergleich der britischen und der deutschen Arbeiterbewegung, dass die Haltungen der Arbeiter zu Gewalt und Krieg vor allem von Ablehnung gekennzeichnet waren. Dies betraf sowohl die Arbeiterschaft insgesamt als auch die sie repräsentierenden Parteien. Getrieben von ethisch motiviertem Pazifismus oder politisch begründetem Antimilitarismus opponierte die Mehrheit der Arbeiter zumeist ausgeprägt und wirkungsvoll gegen die zahlreichen Kriege und Krisen am Ende des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Den anwachsenden Nationalismus und auch den sich immer mehr durchsetzenden kolonialen Rassismus konnten sie jedoch nicht verhindern; bei nicht wenigen fiel solches Gedankengut auf fruchtbaren Boden. Im Sommer 1914 zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden dann die Arbeiter von ihren Parteien im Stich gelassen.

Neben Einleitung, Zusammenfassung und Anhang mit einem Abkürzungsverzeichnis, Literatur- und Quellenverzeichnis sowie einem brauchbaren Register besteht die vorliegende Untersuchung aus in die Thematik und in die Aufgabenstellung einführenden „Vorüberlegungen“ mit sechs Unterpunkten und aus vier jeweils untergliederten Hauptkapiteln.

Zunächst sei positiv hervorgehoben, dass sich Jörn Wegner bemüht hat, auch die Forschungsergebnisse der DDR-Historiographie der hier behandelten Problematik zur Kenntnis zu nehmen, auch wenn er zuweilen – zu Recht – harsche Kritik an einigen Publikationen übt. Leider geschieht dies nur zum Anfang des Buches; Forschungsergebnisse von DDR-Historikern zu später vom Verfasser aufgeworfenen Fragen etwa zur deutschen Kolonialpolitik werden dann leider kaum noch zur Kenntnis genommen.

Den Bezug zu Produkten von DDR-Historikern – selbst im kritischen Zusammenhang – herzustellen, so etwa zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – ehemals ein Schwerpunkt der Geschichtswissenschaft im Osten Deutschlands – gehört heute nicht mehr zu den Selbstverständlichkeiten. Kritisch sei jedoch angemerkt, dass dem Verfasser anscheinend nicht alle zur Thematik erschienene Literatur aus dieser vergangenen Epoche der deutschen Historiographie für seine Forschung zur Verfügung stand, beispielsweise die Arbeiten von Gerda Weinberger, Helmuth Stoecker, Ludwig Elm, Hans Piazza, die alle aus der DDR kommen. Die Nichtbeachtung von bereits vorliegender Forschungsliteratur trifft ebenso auf diejenigen Veröffentlichungen zu, die in jüngerer Zeit als *area studies* bezeichnet wird;



auffallend ist insbesondere das punktuelle Übersehen der für die Thematik relevanten deutschsprachigen kolonialgeschichtlichen Fachliteratur. Aber diese Monita beschädigen nicht die insgesamt positive Bewertung der vorliegenden Forschungsleistung.

Zum Aufbau und Inhalt der Arbeit: In dem als Einführung gedachten und etwas unglücklich als „Vorüberlegungen“ bezeichneten Kapitel wird vor allem die Außen- und die Friedenspolitik der Labour Party sowie diejenigen der deutschen Sozialdemokratie einer Analyse unterzogen.

Im ersten substanziellen Kapitel werden der Burenkrieg und die Wahlen vom September/Oktober 1900 zum Unterhaus in Großbritannien sowie der Hererokrieg im heutigen Namibia und die sogenannten ‚Hottentottenwahlen‘ von 1907 im Deutschen Reich abgehandelt. Hier rächt sich die zuvor geäußerte Kritik an der Nicht-Zur-Kennntnisnahme entsprechender Fachliteratur, sei sie nun ehemals in der DDR oder neuerdings in Südafrika entstanden. Bei näherer Beschäftigung mit der aktuellen Fachliteratur hätten solche antiquierten Begriffe wie „Burenkrieg“, der in Südafrika verpönt ist, weil sachlich wie politisch unkorrekt, oder wenn vom „Hereroaufstand“ statt vom „Krieg“ gesprochen wird, vermieden werden können. Auch fällt bei anderen Themen, wie zu den in der insbesondere deutschen Öffentlichkeit während des Südafrikanischen Krieges von 1899 bis 1902 viel diskutierten Frage nach einer Einführung eines „Milizsystems“ oder bei der Behandlung der ‚Hottentottenwahlen‘ auf, dass hier lediglich einige Zeitungen und Zeitschriften der Arbeiterbewegung aus jener Zeit von Wegner ausgewertet wurden und keine Forschungsliteratur herangezogen worden ist. Das ist schade, wird doch somit der Eindruck erweckt, dass der Autor sich als erster mit diesen Fragestellungen befasst, was jedoch mitnichten der Fall ist.

Im zweiten substanziellen Kapitel wird die Haltung der beiden Arbeiterbewegungen zur ersten Marokkokrise 1905/06 und die Entente cordiale von 1904 analysiert. Auch hier wieder die kritische Anmerkung: Eine stärkere Beachtung der in den letzten Jahren erschienenen kolonialen und postkolonialen Literatur, vor allem einige sachkundige Fallstudien, hätte den Ausführungen gutgetan. Die beiden folgenden Hauptkapitel befassen sich mit der zweiten Marokkokrise 1911 und den Konflikten auf dem Balkan bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges.

Einige Ergebnisse der Studie sind für den Afrika- und Kolonialhistoriker von Bedeutung: so das Fazit, dass der „Burenkrieg“ im Süden

Afrikas doch nicht, wie lange Zeit angenommen, unter der britischen Arbeiterschaft mit einer besonderen Euphorie aufgenommen worden ist. Insgesamt beurteilt, handelt es sich um ein gut lesbares Buch, welches viele Forschungsergebnisse bestätigt, einige revidiert, einige neu herausarbeitet. Leider sind aufgrund der in den vorgetragenen Monita genannten Gründen einige naheliegende Chancen nicht genutzt worden.

Berlin/Pretoria

Ulrich van der Heyden

### Studie mit Pioniercharakter

*Schenk, Frithjof Benjamin*: Russlands Fahrt in die Moderne. Mobilität und sozialer Raum im Eisenbahnzeitalter, 456 S., Steiner, Stuttgart 2014.

Die Expansion der Eisenbahn im russländischen Reich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts machte den gewaltigen imperialen Raum buchstäblich erfahrbar. Das Eisenbahnnetz, das bei Beginn des Ersten Weltkrieges von der russischen Westgrenze bis nach Wladiwostok am Pazifik und von Archangelsk am Weißen Meer bis Baku am Kaspischen Meer reichte, festigte den politischen Zusammenhalt des gewaltigen Imperiums und war Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung. Wie der Baseler Historiker Frithjof Benjamin Schenk in seiner überarbeiteten Habilitationsschrift zeigt, wirkte die Eisenbahn indes auch als ein schwer berechenbarer Katalysator, der soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungsprozesse beschleunigte.

Die hervorragend geschriebene und gut strukturierte Studie gibt einen exzellenten Einblick in die Entstehung und Entwicklung der Eisenbahn in Russland vor 1914. Im Vordergrund steht die Frage, ob die Erschließung des imperialen Raumes durch die Eisenbahn eher die „Integration“ oder die „Fragmentierung“ des Reiches beförderte (S. 18). Schenk grenzt sich vom populären „Paradigma der ‚Rückständigkeit‘ Russlands“ (S. 376) deutlich ab, jedoch ohne die Bedeutung westlicher Vorbilder und Einflüsse zu ignorieren. In der Einleitung gibt der Autor einen detaillierten Überblick über die neuere russische Forschungsliteratur. Die Arbeit bezieht auch die aktuelle Historiographie zum Thema Eisenbahn in anderen Teilen Europas und Nordamerikas mit ein. Schenks Analyse orientiert sich an soziologischen und kulturwissenschaftlichen

Raumkonzepten. Wie Wolfgang Schivelbusch in seiner 1977 publizierten Studie über die Eisenbahnreise interessiert sich Schenk für soziale und kulturelle Aspekte der Eisenbahn: die Wahrnehmung und Transformation des Raumes außerhalb des Zuges, für das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Menschen in den Zügen und auf den Bahnhöfen, für die Architektur der Bahnhöfe und nicht zuletzt für die Manifestation sozialer Grenzen. Schenk kann sich dank intensiver Recherchen in russischen Archiven auf eine dichte Überlieferung staatlicher Quellen und zeitgenössischer Publikationen stützen. Die vielfältigen Eindrücke russischer und westlicher Reisender sowie von Schriftstellern wie Lev Tolstoj oder Ivan Bunin illustrieren die gesellschaftlichen Veränderungen eindrucksvoll.

Das erste Kapitel behandelt die Entwicklung des Eisenbahnnetzes von den Anfängen bis 1914. Wie in anderen Staaten hatten militärische Planungen vielfach Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Die Nikolaibahn zwischen Sankt Petersburg und Moskau nahm 1851 den Betrieb auf. Doch der Ausbau des Netzes kam nur schrittweise voran und Bahnreisen blieben für einfache Bauern und Arbeiter kaum erschwinglich. Nicht wenige liefen über lange Distanzen entlang der Bahndämme. Erst um 1900 konnten sich breitere Bevölkerungsschichten die Reise leisten, auch dank des Angebotes der einfachsten sogenannten Holzklasse. Im zweiten und dritten Kapitel untersucht der Verfasser die Auswirkungen der Eisenbahn auf imperiale und soziale Raumvorstellungen, unter anderem am Beispiel der Diskussion über die Eisenbahnzeit und Zeitzonen. Als Quellen dienen hier Kursbücher und Streckennetzkarten. Am Beispiel der Bahnhöfe beschreibt Schenk die räumliche Abgrenzung sozialer Klassen. Die teilweise bis heute bestehende Passpflicht wurde vor 1900 nicht gelockert. Eigentlich durften Mitglieder der ländlichen Unterschicht ihren jeweiligen Heimatort ohne einen nicht einfach zu beschaffenden und relativ teuren Pass nicht verlassen. Die Passvergabe wurde erst 1906 vereinfacht. In der Praxis wurden die Passgesetze unterlaufen, nicht zuletzt aufgrund der Expansion der Eisenbahn. Die harschen Gesetze blieben daher in der Regel Theorie und demonstrierten die „Ohnmacht“ (S. 220) der Petersburger Regierung.

Das vierte und letzte Kapitel thematisiert die Eisenbahn als Ausdruck politischer Macht und als Austragungsort interner und externer Konflikte. Ein eigenes Unterkapitel widmet Schenk dem

„Eisenbahnterrorismus“. Terroristen konnten sich dank der Eisenbahn vernetzen und schnell bewegen. Anschläge auf Züge und Attentate waren teilweise erfolgreich, weil sich die Terroristen am Fahrplan orientieren konnten. 1879 entging Zar Alexander II. nur knapp einem Terroranschlag auf seinen prächtigen Zug. 1888 überlebte Zar Alexander III. und seine Familie ein Zugunglück in der Nähe der Ortschaft Borki bei Char'kov. Terroristen hatten mit diesem Unglück nichts zu tun. Eine Kommission ermittelte eine Reihe von Faktoren wie überhöhte Geschwindigkeit und verrottete Eisenbahnplanken. Doch die offizielle Version lenkte von den eigentlichen Ursachen ab und verklärte das Unglück als wundersame Rettung des Zaren und seiner Familie. Schenk geht ausführlich auf die Funktion der Eisenbahn bei der Niederschlagung interner Aufstände und Unruhen ein, insbesondere 1863 in den polnischen Provinzen und im Zuge der Revolution von 1905. Eher knapp behandelt er die Mobilisierung von Truppen im Zuge der Kriege gegen das Osmanische Reich und Japan.

Der Fokus der Studie liegt auf russischsprachigen Quellen. Abgesehen von staatlichen Quellen spiegeln auch Periodika und russische Beobachter eher die Perspektive des imperialen Zentrums. Schenk betont mehrfach, dass es kaum Quellen gibt, die über die Erfahrungen und Eindrücke der einfachen Bevölkerung in den Provinzen Auskunft geben. Das mag im Falle von Sibirien, Zentralasien und der Kaukasusregion zutreffen. Für den jüdischen Ansiedlungsrayon und die polnischen Provinzen wäre es sinnvoll gewesen, jiddische und polnische Quellen zu berücksichtigen. Scholem Aleichems wunderbare „Eisenbahngeschichten“ und eine Reihe anderer Reiseberichte liegen teilweise in deutscher oder englischer Übersetzung vor. Zwei wichtige Aspekte werden nur kurz berührt, aber nicht untersucht: die Geschichte von Gefangenentransporten mit der Eisenbahn und die Massenmigration aus dem Russländischen Reich. Ein erheblicher Teil der über vier Millionen Menschen, die das Reich vor 1914 verließen, reisten mit der Eisenbahn nach Westen. Bei den Migranten handelte es sich überwiegend nicht um ethnische Russen, sondern um Polen, Juden, Litauer und Ukrainer.

Der Fokus auf Russland erklärt wohl auch, warum Schenk die Implikationen der Entscheidung für eine Breitspurbahn im Jahr 1860 nicht erläutert. Bis heute ist das russische System nicht mit der in Mitteleuropa verbreiteten Normalspur kompatibel, was insbesondere den Transport von

Gütern erschwert. Tatsächlich gab es vor 1914 nur wenige Bahnübergänge entlang der Grenze. Am russisch-preußischen Übergang in Eydtkuhnen wechselten Passagiere vor 1914 einfach in einen Zug auf der jeweils anderen Seite des Bahnsteigs. Die meisten einfachen Migranten auf dem Weg zu den deutschen und westeuropäischen Nordseehäfen umgingen vor 1914 die offiziellen Übergänge. Sie verließen am letzten Bahnhof vor der russischen Außengrenze den Zug, überquerten die grüne Grenze zu Fuß und setzten auf der preußischen oder österreichischen Seite die Reise mit dem Zug fort.

Diese Lücken schmälern jedoch die beachtliche Leistung des Autors in keiner Weise. Die sehr sorgfältig recherchierte Studie hat Pioniercharakter und eröffnet den Zugang zu einem bisher nur partiell erforschten Thema.

University Park, PA

Tobias Brinkmann

### Herrschaftswissen oder Kritik der Macht?

*Hübinger, Gangolf (Hrsg.): Europäische Wissenschaftskulturen und politische Ordnungen in der Moderne (1890–1970), 316 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2014.*

Wie sich Wissenschaftskulturen und politische Ordnungen zueinander verhalten, ist bisher vor allem am nationalsozialistischen und staatssozialistischen Beispiel untersucht worden. Demgegenüber verspricht der vorliegende Band eine doppelte Horizontenerweiterung: Chronologisch wird beinahe ein volles Jahrhundert in den Blick genommen, geographisch eine gesamteuropäische Perspektive in Aussicht gestellt. Bei näherer Betrachtung offenbart sich indes die Konzentration auf hauptsächlich zwei geographische Räume – Deutschland und Polen, ergänzt um Abstecher nach Frankreich und in den angelsächsischen Raum –, drei chronologische Schwerpunkte – Jahrhundertwende, Zwischenkriegszeit und früher Kalter Krieg – und, im Wesentlichen, eine Disziplin – die Soziologie, mit Seitenblicken in die Kultur- und Naturwissenschaften. Diese Fokussierung verspricht eine mehr als nur anekdotische Behandlung des vielschichtigen Gegenstandes – eine Hoffnung, die sich bei der Lektüre indes nur teilweise erfüllt.

Den Autoren – vornehmlich Soziologen, Historikern und Kulturwissenschaftlern aus Deutschland und Polen – geht es laut Hübinger um eine

„Geschichte der Moderne als Wissens- und Wissenschaftsgeschichte“ (S. VII). Die Frage, wie die wissenschaftliche Selbstbeobachtung moderner Gesellschaften deren politisches Ordnungsdenken beeinflusst, soll dabei mit der Gegenfrage nach der politisch-gesellschaftlichen Kontextgebundenheit ebendieser Beobachter verbunden werden. Zur Erforschung dieser Interdependenz entwickelt der Herausgeber einleitend einen Fragenkatalog, der auf Akteure und Denkstile, Wissensordnungen, mediale Wissenszirkulation und Wissenstransfer zwischen Aneignung und Abwehr zielt (S. 14).

Aus der Vogelschau verfolgt Lutz Raphael die Verwissenschaftlichung des Sozialen in der Langzeitperspektive von 1890 bis 1970. Auf eine Phase gradueller Sozialreform lässt er 1920–1960 eine Epoche umfassenden *social engineering* folgen, in der sich sozialwissenschaftliche Ordnungsentwürfe bald als Partner, bald als technokratische Überwinder radikaler Ideologien empfahlen, bevor die kritische Sozialwissenschaft grundsätzliche demokratiepolitische Bedenken gegen staatliche Sozialexpertise geltend machte. Einen Überblick über die Entwicklung der Wissenschaft von den Massen bietet Stefanie Middendorf. Beklagten französische Denker des ausgehenden 19. Jahrhunderts die Erosion des Individuums in der Masse, so rückten deutsche Theorien der Zwischenkriegszeit die Formung der Masse zur Gemeinschaft in den Vordergrund und erwiesen sich mithin als anschlussfähig für das radikale Ordnungsdenken der Epoche. Eine weitere deutsch-französische Blickachse öffnet Wolf Feuerhahns Frage nach den deutschen Bezügen in Émile Durkheims Soziologie. Mit dem Kurzschluss zwischen wissenschaftlicher Weltdeutung und politischem Ordnungsdenken, zu dem der Sozialdarwinismus seit den 1880er Jahren einlud, beschäftigt sich Uwe Puschner – und erinnert dabei an die ursprüngliche politische Polyvalenz des Konzeptes.

Einen Themenblock zur Zwischenkriegszeit leitet Karol Sauerland mit dem Nachweis ein, dass die Wissenschaften im wiedererstandenen Polen rasch zur internationalen Forschung aufschlossen. Auch Georg Simmel wurde rege rezipiert – ein Interesse, das erst die Postmoderne-Diskussion im nachkommunistischen Polen wieder aufgriff, wie Monika Tokarzewska darstellt. Mit Zygmunt Łempicki portraitiert Maria Gierlak den führenden polnischen Germanisten der Zwischenkriegszeit, dessen kulturdiplomatischen Umtrieben unter dem Hitler-Pilsudski-Pakt eine verharmlosende, in älteren Deutschlandbildern verhaftete

Wahrnehmung des Nationalsozialismus zugrunde lag. Katrin Steffen illustriert das Zusammenspiel von Migration und Transfer am Beispiel des Mikrobiologen Ludwik Hirszfeld und des Metallurgen Jan Czochralski, die beide nach ihrer Ausbildung in Deutschland nach Polen übersiedelten, um ihr internationales Wissen in den Dienst der neuerstandenen Nation zu stellen – der eine zugunsten der polnischen Rüstungsindustrie, der andere als Blutgruppenforscher im eugenischen Dienst am ‚Volkskörper‘. Ganz andere Bedeutung erlangte mit Ludwik Fleck ein weiterer polnischer Mikrobiologe, der zum heute vielbeachteten Vordenker der Kulturwissenschaften avancierte, wie Bożena Chołuj in Erinnerung ruft. Nicht Polen, sondern Deutschland gilt Austin Harringtons Beitrag, in dem er die gängige These anführt, wonach politikferne kulturelle Eliten eine Versäumnisschuld am Weg in den Nationalsozialismus trugen, und stattdessen die republikanisch-demokratische Gesinnung führender Intellektueller hervorhebt.

Benedikt Stuchtey eröffnet den Themenblock zum Kalten Krieg mit einem weitschweifenden Beitrag zu Isaiah Berlins Russlandbild. Tim B. Müller führt die geheimdienstliche Kommunismusforschung in den USA als Beleg dafür ins Feld, dass auch politische Auftragsforschung einer differenzierten Wahrnehmung – in diesem Falle der UdSSR – Vorschub leisten kann. In Verallgemeinerung dieser Erkenntnis plädiert er im Anschluss an Ulrich Herbert dafür, sozialwissenschaftliches Ordnungsdenken nicht grundsätzlich in totalitäre Zusammenhänge einzuordnen, sondern auch seine versachlichende, pluralisierende Funktion in liberalen Gesellschaften anzuerkennen. Barbara Picht bemüht sodann Robert Curtius, Werner Krauss und Czesław Miłosz, um der literarischen Reflexion der politisch-gesellschaftlichen Neuordnung Europas nach 1945 den Puls zu fühlen, und schließlich vermittelt Edith Hanke einen statistischen Überblick über die weltweite Rezeption Max Webers.

Alles in allem bietet der Band eine Fülle durchwegs einschlägiger, wenngleich unterschiedlich aufschlussreicher Fallstudien. Der Bezug auf die gemeinsame Fragestellung erscheint in vielen Beiträgen indes eher als Nachgedanke, sodass der Band die versprochenen „übergreifende[n] Problemsichten“ (S. 1) letztlich weitgehend schuldig bleibt. Gewünscht hätte man sich insbesondere mehr *epochenübergreifende* Beiträge – birgt doch die Untersuchung gebrochener Wissenschaftskulturen über politische Zäsuren hinweg das wohl größte Potenzial, den Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Politik zu

durchleuchten. Solche Einwände schmälern aber nicht das Verdienst des Bandes, eine neue, über den nationalsozialistischen und kommunistischen Tellerrand hinauszielende Perspektiven auf das Thema eröffnet zu haben.

Bern

Stefan Guth

## 20. JAHRHUNDERT

### Historische Betriebsforschung

*Andresen, Knud u. a. (Hrsg.): Der Betrieb als sozialer und politischer Ort. Studien zu Praktiken und Diskursen in den Arbeitswelten des 20. Jahrhunderts, 317 S., Dietz Nachf., Bonn 2015.*

Dass ein Betrieb nicht nur eine zweckgerichtete Organisation ist, sondern ein sozialer Ort, in dem – verkürzt gesagt – gearbeitet, gelebt und gestritten wird, ist das verbindende Element der (zeit-)historischen Beiträge des von Knud Andresen, Michaela Kuhnhenne, Jürgen Mittag und Johannes Platz herausgegebenen Bandes „Der Betrieb als sozialer und politischer Ort“. Ziel des Sammelbandes ist es, so die Herausgeber und Herausgeberin, „die Tragfähigkeit des Betriebes als Bezugsgröße und Projektionsfläche der Geschichte der Arbeit bzw. einer neuen Gewerkschaftsgeschichte auszuloten“ (S. 8). Es geht also nicht nur um historische Analysen, es geht auch darum, den Betrieb als Gegenstand historischer Forschung (wieder) zu entdecken und die dafür notwendigen Ansätze und Methoden zu diskutieren.

Diese doppelte Zielstellung spiegelt sich auch im Aufbau des Buches wieder: Den acht inhaltlichen Beiträgen, zusammengefasst zu den drei Abschnitten „Der Betrieb als politischer Ort und Ort des Politischen“, „Der Betrieb als Ort der Transformation“ und „Der Betrieb als kultur- und ideengeschichtlichen Ort“, ist ein Abschnitt vorangestellt, in dem drei „konzeptionelle und methodische Ansätze“ umrissen werden: eine „praxeologische“ Perspektive (Thomas Welskopp), das Konzept der „Sozialraumanalyse“ (Morten Reitmayer) sowie eine diskursgeschichtliche Perspektive (Timo Luks), wobei alle drei Beiträge „ihren“ Ansatz auch beispielhaft umsetzen.



Die Verschiedenartigkeit der Ansätze wird in der Einleitung der Herausgeber und Herausgeberin deutlich. Mit ein Grund dürfte sein, dass es ganz offenkundig kein gemeinsames konzeptionelles Verständnis vom „Betrieb“ gibt (bzw. dieses, siehe den Beitrag von Thomas Welskopp, wohl auch umstritten ist). „Methodischer Pluralismus“ lautet deshalb das Stichwort und aus Sicht des Herausgeberteams ist dies auch kein Nachteil, sondern gerade ein Vorteil. Dadurch werden verschiedene Perspektiven auf den komplexen Gegenstand „Betrieb“ möglich und das Ziel besteht nun weniger in einer wie auch immer gearteten Vereinheitlichung, sondern in der Zusammenführung dieser verschiedenen Perspektiven. Die Einleitung der Herausgeber und Herausgeberin bietet eine schöne Einführung in die Thematik und das Buch, einen guten Überblick über einige der vorliegenden Ansätze und Untersuchungen sowie nachvollziehbare Gründe für den methodischen Pluralismus. Allenfalls angedeutet wird, wie eine Zusammenführung der Befunde aussehen könnte. Am Vielversprechendsten scheint hier die These vom „Strukturbruch“ in den 1970er Jahren zu sein, auf die in einer ganzen Reihe von Beiträgen Bezug genommen wird und welche vermutlich ein gutes Verbindungsglied abgibt.

So wird in den acht inhaltlichen Beiträgen, die zumeist Fallbeispiele behandeln, dann auch weder eine durchgängige noch eine konsistente Geschichte des Betriebs im 20. Jahrhundert erzählt. Das zeitliche Spektrum reicht von der Jahrhundertwende bis in die 1980er Jahre, die Themen, nur als Beispiele, von der Entwicklung der betrieblichen Mitbestimmung in der deutschen Automobilindustrie (Jörg Neuheiser, Dimitrij Owetschkin, Felix Heinrichs) über die Transformation eines polnischen Staatsbetriebes in ein privatwirtschaftliches Unternehmen (Karolina Mikolajewska) bis zur „Entdeckung“ des Schlafs (und des Schlafzimmers) als Gestaltungsfeld der Humanisierung des Arbeitslebens (Hannah Ahlheim).

Die (dem Rezensenten) ein wenig fehlende Zusammenführung der Befunde wird allerdings durch die einzelnen Beiträge dieses Bandes (inklusive der Einleitung und der methodischen Aufsätze) wieder mehr als wett gemacht: Nicht nur, weil sie allesamt sprachlich und inhaltlich ein hohes Niveau haben, was bei Sammelbänden bekanntlich nicht immer der Fall ist (und vermutlich auch ein Verdienst des Herausgeberteams), sondern auch, weil sie wirklich alle lesenswert und interessant sind – und: Man muss wirklich

nicht Geschichte studiert haben, um die Beiträge mit Gewinn lesen und auch verstehen zu können.

Speziell für einen Arbeits- und Industriosociologen wie mich bietet dieser Band viel Interessantes. Das ist beim Gegenstand „Betrieb“ natürlich naheliegend, aber es ist eben auch sehr interessant, dass und vor allem wie (arbeits- und industrie-)soziologische Theorien und Konzepte (von Michel Foucault und Pierre Bourdieu bis hin zu Heiner Minssen und Ludger Pries) auf einen historischen Gegenstand angewendet werden. Ganz besonders lehrreich ist aber der historische Blick auf – so paradox das auch klingt – aktuelle Themen der Arbeits- und Industriosociologie: Vom Erstarken der betrieblichen Mitbestimmung (etwa im Beitrag von Werner Milert) bis zum nicht immer einfachen Verhältnis von Betriebsräten und Beschäftigtenbeteiligung (Jörg Neuheiser, Felix Heinrichs), von der Optimierung des Schlafs als Wegbereiter eines entgrenzten Zugriffs auf die Person der Arbeitskraft und sein/ihr Privatleben (Hannah Ahlheim) bis hin zur Nutzung der Subjektivität von Arbeitern und Arbeiterinnen in den 1920er Jahren (Karsten Uhl). Sehr begrüßenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die historische Betriebsforschung in jüngster Zeit verstärkt beginnt, arbeits- und industriosociologische Untersuchungen quellenkritisch auszuwerten. Hier ist, wie die Herausgeber und Herausgeberin anmerken, noch vieles unerschlossen – aber dass beide Disziplinen (und nicht nur die) davon sicher profitieren würden, wird an diesem Band ganz deutlich.

München

Nick Kratzer

### Transnationale Sportgeschichte

*Nielsen, Erik: Sport and the British World, 1900–1930. Amateurism and National Identity in Australasia and Beyond, 272 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2014.*

Im Jahr 1905 organisierten führende ozeanische Amateursportverbände eine Serie von Testwettkämpfen für Leichtathleten. Dazu luden sie auch ausländische Athleten ein, darunter den britischen Langstreckenläufer Alfred Shrubbs sowie den US-amerikanischen Sprinter Arthur Duffey. Der Besuch von Sportveranstaltungen war schon damals populär in Australien und Neuseeland, und so wurde die Tour durch verschiedene Städte ein großer Erfolg. Doch löste die Teilnahme der

beiden ausländischen ‚Stars‘ auch Kontroversen aus, die sowohl für sie selbst als auch für die Veranstalter weitreichende Folgen hatten: Innerhalb weniger Monate nach ihrer Tour wurden Shrubbs wie auch Duffey von ihren eigenen Verbänden auf Lebenszeit gesperrt. Man warf ihnen vor, verdeckte Antritts- sowie Preisgelder angenommen und somit gegen die geltenden strengen Amateurregeln verstoßen zu haben. Zugleich war die Reputation der Sportverbände Australiens und Neuseelands aufgrund dieser Vorkommnisse zumindest eine Weile lang beschädigt. Ihr offenbar allzu freigiebiger Umgang mit Spesen zog eine Reihe von kritischen Kommentaren nach sich.

Dies ist vielleicht die bekannteste von vielen Episoden ozeanischer Sportgeschichte zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die Erik Nielsen in seiner Studie über die ‚britische Welt des Sports‘ in Australien und Neuseeland analysiert. Sie weist recht gut auf die Grenzen dieser Monographie, namentlich für deutsche beziehungsweise kontinentaleuropäische Leserinnen und Leser. Shrubbs und Duffey waren damals international sehr prominente, erfolgreiche Athleten, und ihr Ausschluss aus dem Amateursport sorgte derzeit für großes internationales Aufsehen und ist seitdem häufiger in der historischen Forschung thematisiert worden. Trotzdem sind die beiden Sportler außerhalb eines englischsprachigen Kontexts heute selbst für eine interessierte Öffentlichkeit kaum noch bekannt, und in noch viel größerem Maße gilt dies für die zahlreichen anderen Athletinnen und Athleten, die Nielsen auf den knapp 200 Seiten seiner Studie anspricht. „Sport and the British World“ richtet sich an einen sehr kleinen Kreis von Experten und Expertinnen, es wird hierzulande allenfalls in einigen wenigen Spezialbibliotheken zugänglich sein und vermutlich nur wenig Einfluss auf die Sportgeschichtsschreibung außerhalb Großbritanniens und Ozeaniens haben.

Dieses Fazit kann man aber durchaus bedauerlich finden, denn Niensens Buch adressiert einige ganz zentrale Aspekte der internationalen Sportgeschichte insgesamt und kommt dabei mitunter zu interessanten Ergebnissen. Erstens unterstreicht „Sport and the British World“ die Relevanz von Sport und Bewegungskultur als Themen transnationaler Geschichte. Es ist keineswegs überraschend, dass so viele interessante Studien in diesem Feld aus Australien oder Neuseeland stammen. Trotz ihrer scheinbar peripheren geographischen Lage waren und sind diese Regionen Teil der ‚britischen Welt‘, sie verfolgten zu Beginn des 20. Jahrhunderts

charakteristische, wenn auch jeweils unterschiedliche nationale Identitätspolitik, sie waren darüber hinaus zu dieser Zeit beteiligt am umfangreichen Transfer von Ideen, Werten, Gütern und Menschen zwischen den verschiedenen Regionen der Welt. Sport, so kann Nielsen deutlich machen, war ein nicht unwichtiger Aspekt in den damaligen globalen Austauschbeziehungen.

Zur Etablierung von sinnstiftenden Konzepten nationaler Identität innerhalb einer Welt transnationaler Beziehungen, so kann der Autor zweitens zeigen, spielte Sport in Ozeanien eine sehr wichtige Rolle. Nielsen untersucht, wie sich australische und neuseeländische Verbände an etablierten Organisationsformen oder tradierten Wertvorstellungen orientierten und dabei doch stets auch kreativ eigene Wege bestritten. Dabei wird zum einen deutlich, dass Großbritannien keineswegs die dominante Orientierungsgröße war; Sportbeziehungen zu Kanada oder den USA waren ebenfalls eng und erlaubten es mitunter, sich einem allzu großem Einfluss des Mutterlands zu entziehen und eigene Wege zu gehen, beispielsweise in ökonomischen Fragen der Vermarktung von Sportereignissen. Diese Abweichungen vom britischen Vorbild, so unterstreicht Nielsen zum anderen, konnten zwischen den verschiedenen australischen Provinzen oder zwischen Australien und Neuseeland sehr unterschiedlich ausfallen; sie waren stets offene Prozesse und stimulierten angeregte Debatten zwischen Sportfunktionären, Journalisten und einer interessierten Öffentlichkeit – die Affäre um die Prämienzahlungen an Alfred Shrubbs und Arthur Duffey ist nur ein Beispiel unter vielen.

Der zentrale Aspekt vieler dieser Debatten war das Verhältnis zwischen Amateur- und Profisport, und Nielsen widmet sich diesen Kontroversen um das Selbstverständnis modernen Sports besonders intensiv. Er blickt dabei insbesondere auf die Leichtathletik, ohne aber wichtige Teamsportarten wie Rugby oder Cricket, und somit auch abweichende Vorstellungen vom Amateurstatus, aus den Augen zu verlieren. Dabei wird auch hier deutlich, wie eng die Welt des Sports mit gesellschaftlichen Hierarchien, Entwicklungen, Wertvorstellungen und Konflikten verwoben war. Dass Auseinandersetzungen um die Amateurstatuten des Sports ganz wesentlich auf die Klassenstruktur von Gesellschaften verweisen, ist schon lange in der Forschung etabliert. Nielsen eröffnet seinen Leserinnen und Lesern aber auch die vielfältigen Anschlüsse der Amateurdebatten an Vorstellungen von *race* und *gender*. Zu den bemerkenswertesten Abschnitten des Buchs gehören diejenigen, in denen

der Autor die komplexen Ein- und Ausschlüsse der australischen beziehungsweise neuseeländischen Ureinwohner beim Sport diskutiert. Auch dabei spielten Bezugnahmen auf Großbritannien, Kanada und den USA mit ihren je eigenen Rassismen eine wichtige Rolle bei der Suche nach Rechtfertigungen für die changierenden und bisweilen sehr ambivalenten eigenen Positionen.

Die vorliegende Studie ist mit seinem geographischen und chronologischen Fokus auf Ozeanien zwischen 1900 und 1930 sicher sperrig für viele Leserinnen und Leser, doch ist das Buch ein gelungenes Beispiel jener sozialhistorischen Forschungsausrichtung, die für die internationale Sportgeschichtsschreibung der letzten drei Dekaden so bedeutsam geworden ist. In ihr ist der Sport ein wichtiger Teil sozio-ökonomischer Aushandlungsprozesse, ein soziales Feld, das für die Ordnung einer Gesellschaft, ihrer Stabilisierungsprozesse wie Krisen sehr einflussreich werden kann. Leider wurde diese Professionalisierung der historischen Sportforschung allzu oft mit einer inhaltlichen Engführung auf Verbände und ihre (zumeist männlichen) Funktionäre erkaufte; der Sport treibende Athletenkörper oder auch das emotionale Erlebnis des Publikums verschwinden oft aus den Analysen. Dies gilt auch für Nielsens Studie, in deren Zentrum die Politik der Amateur Athletic Union of Australasia (AAUA oder auch Australasian Union) sowie deren langjährigem Vorsitzenden Richard Coombes (1858–1935) auf den regionalen, nationalen sowie internationalen Ebenen steht. Auf Basis eines breiten Studiums sowohl verbandsoffizieller als auch privater Quellenbestände entfaltet der Autor so eine vielschichtige Analyse der australischen wie neuseeländischen Sportwelt im frühen 20. Jahrhundert in ihren transnationalen Bezügen, deren Ergebnisse auch für die Forschung zu anderen Themenzusammenhängen der Sportgeschichte stimulierend sein können.

Köln

Olaf Stieglitz

### **Erinnerung an einen Verteidiger der Weimarer Republik**

*Görtemaker, Manfred (Hrsg.): Otto Braun. Ein preußischer Demokrat, 208 S., be.bra, Berlin 2014.*

Der Sozialdemokrat Otto Braun galt als der „Rote Zar von Preußen“, eine von ihm selbst abgelehnte

Bezeichnung, die ihn aber aus den Ministerpräsidenten seiner Zeit heraushob, führte er doch mit zwei Unterbrechungen von einigen Wochen nahezu zwölf Jahre das größte Land des Reiches. Preußen galt als „Bollwerk“ der Republik (Hans-Peter Ehni), das schließlich durch den vielfach behandelten „Preußenschlag“ 1932 geschleift wurde, der wie ein Schatten auf Brauns Lebensleistung lag.

Aus Anlass der Benennung des Platzes vor dem neuen Landtagsgebäude von Brandenburg in Potsdam nach dem preußischen Ministerpräsidenten legt Manfred Görtemaker vom Historischen Seminar der örtlichen Universität eine Sammlung von acht Beiträgen zu Leben und Werk Brauns vor. Hier Neues zu präsentieren, ist angesichts der monumentalen Gesamtbio-graphie von Hagen Schulze aus dem Jahr 1977 kein leichtes Unterfangen, zumal doch der Anspruch zu erheben ist, auch neue Aspekte zu präsentieren. Das gelingt in Teilen. Eine die disparaten Beiträge zusammenbindende und die Grundidee des Bandes erläuternde Einleitung wäre hilfreich gewesen; denn ein strukturelles Bindeglied erschließt sich nicht – ein roter Faden fehlt.

In seinem einleitenden Essay verortet Görtemaker den Sozialdemokraten und Ministerpräsidenten in der Politik vom Kaiserreich zur Republik und stellt Wirkungsmacht und -ohnmacht Brauns an der Spitze Preußens in groben Zügen heraus, stützt dabei die These, dass es nach dem Preußenschlag, den Joachim Lilla unter verfassungsrechtlichem Blickwinkel erneut aufrollt, keine Möglichkeit zum aktiven Widerstand gegeben habe.

Markus Apostolow und Florian Detjens beleuchten die Interdependenzen von Otto Braun und der Presse. Dabei war es das Paradoxon der Zeit, dass ein die Freiheit der Presse als Stabilisierungsfaktor der Republik begreifender Otto Braun Zielobjekt der antirepublikanischen Schmutzfinken wurde, die eben die Pressefreiheit gegen die junge Demokratie und ihre Repräsentanten ausnutzten wie der „Miesbacher Anzeiger“, die wohl aktivste antirepublikanische Dreckschleuder ihrer Zeit, die sich der antisemitischen Klaviatur bediente, indem sie 1925 den Präsidentschaftskandidaten Braun schlicht zum „Juden“ machte. Es wäre freilich lohnend gewesen, über einige dürre Worte zum Verhältnis des Politikers zum neuen Medium Rundfunk generell die Frage nach dem Stellenwert von *public relation* für Braun zu stellen. Gehörte er zu den sozialdemokratischen Amtsträgern, die sich diesem Feld (zu) zögerlich stellten? Und dies nicht

nur, weil er ein mäßiger Redner war, sondern aus grundlegender Abneigung gegenüber einer offensiven Selbstdarstellung heraus?

Aus der „privaten Gegenwelt“ Brauns präsentiert Burghard Ciesla die Jagdleidenschaft, eine für den in der Wolle gefärbten Sozialdemokraten ungewöhnliche, die Zeitgenossen doch irritierende Leidenschaft, die die Sozialdemokraten als verbürgerlichte Attitüde, die Bürgerlichen als Steckenpferd eines waidmännisch unkundigen Emporkömmlings beäugten. Dieses Faible, das Braun stets verteidigte, das entsprechende Kapitel aber aus den Memoiren strich, mag Symptom für die Ablösung des Sohnes eines verarmten Schuhmachers von den lebensgeschichtlichen und politischen Wurzeln sein.

Der von Michael C. Biernet unternommene Vergleich von Otto Braun und Ernst Reuter in den Weimarer Jahren bietet Erklärungsmuster für eine Abkehr von radikalen politischen Positionen der beiden, die wohl in keinem engeren Kontakt standen. Einen ebenso neuen wie interessanten Aspekt greift Hartmut Mangold auf: Er untersucht die Haltung der „Weltbühne“, des publizistischen Flaggschiffs der Linkskritik, zu den beiden Regierungen in Reich und Preußen. Anschaulich mit zahlreichen Zitaten belegt der Beitrag, wie Kurt Tucholsky und vor allem Carl von Ossietzky die von Otto Braun mitgetragene sozialdemokratische Tolerierungspolitik gegenüber Brüning kritisierten und die SPD zum Linkskurs und zur Aufgabe der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien aufriefen.

Den bereits hinlänglich ausgeleuchteten Jahren des Exils ab März 1933 widmet sich Kristina Hübener, in denen Braun Pläne für den Neuaufbau entwickelte, der 1943/44 nachgerade euphorische Gedanken an Rückkehr auf die politische Bühne im Nachkriegsdeutschland hegte, dann aber keine Rolle spielte/spielen konnte, weil in der Nachkriegs-SPD kein Platz mehr für ihn war – brauchte doch die Partei, wie selbst Brauns früherer Kulturminister Adolf Grimmer schrieb, Kräfte, die „nicht den Schienenstrang der Weimarer Zeit zurückfahren“. Insofern galt Braun als „Belastung“, versehen mit dem Stigma eines führenden Mannes der gescheiterten SPD von Weimar. Zu Nachkriegsparteitagen reiste der Abgedrängte daher als einfaches Parteimitglied. Das Bild mit Carl Severing auf dem Parteitag 1950 spricht in dieser Hinsicht Bände: zwei alte Männer mit leeren Blicken.

Im Epilog erhebt Erardo C. Rautenberg Anklage über den geringen Stellenwert Brauns in der deutschen Erinnerungskultur. Mit dem

vorliegenden Sammelband, dem das Verdienst der erstmaligen Publikation zahlreicher Fotografien gebührt, ist jedoch ein Schritt getan, ihn stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Dabei sind einige wenige Facetten der vielschichtigen Biographie Brauns neu erschlossen worden. Es hätten mehr sein können, etwa zur Position Brauns innerhalb der Führungscrew der SPD in der Weimarer Zeit, aber auch schon vor dem und im Ersten Weltkrieg. Nehmen wir den Band als Weckruf, stärker an den kantigen Vorkämpfer und Verteidiger der Republik und das demokratische Preußen der Weimarer Zeit zu erinnern.

Heidelberg

Walter Mühlhausen

### Vertrautes neu entdecken

*Ziemann, Benjamin*: Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933, 381 S., Dietz Nachf., Bonn 2014 (engl. 2013).

Wie anregend und überhaupt nicht langweilig es sein kann, wenn sich ein Forscher anlässlich eines Gedenkjahres mit den Themen beschäftigt, die ihn seit 20 Jahren in Forschung und Lehre umtreiben, belegt die 2013 in englischer Sprache und ein Jahr später in deutscher Übersetzung erschienene Publikation über die „Veteranen der Republik“. Die Studie zur umstrittenen Erinnerung in Deutschland zwischen 1918 und 1933 will den Nachweis liefern, dass die Weimarer Republik nicht etwa von Anfang an zum Untergang verdammt gewesen sei, weil es an überzeugten Demokraten und Republikanern gemangelt habe (S. 12). Benjamin Ziemann zeichnet nach, dass es mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener mitgliederstarke Organisationen gab, welche das Kriegsgedenken mit der Stärkung und dem Schutz der Republik verwoben.

Der Autor formuliert von der ersten Seite an klare und nachvollziehbare Thesen, er legt die Struktur bis auf die Ebene der einzelnen Kapitel offen, benennt seine Leitfragen und fasst Erträge zusammen. So möchte man immer – nicht nur in einer sehr guten Vorlesung, sondern auch als Leser – geleitet werden. Ziemann bezieht klar Stellung zur Literatur, sowohl zu den für ihn besonders



weiterführenden Arbeiten (etwa von Jay Winter oder Detlev Peukert) als auch zu denjenigen, von denen er sich abgrenzt. George Mosses These der Brutalisierung der Politik in Deutschland nach 1918 (S. 304), Hans Mommsens Urteil über die passive und unbewegliche Sozialdemokratie (S. 295) oder Heinrich August Winklers Behauptung, die Rhetorik der Volksgemeinschaft habe einen festen Platz in der Alltagssprache des Reichsbanners gehabt (S. 148), weist Ziemann mit klaren Worten zurück. Sein eigenes Urteil formuliert er unmissverständlich als „ich“.

Viel Bekanntes lässt sich in dieser Arbeit aus anderer Perspektive und gegen den Strich gebürstet betrachten. Ziemann betont, dass rechte Soldatenvereine zunächst den Krieg aus der Sicht der militärischen Führung erinnerten. Ihnen gegenüber standen die linken Veteranen, die konsequent aus der Frosch- oder Opferperspektive an die Leiden auf den Schlachtfeldern erinnerten. Ziemann erlaubt es dem Leser, sowohl aus der Vogelschau als auch von ganz unten das Kriegsgedenken zu betrachten. Vor allem Kapitel 1 und 2 widmen sich den Organisationen und ihren Zeitschriften und Broschüren. Hier geht es also mehr um den Überblick. Im dritten Kapitel konzentriert er sich auf den „einfachen Reichsbannermann“ Fritz Einert, der 1926 ein 22seitiges Dokument zu seinen Erlebnissen verfasste. In ihm findet Ziemann einen Patrioten (S. 123), der fürchtete, seine Erinnerungen zu veröffentlichen, aus Sorge vor wirtschaftlichen Konsequenzen, der klar betonte, wie er hätten die meisten Soldaten nicht für den Kaiser gekämpft und den Waffenstillstand nicht als Niederlage, sondern als Befreiung empfunden (S. 142). Ebenfalls sehr stark auf einzelne Akteure richtet Ziemann in Kapitel 6 seinen Blick. Vier ehemalige Offiziere, die das Kriegserleben zu Pazifisten formte, werden näher vorgestellt (von Schoenaich, von Deimling, Schützinger und Mayr). Diese Porträts einzelner (und in allen Fällen: ungewöhnlicher) Personen führen vor Augen, dass es nicht zulässig ist, allein Organisationsstrukturen, Mitgliederzahlen, Artikel und Reden zu untersuchen, sondern dass am Anfang und Ende immer Individuen stehen, die wir zwar nicht alle erfassen können, aber auf keinen Fall ignorieren dürfen. Vor allem bemerkt die Leserschaft, dass sie gerne mehr über diese Männer erfahren hätte, die zum Teil bis weit in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gelebt haben – in der BRD und DDR.

Statt es als altbekanntes Indiz für eine zerrissene Gesellschaft zu bewerten, dass sich die Bürger der ersten deutschen Republik nicht auf

ein Nationaldenkmal für die Gefallenen des Weltkrieges einigen konnten, regt Ziemann an, die Vielfalt von nebeneinanderstehenden Konzepten als Kennzeichen einer lernenden Demokratie zu bewerten (S. 192ff.). Sein Urteil, warum die Demokraten unterlagen, ist unmissverständlich: Nicht aus eigener Verzagtheit, sondern weil die Gegner ihnen zahlenmäßig und in Bezug auf die Gewaltbereitschaft überlegen waren, hatten die Republikaner nach 1929 immer weniger Optionen. Das Schicksal der Republik entschied sich nicht auf dem umkämpften Feld der Kriegserinnerungen, sondern weil die konservativen Eliten den Nationalsozialisten die Macht überließen (S. 296). Ziemann ist der Ansicht, dass Hitler sich die Froschperspektive der Linken zu eigen gemacht habe. Mit großer Raffinesse hätten die Nationalsozialisten in den Deutungsgründen der Linken gewildert – und ihnen nicht nur den Unbekannten Soldaten abspenstig gemacht (S. 223). Karl Bröger, Arbeiterdichter und Reichsbannermitglied wurde, so der Autor, von den Republikfeinden für ihre Ziel vereinnahmt (S. 196ff., 315).

Warum verteidigten sich die Linken nicht? Zunächst einmal tritt Ziemann gegen die These an, die Linken seien mit derselben Gewaltbereitschaft wie die rechten Republikfeinde aufgetreten. Er zeigt auf, in welchem Maße sich die Reichsbanner-Mitglieder für den Verfassungstag engagiert haben. Sie hätten durchaus eigene Ideen für Denkmäler und Feiertagsrituale entwickelt und erfolgreich die Mythen der Rechten widerlegt. Sie seien sogar in Uniformen und mit ihren Orden aufmarschiert, weil ihnen bewusst gewesen sei, dass sie nur so als Weltkriegsteilnehmer erkennbar seien und dem Alleinvertragsanspruch rechter Vereine entgegentreten könnten.

Ziemann zeichnet Stärken und Erfolge der Linken nach, aber auch Schwächen und Versagen. Wobei das Scheitern nicht bewertet (oder verurteilt), sondern erst einmal festgestellt wird: Ziemann ist der Meinung, dass es den republikfreundlichen Veteranen – eben weil sie zu sehr aus der Froschperspektive und aus der Sicht der Opfer den Krieg erinnerten und deuteten – nicht gelungen sei, das Gedenken mit positiven Zukunftsvisionen zu verschränken (S. 13, 310). Das blieb den Republikfeinden beziehungsweise den Nationalsozialisten vorbehalten. Auch die Tatsache, dass das Reichsbanner keine Frauen als Mitglieder (und damit für den Kampf für die Republik) zuließ, wertet Ziemann als ein folgenschweres Versäumnis – umso mehr, als der Stahlhelm, ein mitgliederstarker

rechter Konkurrent – weibliche Mitglieder aufnahm (S. 307). Auch andere Gruppen (potenzieller Anhänger) konnte das Reichsbanner nicht erfolgreich ansprechen, so dass Ziemann zum Schluss gelangt, die Republikverteidiger seien nicht in der Lage gewesen, die Republik aus der Perspektive der Überparteilichkeit zu stärken (S. 311).

Auch wer glaubt, sich mit dem Kriegsgedenken in Deutschland nach 1918 schon gut auszukennen, kann bei Ziemann sogar Vertrautes neu entdecken.

Düsseldorf

Susanne Brandt

### **Erfahrungswissen für die Wirtschaftspolitik**

Hesse, Jan-Otmar/Köster, Roman/Plumpe, Werner: Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939, 242 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Wenn etwas in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise boomt, dann sind es Vergleiche mit der „Großen Depression“. Die richtigen Lehren sollen aus ihr gezogen werden, frei nach dem Motto „Historia magistra vitae“. Auf dieser Klaviatur spielt auch der Verlag auf dem Buchumschlag. Wer die „Große Depression“ behandelt, kommt an der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation offenkundig nicht vorbei. Der Band selbst fußt auf einem noch vor der Krise begonnenen Studienbrief, den die Verfasser für die Studierenden der Fernuniversität Hagen erstellt haben. Die Aktualität der Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit durchzieht das schmale Büchlein der drei Wirtschafts- und Sozialhistoriker Jan-Otmar Hesse (Bayreuth), Roman Köster (München) und Werner Plumpe (Frankfurt a. M.) denn auch, wobei sie sich mit Ratschlägen insgesamt wohltuend zurückhalten.

Den Auftakt bilden eine kurze Zusammenchau der Weltwirtschaftskrise – vom Oktober 1929 bis zum Zweiten Weltkrieg – sowie ein knapper Abriss über das ökonomische Denken und die krisentheoretischen Überlegungen zwischen dem ausgehenden 18. Jahrhundert und der großen Krise. Deutlich wird hier, dass die Verfasser weniger richtige und falsche Krisenerklärungen diskutieren als vielmehr den durch die Weltwirtschaftskrise inspirierten Wandel des ökonomischen Denkens in den Blick nehmen. Dieser

war fundamental: Die ältere liberale Wirtschaftstheorie und ihre Trennung von ökonomischer und politischer Sphäre wurden in den 1930er Jahren ebenso fraglich wie die Vorstellung eines sich selbst wieder einstellenden wirtschaftlichen Gleichgewichts, ja ökonomischer Gleichgewichte überhaupt. Die Schriften Joseph Schumpeters sind dafür ein gut gewähltes Beispiel. Der Staat trat als Wirtschaftsakteur immer mehr in den Vordergrund, die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft wurden in der Krise neu justiert.

In dem sich anschließendem Kapitel spürt das Autorentrio dem strukturellen Ballast der vermeintlich Goldenen Zwanziger Jahre nach. Zentrale und bekannte Stichworte sind hier die politischen Folgen des Ersten Weltkrieges – die Interessenkonflikte in Europa ebenso wie im Pazifik –, die Reparationenfrage und das mit ihr verbundene „Schuldenkarussell“ sowie nicht zuletzt die globalen Überkapazitäten in der Eisen- und Stahlindustrie, insbesondere aber in der Landwirtschaft. Hinzu trat als fundamentale Belastung – und damit knüpfen die Autoren an Barry Eichengreens grundlegendes Buch an – die fehlerbehaftete und von nationalen Erwägungen mitbestimmte Einführung des Gold-Devisenstandards Mitte der 1920er Jahre, der als Nachfolger des Goldstandards und vermeintlicher Stabilitätsanker dafür verantwortlich war, dass Strukturkrisen schnell andere Länder und Regionen infizierten.

Dem Umgang mit dem beziehungsweise der Abkehr vom Gold-Devisenstandard ist dann auch der Hauptteil des Buches verpflichtet, wenn nacheinander der Krisenverlauf in einzelnen Ländern durchschritten wird: Dem Deutschen Reich folgen Großbritannien mit dem Commonwealth und die USA, ebenso behandelt werden Frankreich, das mit einigen anderen Ländern am längsten (bis 1936) am Gold-Devisenstandard festhielt, sowie China und die Sowjetunion. Hin und wieder kommt es dabei zwar zu Wiederholungen und die nur spärlich vorhandenen Fußnoten machen aus umstrittenen Sachverhalten gelegentlich Gewissheiten – etwa Heinrich Brüning's Memoirenbehauptung, während seiner Kanzlerschaft die Wiedereinführung der Monarchie angestrebt zu haben (S. 71) –, aber hier entfaltet sich vor den Augen der Leserschaft insgesamt ein anschauliches und zugleich differenziertes Panorama von unterschiedlichen Krisenverläufen. Und gleichsam nebenbei weitet sich der Blick hier tatsächlich ins Globale: Lateinamerika, Australien und Indien werden angesprochen. Die Länderkapitel kann man gewiss auch einzeln lesen, aber erst

die Zusammenschau lässt bei allen Unterschieden die Ursachen, die weltweiten gravierenden sozialen Folgen, beispielsweise Arbeitslosigkeit und Hungertod, deutlich werden.

Die beiden letzten Kapitel sind den wirtschaftstheoretischen Debatten um die Weltwirtschaftskrise sowie dem Vergleich mit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise gewidmet. Dem Streit der beiden großen volkswirtschaftlichen Richtungen des 20. Jahrhunderts lieferte vor allem die „Große Depression“ die argumentative Munition: Keynesianer hier, Monetaristen dort. Die Grundzüge und Protagonisten der Auseinandersetzungen werden vorgestellt, die großen wissenschaftlichen Debatten wie etwa die Borchardt-Kontroverse, knapp eingeordnet und bewertet. Beim Vergleich mit heute überwiegen die Unterschiede. Sieben heben die Autoren hervor, von der Kooperation der führenden Wirtschaftsnationen über die geringeren strukturellen Belastungen und den ausgebauten Sozial- und Interventionsstaat bis hin zur offensiven Geldpolitik der Zentralbanken. Bei aller Skepsis gegenüber dem Vergleich – und so schließen die Autoren das insgesamt lesenswerte Bändchen, dem leider ein Register fehlt – liefert die Weltwirtschaftskrise zwar keine Handlungsrezepte, aber immerhin doch Erfahrungswissen, auf dem die aktuelle Wirtschaftspolitik aufbauen kann. Wenn das nicht tröstlich ist.

München

Nils Freytag

### **‘Soft Power’ at War**

*Corse, Edward: A Battle for Neutral Europe. British Cultural Propaganda During the Second World War, 272 pp., Bloomsbury, London/New York 2014.*

A Battle for Neutral Europe investigates the activities and impact of the British Council, an organisation devoted to promoting Britain's international image, in four neutral nations during World War II. Under the rubric 'cultural propaganda' or 'cultural diplomacy' Edward Corse examines the deployment of British culture and education to win sympathy abroad. The book begins with theoretical reflections on cultural propaganda that relate the process of social and cultural transmission to organised attempts to shape sentiment and opinion. It then discusses the founding of the Council in 1934, detailing its institutional framework and

its relations with government departments, British ambassadors abroad and the non-governmental institutions from which it recruited distinguished spokespersons. Two core chapters treat the activities of the Council in Spain, Portugal, Sweden and Turkey and assess the impact of those activities for Britain's image and profile. A final chapter summarises the book's findings and proposes a detailed model for successful cultural propaganda.

The institutionalisation of cultural propaganda originated in the Foreign Office with awareness that in the interwar era Britain could no longer presume its historic position guaranteed it international sympathy. The British Council also represented a response to the fact that other states, such as France, Germany and Italy, were already actively promoting themselves abroad. Between 1938 and 1940 the Council opened institutes in a dozen European countries. German wartime expansion forced the closure of almost half of these by 1941, leaving only four nations of notable size in which it operated until 1944. Corse is attentive not only to important variations in the circumstances under which the Council functioned in the states he considers, but also to the relevance of personal factors for the opportunities and limits of cultural propaganda. Proximity to Germany, conflicting political sympathies, and wariness of entanglements constrained the operations of the Council in each country. Only Portugal was protected by geography from German invasion, but even there support for cultural events sponsored by German and British institutes remained balanced until late in the war.

As a vehicle for promoting British culture and values the Council pursued aims distinct from those of the wartime Ministry of Information. Rather than seek immediate influence over governments and popular opinion, it aimed to foster long-term sympathy by targeting social and cultural elites. The Council therefore generally avoided the topic of war. It focused on provision of educational opportunities (mainly instruction in the English language), support of local Anglophile Societies, and organising social or cultural events, from visiting lectures or performances to art exhibits, that would bring together persons of influence. From the start it took as its mandate the promotion of British literature, music, art and science. Despite domestic criticism that it thereby practiced cultural snobbery, its independence was defended by the Foreign Office in the belief that such cultural propaganda was a prerequisite for political propaganda.

The penultimate chapter of the book assesses the value or success of British cultural diplomacy. Corse recognises the implicit counterfactual in any such assessment: the historian cannot compare what did happen with what may have happened if the Council had not been present and active. He also notes that the Council's work presupposed from the start a segment of the local elite that was pro-British: the Council navigated conflicting currents of opinion but did not create sympathy where none existed. Beyond these qualifiers, what can be determined is that in the course of the war the Council broadened its activities, gained a growing audience for its programs and received increasing press attention. The vital context for this trend was undoubtedly the shifting fortunes of war. Receptiveness and sympathy grew as the prospects for an eventual victory by Britain and its allies increased.

What the author does not explicitly address is the contribution of the Council to the goal of preventing neutral countries from supporting the Axis cause. It could reasonably be argued that such a goal was unrealistic: other factors weighed more heavily in such a decision than the cultivation of cultural sympathy among urban elites. Cultural diplomacy functioned primarily as a rear-guard action. In the tug-of-war played out on neutral soil, projection of confidence and continuity through Council representatives mattered as much as the specific programs or events they sponsored. The claim that the Council provided "huge benefits" to Britain and the war effort, that its cultivation of elite sympathies was a "crucial part of winning the war" (p. 169), therefore overstates the otherwise judicious and carefully developed arguments Corse advances. Within the purview of cultural promotion, the work of the Council was broadly successful. A case that it contributed crucially to final victory would require specific elaboration.

Overall, "A Battle for Neutral Europe" offers an informed and balanced treatment of its topic. Without becoming bogged down in theoretical discussions it provides helpful points of reference for thinking about cultural propaganda. The model it develops based on this case study offers a framework within which to conceptualise further research. The only caveat is that the book appears to have escaped an editor's pencil. Missing words, awkward phrasing and misplaced prepositions occasionally mar what is otherwise an informative study.

Victoria, BC

Thomas J. Saunders

## „Es geschah überall“

*Gebhardt, Miriam*: Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs, 352 S., DVA, München 2015.

Es ist eher ungewöhnlich, dass eine geschichtswissenschaftliche Monografie in der Öffentlichkeit auf ein derart großes Interesse stößt, wie dies im Fall der vorliegenden Arbeit geschehen ist: Alle großen Printmedien berichteten, Miriam Gebhardt war ein gern gesehener Gast in Rundfunk und TV und schaffte es gar auf die Bestseller-Liste des Spiegels. Dazu beigetragen hat sicherlich die Tatsache, dass es sich bei der Arbeit nicht um eine wissenschaftliche Qualifikationsarbeit handelt, sondern der Titel gezielt als Sachbuch für ein breites Publikum konzipiert wurde. In der geschichtswissenschaftlichen Zunft wird diese Form der Darstellung nicht selten kritisch beäugt. Es gibt jedoch gute Gründe, warum Gebhardt die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkrieges in dieser Form präsentiert. Schließlich gehört dieser Topos zum Inventar des kollektiven Gedächtnisses der Deutschen. Da es die Geschichtswissenschaft bislang jedoch versäumt hat, sich der Vergewaltigung von deutschen Frauen systematisch und in seiner ganzen Vielschichtigkeit zu widmen, wurden die einmal in die Welt gekommenen Stereotype durch die Geschichtswissenschaft eher kolportiert als hinterfragt, sodass der mediale Diskurs weitestgehend das gemeine Bild vom deutschen Vergewaltigungsopfer und den alliierten Tätern prägte.

Möchte man damit aufräumen, bietet es sich geradezu an die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht nur einem kleinen Kreis von Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, sondern eben einer breiten Öffentlichkeit, zur Verfügung zu stellen. Und die Autorin möchte aufräumen und zwar ganz zuvorderst mit dem Vorurteil, das sich auf „das Standbild einer einzigen Kameraeinstellung“ stützt und sich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt an: „Es zeigt einen Russen mit asiatischen Gesichtszügen, der ‚Urri, Urri!‘ brüllt, aber nicht nur die Uhr will, sondern gleich die ganze Frau“ (S. 7). Aber so einfach war es nicht und das macht Gebhardt deutlich, in dem sie die von sowjetischen Soldaten begangenen sexuellen Gewaltverbrechen denen von US-amerikanischen gegenüberstellt, aufgrund der schlechteren Quellenlage zwar weniger detailliert aber dennoch darauf eingeht, dass auch



Angehörige der britischen und französischen Armee vergewaltigt haben und darüber hinaus aufzeigt, dass nicht nur deutsche Frauen Opfer von Vergewaltigungen wurden, sondern auch Männer. Erhellend ist in diesem Zusammenhang ihre Quellenkritik, die unter anderem verdeutlicht, warum das Bild des vergewaltigenden Rotarmisten den Diskurs bislang bestimmte: Häufig herangezogene Quellen wie das Tagebuch der Anonyma schildern die Situation während und nach der Eroberung Berlins durch die Rote Armee, sodass der Sonderfall Berlin einmal mehr zur scheinbaren Norm wird. Eine weitere prominente Quelle stellt eine vom Bundesministerium für Vertriebene in Auftrag gegebene Dokumentation dar, die ab 1954 erschien. Darin sind nicht nur die Schicksale unzähliger vertriebener Frauen dokumentiert, die auf der Flucht vergewaltigt wurden und dort eben zumeist von Angehörigen der Roten Armee. Hier treten auch Stereotype vom bestialischen Russen und antisowjetische Propaganda offen zutage, die jedoch in den Kontext des Kalten Krieges eingebettet werden müssen. Daran anknüpfend wird durch Gebhardts Darstellung deutlich, dass bereits bei den Zeitgenossen tradierte Feindbilder die Wahrnehmung von Vergewaltigungstätern und -opfern prägten, die wiederum weiter transportiert wurden und in der Retrospektiven schließlich zu einer einseitigen Betrachtung führten. Denn genauso wenig wie die Sowjets die einzigen Täter waren, genauso wenig vergewaltigten in der amerikanischen und französischen Armee ausschließlich afroamerikanische beziehungsweise nordafrikanische Soldaten. Vielmehr führten rassistische Vorurteile auf allen Seiten dazu, dass diesen Männern Vergewaltigungen per se eher zugetraut wurden, sie häufiger als Schuldige benannt und von ihren Militärregierungen öfter und härter bestraft wurden und somit auch in den Quellen ein falsches Bild konserviert wurde.

Nachdem Gebhardt mit vielen Klischees über die Täter aufgeräumt hat, widmet sie sich den vergewaltigten Frauen, die in den 1950er und 1960er Jahren nicht selten „zum zweiten Mal Opfer“ wurden (S. 171). Eindringlich schildert sie den Kampf der Frauen mit Gynäkologen, Juristen und Fürsorgeämtern, in dem sie um Abtreibungsgesuche, Entschädigungsansprüche und die Versorgung der aus den Vergewaltigungen entstandenen Kinder stritten. In einer Zeit in der die Wiederherstellung der Sittlichkeit einen hohen Stellenwert hatte, mussten vergewaltigte Frauen darum kämpfen als Opfer anerkannt zu werden, was oftmals nicht eingelöst wurde: Gerade von

Amerikanern vergewaltigte Frauen standen unter dem Verdacht fraternisiert zu haben, sowie die Beweislast ganz allgemein bei den Frauen lag, eine Verurteilung der Täter selten vorkam und nur dann Aussicht auf Erfolg hatte, wenn die Frau nachweisen konnte, dass sie sich der Vergewaltigung körperlich zur Wehr gesetzt hatte. Daraus folgert Gebhardt, dass die Erfahrung der Vergewaltigungen aber auch die Nicht-Anerkennung als Opfer bei vielen Frauen zu einer Traumatisierung führten, die bis heute und über die Generationen hinweg nachwirkt. Nachgewirkt habe dieses Muster auch in der Geschichtswissenschaft: Zwar sei seit den 1990er Jahren klar, dass Frauen sowohl Opfer als auch Täterinnen im Nationalsozialismus waren, doch habe die Angst vor der Marginalisierung des Holocausts verhindert, die vergewaltigten deutschen Frauen als Opfer zu benennen und die Vielschichtigkeit dieser Geschichte angemessen aufzuarbeiten. Zu Recht plädiert Gebhardt daher dafür die Ambiguität von Täterschaft und Opferstatus endlich anzuerkennen und auszuhalten. Unter dieser Perspektive wirft Gebhardt in einem letzten Schritt ein Schlaglicht auf die Erinnerungsbilder und -konjunkturen des deutschen Vergewaltigungsopfers von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis heute. Dabei wird deutlich, dass im kollektiven Gedächtnis an die deutsche Nachkriegszeit drei Frauenbilder aufgehoben sind, worauf Elizabeth Heinemann bereits 2001 hingewiesen hat: das Vergewaltigungsopfer, die Trümmerfrau und das Amiliebchen. Daran anknüpfend wäre es nun ein lohnendes Unterfangen diese drei Frauenbilder unter erinnerungsgeschichtlicher Perspektive miteinander vergleichend zu untersuchen.

Darmstadt

Leonie Treber

### **Juristische Nachgeschichte des Holocaust**

*Bazyler, Michael J./Tuerkheimer, Frank M.: Forgotten Trials of the Holocaust, 384 S., NYU, New York 2014.*

Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte bei vielen Entsetzten über die Naziverbrechen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Doch für die Opfer brachte man nur wenig Sympathie auf und es mangelte an dem Willen, die Verantwortlichen und Täter konsequent zur Rechenschaft zu ziehen. Das Völkerrecht hat sich

seither weiterentwickelt und zuletzt Instrumente geschaffen, gegen einen drohenden Genozid rechtzeitig einzuschreiten. Gleichwohl verletzen die Versäumnisse bei der juristischen Ahndung der Gewalttaten des NS-Judenmords bis heute das Rechtsempfinden.

Die beiden Autoren der vorliegenden Studie, Michael Bazylar und Frank Tuerkheimer, stellen nun ausgewählte Gerichtsverfahren gegen NS-Täter vor, die ihrer Auffassung nach im öffentlichen historischen Bewusstsein in Vergessenheit geraten sind. Dabei gehen die Verfasser davon aus, dass nur zwei Prozesse allgemein bekannt seien – derjenige gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg 1945/46 und derjenige in Jerusalem gegen Adolf Eichmann.

Erinnert wird somit an das erste Gerichtsverfahren, in dem sowjetische Organe nach Rückeroberung der ukrainischen Stadt Charkiw Ende 1943 mehrere Vertreter der deutschen Besatzungsmacht aburteilten, die an Massenmorden an der (jüdischen) Zivilbevölkerung beteiligt waren. Die drei zum Tode Verurteilten stehen gewissermaßen für verschiedene Täter-Typen: Hauptmann Langheld für den durchtriebenen Militaristen, der sich auf die ihm erteilten (Mord-) Befehle berief, SS-Untersturmführer Ritz vom Sicherheitsdienst für den jungen Fanatiker der NS-Ideologie, und der Obergefreite Retzlaff, der nicht einmal Mitglied der NSDAP war, für die Geheime Feldpolizei. Die Verteidigung war angesichts des auf Abschreckung zielenden Verfahrens von Beginn an chancenlos, zumal hier Elemente der Stalin'schen Schauprozesse zutage traten. Danach gab es bis 1947 keine Gerichtsverfahren in der Sowjetunion mehr, bei denen die jüdischen Opfer öffentlich nie als Juden bezeichnet oder in sonst irgendeiner Weise als Juden herausgehoben werden durften.

Weitere Kapitel greifen den Prozess Pierre Lavals in Frankreich, die Dachauer Verfahren unter der US-amerikanischen Militärgerichtsbarkeit, die vom polnischen Obersten Volksgericht unternommene juristische Ahndung der Verbrechen des Kommandanten im KZ Krakau-Plaszow, Amon Göth, die unter britischer Regie durchgeführten Hamburger Verfahren gegen Täterinnen aus dem KZ Ravensbrück sowie den Prozess gegen Angehörige der Einsatzgruppen – unter ihnen Otto Ohlendorf – 1947 in Nürnberg auf; zwar verurteilte das Nürnberger Tribunal 14 der 22 Angeklagten zum Tod, doch vollstreckt wurden nur vier Todesurteile. Ins Blickfeld kommen sogar während der 1950er und 1960er Jahre

in Israel abgehaltene Gerichtsverfahren gegen jüdische Funktionshäftlinge („Kapos“) in den nationalsozialistischen Zwangslagern. Darüber, ob sie aus juristischer Sicht vertretbar waren, gehen die Meinungen der beiden Verfasser auch heute noch auseinander.

Aus bundesdeutscher Wahrnehmung wird man den Frankfurter Auschwitz-Prozess, den die Autoren nur vergleichsweise kurz abhandeln, schwerlich als einen „in Vergessenheit geratenen Prozess“ betrachten; gerade die zahlreichen Rückblicke zum 50. Jahrestag des Prozessbeginns haben zuletzt einmal mehr das Interesse daran verdeutlicht. Hier sparen die Verfasser nicht mit Kritik an der Gerichtsbarkeit im damaligen West-Deutschland und ihrer problematischen Prozessführung, die zu vergleichsweise milden Urteilen führte.

In den beiden abschließenden Kapiteln geht es um das US-amerikanische Ausbürgerungsverfahren gegen Feodor Fedorenko, einen Wachmann im Vernichtungslager Treblinka, und den Prozess gegen Anthony Sawoniuk vor einem Gericht in London, das ihn 1999 wegen seiner antijüdischen Verbrechen als kollaborierender Schutzmann im besetzten Weißrussland verurteilte.

In den zehn Kapiteln kristallisiert sich heraus, wie in national unterschiedlichen Rechtsrahmen mit den Lasten der Judenverfolgung umgegangen wurde. Immer wieder veranschaulichen Zeugenaussagen und der Bezug auf das vor Gericht eingebrachte Belastungsmaterial, auf welche Weise die Vernichtungskampagne gegen die Juden aus Osteuropa vonstattenging. Zugleich zeichnen die Autoren aus amerikanischer Sicht nach, wie sich mit der Zeit eine kollektive Erinnerung an die antijüdischen NS-Verbrechen herausbildete. Die Vielfalt der ausgewählten Verfahren, in denen sich ein vormaliger Regierungschef, männliches und weibliches Aufsichtspersonal der Konzentrationslager, bloße Handlanger und sogar jüdische Kapos verantworten mussten, lassen erstmals ein übergreifendes Bild von den mühseligen Anstrengungen entstehen, als Täter beim NS-Judenmord Verdächtige zur Rechenschaft zu ziehen. Stellenweise formulieren die Autoren freilich allzu salopp, wenn sie es etwa Steven Spielberg und seinem Film „Schindlers Liste“ das Verdienst zuschreiben (S. 8), dass man sich noch an Amon Göth erinnere; immerhin brachte die Zentrale Jüdische Historische Kommission in Polen unter Nachman Blumental schon 1947 die Dokumentation des Gerichtsverfahrens über den des Völkermords Angeklagten heraus. Es

kommt dem verfolgten Zweck auch nicht zugute, wenn sich die Verfasser auf die Berichterstattung des britischen Boulevardblatts „Sun“ berufen (S. 156, 338). Wenn Michael Bazylar und Frank Tuerkheimer eingangs die Opfer betonen, die die deutsche Eroberung und Besatzung in Russland, Weißrussland und der Ukraine zwischen 1941 und 1945 verursachte (S. 15), so müssen sie sich vorhalten lassen, dass der Zweite Weltkrieg schon im September 1939 begann. Die ersten Massenmorde des nationalsozialistischen Vernichtungswerks fanden bekanntlich im unterjochten Polen statt, nachdem Nazis und Sowjets sich über die Auslöschung der Polnischen Republik geeinigt hatten.

Im großen Ganzen ist der zehn weniger bekannte Gerichtsverfahren gegen NS-Gewalttäter umfassende Überblick ein wichtiger Beitrag zur juristischen Nachgeschichte des nationalsozialistischen Judenmords. Der Band wird durch ein (unvollständiges) Register erschlossen.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

### Kontroverse Forschungspositionen

*Baberowski, Jörg/Kindler, Robert (Hrsg.): Macht ohne Grenzen. Herrschaft und Terror im Stalinismus, 223 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.*

Die Frage, inwieweit die Herrschaft Stalins auf Gewalt gründete, ist in der Forschung umstritten. Jörg Baberowski etwa spricht, auch in diesem Band, von einer „Despotie“ (S. 10). Insofern ist es nicht verwunderlich, dass „Macht ohne Grenzen“ im Titel des Sammelbandes ohne Fragezeichen steht. Er macht neun Vorträge zugänglich, die 2011/12 im Rahmen einer gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur veranstalteten Ringvorlesung an der Humboldt-Universität Berlin gehalten wurden. Die beiden Herausgeber unterlassen es, Fragen zu der spannenden Forschungskontroverse aufzuwerfen sowie zu den Beiträgen hinzuführen und ihre Auswahl zu begründen (S. 7–22). Vielmehr ist die Einleitung geprägt von Glaubenssätzen. Ärgerlich ist, dass sie auf die kontroversen Positionen in den Beiträgen nicht einmal hinweisen. Das möchte ich deshalb im Folgenden ansatzweise ausführen.

Die Herausgeber behaupten, die Allmacht des „Despoten“ habe zugleich seine größte

Schwäche dargestellt, und formulieren als zentrale These: „Beschwörung und Vernichtung von Feinden war Essenz stalinistischer Herrschaft. Als Meister der Krise führten die Bolschewiki Situationen herbei, die nur sie beherrschen konnten“ (S. 10). David Shearer bezweifelt dagegen, dass die Krisen bewusst herbeigeführt wurden (S. 25f.). Dass der Stalinismus „Krisen erzeugte, die er mit Gewalt bewältigen musste“ (S. 20) steht auch im Widerspruch zu Robert Kindlers hervorragender Dissertation über die Tragödie der Nomaden in Kasachstan. Zur Überwindung von Krisen bedurfte es anderer Mittel als Gewalt, bis hin zu einer zeitweiligen Politikumkehr und Einlenken (Kindler „Stalins Nomaden“, 2014).

Auf das im Titel benannte Thema „Macht ohne Grenzen“ gehen nur Shearer, Baberowski, Fabian Thunemann und Lorenz Erren ein. Shearer stellt die Repressionen in den Zusammenhang der sozialen Umgestaltung (S. 23–40), Baberowski blickt auf „Tätergemeinschaften im Stalinismus“ (S. 41–68), Thunemann stellt die Angst des Diktators vor einer Verschwörung in den Vordergrund (S. 69–96) und Erren betrachtet die Kommunikationstechniken, mit der das Regime nach seiner Ansicht keineswegs erfolglos die Bevölkerung einzubeziehen suchte (S. 97–116).

Nach Shearer war Gewalt aus der Perspektive des Regimes keineswegs irrational. Er stellt Baberowskis Ansatz infrage, Gewalt als einen essenziellen Aspekt von Mentalität und Kultur der Bolschewiki anzusehen (S. 24ff.). Shearer schenkt den Aktionen gegen „sozial fremde Elemente“ besondere Beachtung und behauptet, Stalin und seine Entourage hätten in den 1930er Jahren Kriminalität und soziales Chaos als größte Gefahr für die innere Sicherheit des Staates angesehen. In ihrer Wahrnehmung seien soziales Chaos und Konterrevolution verschmolzen. Mit der großen Säuberung hätten sie auf das Gefühl einer unmittelbar bevorstehenden Bedrohung reagiert (S. 36).

Thunemann sieht in der Möglichkeit von Verrat und Verschwörung die größte Schwäche der Alleinherrschaft und konzentriert sich auf die Frage, wie Stalin damit umging. Da dieser auch seinen engsten Mitstreitern misstraute, habe er die Kosten einer Verschwörung hochhalten müssen und sie durch Kommunikation unter Anwesenden zu Mittätern gemacht: „Der stalinistische Kampf gegen Möglichkeiten sah die Umwelt als Verschwörung, und die Untertanen reproduzierten diese Szenarien, um ihre Loyalität zu bekräftigen“ (S. 78). Stalin sei bewusst gewesen, dass Worte nichts bedeuteten: „Daher erzwang

er die absolute Unterordnung seiner Umgebung durch ihren letztmöglichen Einsatz, ihren eigenen Lebenswillen“ (S. 94). Stalins Vereinzelnung sei Auswuchs dieser Herrschaftsform, die ihn auf ganz besondere Weise schwach machte: „Diese Schwäche bestand allerdings nicht so sehr in einer geradezu paranoiden Furcht des Regimes vor der eigenen Gesellschaft, und die Gewalt des Regimes war auch nicht etwa allein reaktiv“ (ebd.).

Erren geht davon aus, dass ein großer Teil der Bevölkerung „das sowjetische Regime zumindest prinzipiell für legitim hielt und es nicht ausschließlich aus Angst unterstützte“ (S. 97). Die Anwendung von Terror besage noch nicht, dass nur aus ihm Stabilität bezogen wurde. Vielmehr habe das Regime zahlreiche Techniken entwickelt, um die „Verbindung mit den Massen“ aufrechtzuerhalten. Erren sieht es als wichtige Leistung Stalins, aus überkommenen Partizipationsformen eine neue Sphäre der Öffentlichkeit gebildet zu haben, die es zugleich ermöglichte, soziale Beziehungen zu kontrollieren. Die von der Parteiobrigkeit organisierten und kontrollierten Versammlungen dienten dazu, Untertanen zur Rede zu stellen, ihre politische Loyalität zu überprüfen, und erlaubten zugleich, Loyalität zu demonstrieren (S. 103f.). Er resümiert, dass Legitimation somit durch physische Präsenz erzielt wurde. Das Regime fühlte sich auf Glaubwürdigkeit und Autorität seiner Unterstützer angewiesen, eine Ressource, die es aus eigener Kraft nicht produzieren konnte. Der Ablauf des großen Terrors spreche für die Wirksamkeit von Stalins Öffentlichkeitsarbeit, für die Fähigkeit des Regimes, Menschen zu korrumpieren und für sich zu vereinnahmen (S. 114ff.). Die Herausgeber bestreiten dagegen, dass sich das Regime ohne Gewaltanwendung hätte halten können (S. 7). Baberowski behauptet: „Ohne Furcht und Schrecken hätte sich der Staat der Bolschewiki nirgendwo durchsetzen können, und deshalb war die Angst von Anbeginn im Spiel. Wer schwach ist, kann nicht erwarten, dass die Untertanen von selbst verrichten, was von ihnen verlangt wird“ (S. 48). Baberowskis Beitrag bewegt sich kaum auf dem Boden einer historischen Analyse. Er trägt seine Thesen in pauschalisierter Form vor. Ihn treiben eher philosophische Fragen um: Warum töten Menschen? Wie soll der Historiker solcher Gewalt gerecht werden? Und er belehrt uns, dass Gewalt „auch die Banditen“ diszipliniert und sie „an die Gruppe“ kettet (S. 42).

Einzelne Beiträge, die nicht „Macht ohne Grenzen“ thematisieren, seien kurz erwähnt. So

schildert Nicolaus Werth, was er als „große ukrainische Hungersnot von 1932/33“ (S. 117–140) ansieht. Er zeichnet die politischen Entscheidungen nach, die in die Katastrophe führten, legt dar, was die Quellen über die Realität der Hungersnot und die Perspektive der Verantwortlichen auf regionaler und lokaler Ebene aussagen, und fragt, ob es Hilfe für die Hungernden gab. Werth hält am Begriff „ukrainische“ Hungersnot fest, obwohl er erwähnt, dass auch in von Russen bewohnten Getreidegebieten die gleichen Terrormaßnahmen zum Einsatz kamen. Er thematisiert, die Hungersnot in der Ukraine wird seit den 1990er Jahren politisch instrumentalisiert, indem sie mit dem Begriff Holodomor als Genozid eingeordnet und zum integrativen Teil des Staatsbildungsprozesses gemacht wird (S. 137f.). Allerdings räumt er ein, lokale Aktivisten wirkten an der Getreide-requisition mit und Ukrainer waren für die Situation mitverantwortlich und bisher sei kein Beleg gefunden worden, dass der Hunger gegen die Ukrainer als Ukrainer gerichtet war.

Nikita Petrow betrachtet die Schicksale der Täter (S. 141–156) und schildert die Säuberungen im Terror-Apparat. Er konstatiert, dass es weder 1939 bis 1941 noch 1953 bis 1959 „um die Bestrafung aller Verantwortlichen“ (S. 154) ging. Selbst in den 1950er Jahren wurden nicht mehr als 100 Personen wegen „Gesetzesverletzungen“ beim Terror verurteilt. Die große Masse der Täter wurde nie belangt. Seine Behauptung, wonach die Angst vor Bestrafung viele Tschekisten „für den Rest ihres Lebens“ (S. 155) begleitete, entbehrt deshalb der Glaubwürdigkeit.

Gerd Koenen klagt die zeitgenössischen westlichen Intellektuellen an, die zum Terror Stalins schwiegen (S. 157–172), und schreibt sich damit in den fragwürdigen Diskurs über den „Verrat der Intellektuellen“ ein, die angeblich die Verbrechen Stalins nicht gleichermaßen wie die Hitlers verurteilten. Damit verortet er im Stalinismus die Wurzel allen Übels. Die Selbstgerechtigkeit seines Urteils und die Einseitigkeit der Perspektive erschrecken mich. Koenen behauptet, die Funktionalisierung der Wahrheit über den Massenterror hätte die ganze Epoche des Kalten Krieges angehalten (S. 167), und verbindet das mit dem Aufruf, heute aktiv zu werden, denn „die erstickende Stille also, die die großen Mordtaten des vergangenen Jahrhunderts eingehüllt und in gewissem Grad (mit-)ermöglicht hat, ist [...] eine höchst akute Gegenwartsfrage, eine Frage an uns selbst und an die ‚Weltgemeinschaft‘, von der so leichthin gesprochen wird“ (S. 171).



Krisztián Ungvárys Beitrag über Ungarn nach 1945 steht verloren und ohne nachvollziehbare Argumentation in diesem Sammelband (S. 173–192). Abschließend behandelt Robert Kindler, wie der Stalinismus heute in Russland erinnert wird (S. 193–214). Dafür, dass Stalin weiter verehrt und keine Bestrafung der Täter verlangt wird, macht er das „Siegesnarrativ“ verantwortlich: Der Sieg im Zweiten Weltkrieg habe nach 1991 als wichtigstes Element zur Erzeugung kollektiver Identität gedient. Alternative Erzählungen seien deshalb kaum möglich gewesen. Kindler resümiert, Russland müsse noch eine weite Strecke auf dem beschwerlichen Weg der Vergangenheitsbewältigung zurückzulegen: „Vor Stalin gibt es in Russland kein Entkommen“ (S. 213).

Der Band enthält einige durchaus lesenswerte Beiträge. Sie entfalten aber nicht von sich heraus einen sinnvollen Zusammenhang. Deshalb ist der Unwille der Herausgeber zu bedauern, der Auswahl einen Sinn zu verleihen. Der einprägsame Bandtitel täuscht den Leser über den tatsächlichen Inhalt.

Bielefeld

Stephan Merl

### Leben im Ausnahmezustand

*Rauh, Cornelia/Schumann, Dirk (Hrsg.): Ausnahmezustände. Entgrenzungen und Regulierungen in Europa während des Kalten Krieges, 256 S., Wallstein, Göttingen 2015.*

Der vorliegende Sammelband geht auf eine Tagung des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen (ZAKN) im Jahr 2012 zurück. Die beiden Herausgeber Cornelia Rauh und Dirk Schumann führen den Begriff des Ausnahmezustands als Analysekategorie zur Annäherung an die 1970er und 1980er Jahre ein. In ihrer Einleitung plädieren Rauh und Schumann für ein weites Verständnis des Ausnahmezustandes und gehen dabei über die von Carl Schmitt definierte staatsrechtliche Ebene hinaus. Überzeugend legen sie dar, dass der Begriff ursprünglich wesentlich breiter gefasst wurde und Zeitgenossen in den 1920er Jahren Veränderungen ihrer persönlichen Lebens- und Erfahrungswelt als Ausnahmezustände beschrieben (S. 13). Diesem weiten Verständnis folgend, seien die 1970er und 1980er Jahre gekennzeichnet, „durch eine Vielzahl ‚kleiner‘, partiell miteinander verwobener und den Charakter des Politischen

verändernder Ausnahmezustände“ (S. 9f.). Um die Transformation von einem Ausnahmezustand in einen bestehenden oder neuen Normalzustand zu untersuchen, nehmen Rau und Schumann Bezug auf die Kategorien ‚Liminalität‘ und ‚Liminoidität‘. Gemäß Victor Turner beschreiben diese Phasen des Übergangs, in der Individuen von einer Lebensphase in eine andere übergehen. In diesen Phasen sind gesellschaftliche Ordnungen temporär außer Kraft gesetzt. Der Unterschied zwischen liminalen und liminoiden Phasen besteht darin, dass Liminalität letztlich in einer vorherbestimmten, gesellschaftlichen Ordnungsstruktur mündet und ihr Ausgang vorherbestimmt ist, während sich Liminoidität durch Wahlfreiheit und einen unbestimmten Ausgang auszeichnet. Dieses Konzept, so die Herausgeber, könnte helfen, „Versuche zu verstehen, bestimmte Ausnahmezustände auf Dauer zu stellen und damit in eine neue Normalität zu führen“ (S. 27).

Die Beiträge des Sammelbandes verfolgen mehrheitlich zwei Aspekte. Zum einen – das ist insbesondere für die Forschung zu den 1970er und 1980er Jahren bisher vernachlässigt worden – untersucht die Mehrheit der Beiträge konkrete Wahrnehmungen und Praktiken der Akteure. Zum zweiten wird in einer Vielzahl der Aufsätze deutlich, dass ein Ausnahmezustand von unterschiedlichen Akteuren mit differenten, teilweise konträren Wahrnehmungen und Bedeutungen verknüpft war.

Petra Terhoeven zeigt am Beispiel sowohl der Mitglieder der RAF als auch der Politiker im Bundestag, die unterschiedlichen Wahrnehmungen sowie die daraus folgenden Reaktionen auf den bundesdeutsche Linksterrorismus in den späten 1960er und 1970er Jahren auf. Während die RAF gezielt einen Ausnahmezustand herbeiführen wollte, um den vermeintlich repressiven Charakter des bundesdeutsche Staates offenzulegen, kritisierten Unionspolitiker, die sozialliberale Regierung gehe nicht konsequent genug gegen die Terroristen vor und trage deshalb die Schuld am herrschenden Ausnahmezustand.

Einen ähnlichen Konflikt offenbart der Beitrag von Karl Christan Führer, der sich mit der Hausbesetzung in West-Berlin in den frühen 1980er Jahren befasst. Der Berliner Polizeipräsident und der sozialdemokratische Innensenator gingen zeitweise nicht gegen die Hausbesetzer vor, woraus „der bemerkenswerte Freiraum [entstand], den Hausbesetzer für rund ein Jahr in West-Berlin genossen“ (S. 156) haben. Kritiker postulierten, durch die „Berliner Linie“ würde ein Ausnahmezustand toleriert respektive erst

geschaffen, der die Regeln des Rechtsstaates außer Kraft setze.

Joachim C. Häberlen nimmt in seinem Beitrag die Perspektive der Hausbesetzer und Linksautonomen im selben Zeitraum und ebenfalls für West-Berlin in den Blick. Er untersucht neben den Emotionen auch die Praktiken der Akteure, die sich durch das Leben in besetzten Häusern oder während Zusammenstößen mit der Polizei in Ausnahmesituationen befanden. Gerade die Gegenüberstellung der beiden Beiträge verdeutlicht einmal mehr, wie unterschiedlich der Begriff Ausnahmezustand ausgedeutet werden konnte.

Dies gilt auch für die Beiträge von Eva Oberloskamp und Jonathan Voges. Beide befassen sich mit der Ausweitung elektronischer Datensammlung und -verarbeitung. Oberloskamp zeichnet die Verbreitung der EDV-gestützten Arbeitsweise in bundesdeutschen Sicherheitsbehörden in den 1970er Jahren nach. Sie fand vor allem Anwendung in der Terrorismusbekämpfung und ermöglichte etwa die Rasterfahndung. Wie Oberloskamp zeigt, etablierte sich erst spät ein kritisches Bewusstsein hinsichtlich der Verwendung staatlicher gesammelter Daten. Daran anknüpfend untersucht Voges die Kritiker der Volkszählung in den 1980er Jahren. Als die geplante Volkszählung 1983 stattfinden sollte, formierte sich massiver Protest dagegen. Die Gegner sahen die Etablierung eines Überwachungsstaates voraus. Wie Voges zeigt, argumentierten sowohl die Gegner als auch die Befürworter der Zählung mit einem drohenden Ausnahmezustand.

Das Verständnis von Ausnahmezuständen über die staatsrechtliche Ebene hinaus bietet eine interessante Perspektive auf die 1970er und 1980er Jahre und hat durchaus Potenzial auch für andere Untersuchungszeiträume gewinnbringend angewandt zu werden. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang eine genauere Definition, was unter Ausnahmezuständen gefasst wird, da sonst der Eindruck der Beliebigkeit entstehen könnte. Des Weiteren wäre es für folgende Studien, die mit diesem Konzept arbeiten, lohnenswert, den Blick auch auf die Durchschnittsbevölkerung zu richten. Im Vordergrund der hier versammelten Beiträge standen mehrheitlich die Wahrnehmungen und Praktiken relativ kleiner, sich von dem Gros der Gesellschaft stark unterscheidenden Gruppen. Alf Lüdtker leistet dazu einen lohnenswerten Beitrag, indem er in seinem einführenden Aufsatz untersucht, wie Durchschnittspersonen den Alltag und das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebten.

Auch für die hier nicht aufgeführten Beiträge gilt, dass alle nachvollziehbar strukturiert und gut lesbar sind. Zudem vereint der Sammelband ein breites Spektrum interessanter Beiträge, die auch die Ost-West-Teilung des Kalten Krieges überwinden.

Augsburg

Sina Fabian

### **Einführung und Abschaffung der Verfassungsgerichtsbarkeit**

*Boulanger, Christian*: Hüten, richten, gründen. Rollen der Verfassungsgerichte in der Demokratisierung Deutschlands und Ungarns, 396 S., epubli, Berlin 2013.

In der verfassungswissenschaftlichen Literatur wird oftmals die normative Frage, ob und wie stark die Verfassungsgerichte in die Prozesse der demokratischen Gesetzgebung eingreifen sollen, diskutiert. Die vorliegende Dissertation von Christian Boulanger über die Rollen der deutschen und ungarischen Verfassungsgerichte in den jeweiligen Demokratisierungsprozessen fokussiert stattdessen eher den Rollenbegriff für die Demokratisierungsforschung und die vergleichende Verfassungsgerichtsforschung aus politikwissenschaftlicher und rechtssoziologischer Perspektive. Dabei sind die Debatten über diese Frage als empirischer Kontext von Prozessen der Legitimitätszuschreibung behandelt, in denen die Gerichte als Rollenträger auftreten, und mit verschiedenen Arten von Publikum (Rechtswissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft, internationale Akteure) – als Teilöffentlichkeiten bezeichnet – kommunizieren. Der Verfasser versucht festzustellen, ob und inwieweit die Verfassungsgerichte als „Hüter“ von vorgegebenen Verfassungsnormen auftreten, wann sie als „Schiedsrichter“ von politischen und gesellschaftlichen Konflikten tätig sind, und wann sie sich als „Gründer“ von Werten einer rechtlich-politischen Gemeinschaft definieren. Dieser Ansatz wurde auf zwei Fälle von post-totalitären Verfassungsgerichten zur Anwendung gebracht: Der Fall des Bundesverfassungsgerichts ist im Zeitraum von 1952–1961 und der Fall des ungarischen Verfassungsgerichtes zwischen 1990–1995 untersucht. Die Auswahl dieser zwei Verfassungsgerichte ist mit der Tatsache zu erklären, dass das ungarische Gericht nach deutschem Muster errichtet wurde.

Bei beiden Verfassungsgerichten wurden vor allem hochkontroverse Urteile in ihren gesellschaftlichen Kontexten und die Reaktionen der Teilöffentlichkeiten untersucht. Das Ergebnis der Untersuchung ist, dass die von der Rechtswissenschaft vorrangig postulierte „Hüterrolle“ der Gerichte eher im Verborgenen gespielt wurde; in den meisten Fällen traten die Gerichte als Schiedsrichter und Gründer auf. Dies bedeutet, die These von Konstitutionalisierung durch Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit, die unter anderem von Alec Sweet Stone formuliert wurde, konnte in beiden Ländern zumindest in den frühen Perioden des gesellschaftlichen Übergangs bestätigt werden.

Im Gegensatz zum Fall des Bundesverfassungsgerichtes – das oft kritisiert, aber nie von der Politik ernsthaft gefährdet wurde – haben die Regierungsparteien in Ungarn nach den Parlamentwahlen im Jahre 2010 mit ihrer Zweidrittelmehrheit eine neue Verfassung verabschiedet, die durch Aberkennung des Rechts auf die Überprüfung von Steuer- und Finanzgesetzen die Befugnisse des Verfassungsgerichtes empfindlich eingeschränkt hat. Was die nachträglichen Kontrollmöglichkeiten des Verfassungsgerichtes betrifft, so wurde der Grundrechtsschutz aber nicht nur in Bezug auf den objektiven Geltungsbereich der Grundrechte eingeschränkt, sondern auch durch die rigorose Begrenzung des Personenkreises, der eine Überprüfung durch das Verfassungsgericht initiieren kann. Der Grund liegt in der Abschaffung einer Besonderheit, die im Zuge des Systemwechsels in Ungarn eingeführt worden war: der Popularklage (*actio popularis*). Nach dieser kann jedermann eine Normenkontrollklage anstrengen; unabhängig davon, ob er von einem Gesetz betroffen oder in seinen Rechten verletzt ist. Über zwei Jahrzehnte ermöglichte es diese einzigartige Institution Privatpersonen, nichtstaatlichen Organisationen und Interessengruppen, als verfassungswidrig betrachtete Gesetze im öffentlichen Interesse vor dem Verfassungsgericht anzufechten.

Die Abschaffung der Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtes begann gleich nach dem Amtsantritt der neuen Regierung im Mai 2010 mit der Reform des Berufungsverfahrens für Verfassungsrichter, das den Regierungsparteien dank ihrer Zweidrittelmehrheit im Parlament das exklusive Recht sichert, Richter zu nominieren und zu ersetzen. In einem weiteren Angriff auf die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtes wurde im Grundgesetz die Zahl der Verfassungsrichter von elf auf 15 erhöht.

Im April 2013 gelang es der Regierungspartei den achten Verfassungsrichter mit ihrem Kandidaten ohne jegliche Unterstützung der Opposition zu ernennen. Deshalb ist die vorsichtige Bemerkung von Boulanger in dem Manuskript der Dissertation (Stand 03.12.2013), dass es abgewartet werden muss, wie sich die Auseinandersetzung zwischen dem Verfassungsgericht und der Regierung entwickelt, nicht mehr aktuell. Alle politisch wichtige Entscheidungen des Verfassungsgerichtes sind seit diesem Zeitpunkt zugunsten der Regierung gefallen, was das Ende der unabhängigen Verfassungsgerichtsbarkeit darstellt.

Die Arbeit versucht die unterschiedlichen Entwicklungen in Deutschland und in Ungarn – die disziplinären Grenzen zwischen der Rechtswissenschaft und den Sozialwissenschaften überwindend – zu bewerten und zu erklären. Als Abschluss der Arbeit untersucht der Verfasser Akteure, Institutionen und Strukturen anhand von fünf kausalen Perspektiven: a) die Bedeutung der Rechtspersönlichkeiten der ersten Jahren, b) die institutionelle Kompetenzausstattung, c) den internationalen Kontext, d) die Struktur des politischen Systems und e) die gesellschaftliche Konstitution der beiden Länder. Jede Perspektive spezifiziert ein Bündel von Faktoren, das das Ergebnis des Konstitutionalisierungsprozesses beeinflussen kann. Aus diesem überzeugenden Beitrag zur interdisziplinären Rechtsforschung ergibt sich, dass diejenigen, die auf eine baldige Wiederherstellung von Konstitutionalismus in Ungarn hoffen, mit allen diesen miteinander in kausaler Beziehung stehenden Faktoren rechnen müssen. Also die Änderungen des Verfassungsrechtes oder der politischen Kultur alleine reicht nicht, und der Prozess kann sehr lange dauern.

Budapest/Wien

Gábor Halmai

### **Desillusioniert und/oder wirkungsmächtig?**

*Möckel, Benjamin*: Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung. Die ‚Kriegsjugendgeneration‘ in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften, 445 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Die vorliegende Dissertation des Autors reiht sich ein in das Genre der Jugend- und

Generationenforschung, bezieht darüber hinaus auch das Feld der Erinnerungskulturen und der erinnerungspolitischen Praktiken der beiden nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen deutschen Nachkriegsgesellschaften mit ein. Konkret untersucht Benjamin Möckel auf einer imponierend breiten Quellengrundlage anhand zeitgenössischer Tagebücher und anderer vielfältiger Selbstzeugnisse der in seinen Blick genommenen Generationsangehörigen die Auswirkungen der Kriegserlebnisse während des Zweiten Weltkrieges auf die entsprechenden Protagonisten und Protagonistinnen. Ein zentrales Ziel der Studie besteht darin, die Annahme einer vermeintlich gemeinsamen Erfahrung des Krieges als ein generationsstiftendes Ereignis kritisch zu hinterfragen, ohne sich auf rückblickende Generationszuschreibungen zu verlassen. Stattdessen nimmt der Autor die entsprechenden Jugendjahrgänge in der zeitgenössischen Wahrnehmung der Kriegsjahre und der unmittelbaren Nachkriegszeit in den Blick.

Möckel konzipiert seine Arbeit zu Beginn – wie dies bei akademischen Qualifikationsarbeiten allgemein üblich ist – mit Ausführungen und Reflexionen zur Fragestellung, zur Methode, zur Quellenlage und zum Forschungsstand, um sich dann in vier weiteren Kapiteln an seiner Thematik abzuarbeiten. Das erste dieser Kapitel widmet sich der Jugend des Zweiten Weltkrieges und der Ambivalenz der individuellen Kriegserfahrungen. Danach folgt ein Kapitel über Jugenddebatten und jugendliche Selbstverortungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Das seiner Schlussbetrachtung vorangestellte vierte Kapitel diskutiert schließlich die „Generationalisierung“ (S. 255) der individuellen Erfahrungen in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften. Das entscheidende Stichwort für die westlichen Bundesländer liefert für Möckel dabei Helmut Schelskys Begriff der „skeptischen Generation“, während für die SBZ und die frühe DDR Begriffe wie „Aufbau, Begeisterung, Engagement“ (S. 290) Schlüsselbegriffe sind, an denen sich seine Analysen orientieren. Auch nach 1945 bildeten, so Möckel, „Jugend“ und „Jugendlichkeit“ durchaus „einen subjektiv wirkungsvollen Erwartungsraum, der sowohl mit katastrophischen Zukunftserwartungen als auch mit Hoffnungen auf Aufbruch und Neuanfang verbunden wurde“ (S. 25). Das klassische Generationenkonzept mit Erinnerungskulturen in Verbindung zu bringen, ist vor diesem Hintergrund ein Anliegen der Studie; ein zweites, die Thematik in die Geschichte der Jugend im 20. Jahrhundert einzubinden. Ein drittes Anliegen

ist der Versuch, das Weiterwirken der NS-Diktatur und des Krieges nicht im Spannungsfeld von Erinnern und Vergessen zu beschreiben, „sondern stattdessen in umfassenderer Perspektive die sich dynamisch wandelnden sozialen Kommunikationsstrukturen und Sagbarkeitsregeln der Nachkriegszeit in den Blick zu nehmen“ (ebd.). Dies gelingt in der Regel auf durchaus luzide, gelegentlich auch überinterpretierte Weise.

Am Ende steht eine Vielzahl neuer ambivalenter Erkenntnisse und Eindrücke – schon aus Platzgründen nicht benennbar –, die jeden Versuch, Eindeutigkeiten zu erzeugen und die Befunde in griffige Thesen fassen zu wollen, konterkarieren muss. In vielen Fällen deckten sich die zeitgenössisch formulierten Generationserwartungen nicht mit den persönlichen Erfahrungen der Protagonisten und Protagonistinnen. Andererseits ergibt Möckels Analyse der zahlreichen Selbstzeugnisse, dass die öffentlichen Erwartungen und Zuschreibungen durchaus anschlussfähig waren für die biographische Selbstinterpretation der untersuchten Personengruppe(n). Nur selten, sowohl im Westen wie im Osten des geteilten Deutschlands, deckten sich die biographischen Selbstverortungen mit den emphatischen Generationsdebatten der Nachkriegszeit. Gleichzeitig, so betont Möckel, gilt aber auch, dass diese öffentlichen Generationszuschreibungen auch individuell „ein wichtiges Motiv der biographischen Sinnstiftung darstellen konnten, in deren Kontext die private, berufliche und politische Neuorientierung der Nachkriegszeit individuell eingeordnet und legitimiert werden konnte“ (S. 382). Vor allem – so der Autor – habe seine Analyse gezeigt, wie stark die individuellen Erfahrungen seiner Protagonisten „von Gefühlen der Angst, der sozialen Isolation und einer existenziellen Unsicherheit über die weitere persönliche Zukunft gekennzeichnet waren – Empfindungen also, die im Kern gerade nicht auf die Vorstellung einer gemeinsamen Generationserfahrung“ (S. 384) verweisen. Vor diesem Hintergrund lässt sich das Buch auch als ein Beitrag zu den Grenzen generationstheoretischer Analysekonzepte lesen und verstehen. Zu den im Rezensionstitel gestellten Fragen „desillusioniert und wirkungsmächtig?“ beziehungsweise „desillusioniert oder wirkungsmächtig?“ erhält der Leser denn auch zwangsläufig keine eindeutigen Antworten. Aber das spricht eher für die Qualität dieser Studie.

Frankfurt a. M.

Peter Dudek



## Zur Zukunft Europas

Marcowitz, Reiner/Wilkens, Andreas (Hrsg.): Une „Europe des citoyens“. Société civile et identité européenne de 1945 à nos jours, 261 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

Im Jahr 2014 erschien in der Reihe „Convergences“ (Peter Lang Verlag) das Ergebnis einer Tagung, die im Oktober 2010 im „Maison Robert Schuman“ in Scy-Chazelles (in der Nähe von Metz) stattgefunden hatte. In diesem von den Historikern beziehungsweise Germanisten Reiner Marcowitz und Andreas Wilkens, beide Professoren an der Université de Lorraine (Metz), herausgegebenen Band werden 14 Aufsätze (auf Französisch mit einer Ausnahme – der auf Deutsch verfasste Artikel von Birgit Schwelling) präsentiert und in vier Teilen strukturiert: 1. europäische Institutionen und europäischer Bürger (Marie-Térèse Bitsch, Andreas Wilkens, Thierry Chopin); 2. Harmonisierung des europäischen Rechts (Laurence Potvin-Solis, Jean-Denis Mouton); 3. Europäisierung der europäischen Gesellschaften (Reiner Marcowitz, Waltraut Luschny, Sylvain Schirmann, Jean-Paul Revauger, Christiane Aquatis); 4. Praxis und Perspektiven (Gregor Halmes, Simon Fath und Olivier Bessin, Stephan Martens, Birgit Schwelling). Eine Einleitung erläutert das Ziel des Kolloquiums und der Publikation: Der Leser soll das Paradoxon verstehen, dass Europa seit 1989/90 immer stärker integriert ist (Erweiterung *und* Vertiefung), aber gleichzeitig eine tiefe und andauernde Krise durchlebt. Dabei ist nicht nur eine gewisse Europaskepsis zu bemerken, die seit Anfang des europäischen Integrationsprozesses existiert, sondern auch eine spektakuläre Vertrauenskrise, die gleichfalls traditionelle proeuropäische Milieus erschüttert. Die Tatsache, dass die Jugend keinen Enthusiasmus mehr für das Europäische Projekt zeigt (bei der Abstimmung im Mai 2005 haben fast 60% der 18–24-jährigen Franzosen „nein“ gesagt), ist ein alarmierendes Signal. Ist das aktuelle Europa eine veraltete und zukunftslose Konstruktion?

Das Buch will dazu beitragen, diese Diskrepanz zwischen „Brüssel“ (als Schlüsselwort für die europäischen Institutionen) und den „normalen“ Bürgern und Bürgerinnen zu verstehen und die Probleme zu identifizieren. Wenn im Titel die Rede von „Europe des citoyens“ ist, muss aber festgestellt werden, dass der Untertitel, der auf das Konzept von „Zivilgesellschaft“ abhebt, keine zusätzliche Klarheit bringt. Der Begriff wird nicht näher definiert, obwohl es in den letzten

Jahrzehnten heftige Debatte über die Zivilgesellschaft gab. Beim Lesen des Buches wird aber schnell deutlich, dass alle nicht direkt von den Regierungen beziehungsweise von den offiziellen Institutionen ergriffenen Initiativen sowie die öffentliche Meinung als „zivilgesellschaftlich“ gedeutet werden. Das Buch beabsichtigt, diese nicht-offiziellen Initiativen für Europa (Rolle der Medien, der Gewerkschaften, der Arbeiter, der Betriebe etc.) und auch die verschiedenen Ebenen der europäischen Kooperation (Saar-Lor-Lux-Region, Eurodistrict Strasbourg-Ortenau, die Probleme der europäischen Außenpolitik etc.) darzustellen. Es bietet zudem eine spannende Analyse der Versuche, die von europäischen Gründungsvätern, Institutionen (Schuman, Monnet und das Europäische Parlament) und Strukturen (einschließlich des europäischen Rechts: Gleichheitsprinzip, Staatsbürgerschaft der EU) unternommen wurden, um Europa zu demokratisieren; um die europäischen Bürger in der Konstruktion „Europa“ zu integrieren; um sie durch das Teilen von gemeinsamen „Werten“ und den Ausbau einer gemeinsamen Identität zu „europäisieren“. Der Artikel von Schwelling, der dem letzten Teil zugeordnet wird, bietet zum Schluss eine spannende Fragestellung über die europäischen Erinnerungen als Grundlage für eine europäische Identität (Diversität der Akteure, symbolische und diskursive Maßnahmen etc.). Sie unterstreicht die Fixierung auf die Shoah als „negative Erinnerung“, die den neuen mittel- und osteuropäischen Staaten vom Westen aufgedrängt wurde und manchmal als erzwungenes Kopenhagener Kriterium bezeichnet wird. Sie beschreibt, wie Kontroversen über den Platz der Erinnerung an den Gulag und die stalinistischen Verbrechen in Europa entstanden sind. Kurz wird auch die Möglichkeit von positiver Erinnerung beziehungsweise europäischen Erinnerungsorten erwähnt: Die europäische Integration wird zurzeit und trotz großer Schwierigkeiten „musealisiert“! Zu fragen ist zudem, ob „positive“ Ereignisse wie der Mauerfall in Berlin, der Objekt von unzähligen Gedenkfeiern, öffentlichen Debatten und symbolische Inszenierungen in der ganzen Welt und insbesondere in Europa war, nicht zur der Entfaltung einer europäischen Erinnerung und Identität – in Verbindung mit den „Werten“ Freiheit und Demokratie – beigetragen hat.

Zweifelsohne bereichert dieses Buch die Diskussion über die Zukunft Europas. Die öffentliche(n) Meinung(en) will/wollen kein elitäres Projekt für Europa; vielmehr müssen sich die Bürger und Bürgerinnen dieses Europa aneignen! Wo

soll aber dieses Europa enden? Ist Europa ein unumkehrbares Projekt? Mehr denn je ist heutzutage die Zerbrechlichkeit Europas zu konstatieren! Von Anfang an war sich aber Jean Monnet dieser Fragilität bewusst: „Le sentiment que leur destin est commun et que leur prospérité est commune n'a pas été créé entre les peuples d'Europe par le ch[arbon] a[cier] et ne le sera pas par l'Euratom“ (S. 42) schrieb er im Sommer 1956.

Paris

Corine Defrance

### Ein ungleiches Paar

*Germond, Carine: Partenaires de raison? Le couple France-Allemagne et l'unification de l'Europe (1963–1969)*, 391 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2014.

Die vorliegende Monographie von Carine Germond ist 2009 an der Universität Straßburg als Dissertation eingereicht, zur Drucklegung durchgearbeitet und gestrafft sowie mit einem aktualisierten Literaturverzeichnis angereichert worden. Letzteres listet äußerst diszipliniert lediglich die thematisch strikt einschlägigen Forschungsbeiträge auf, es umfasst gleichwohl ungefähr 250 Titel. Germond hat sich somit auf einem schon reichlich beackerten Feld bewegt. Demnach wird die Leserschaft keine grundstürzend neuen Erkenntnisse in Bezug auf die großen Linien des französisch-deutschen Verhältnisses und auf deren Bedeutung für Stagnation oder Fortschritt westeuropäischer Einigungen, in Bezug auf die einzelnen Fälle französisch-deutscher Unstimmigkeiten – ja, Konfrontationen besonders zur Zeit der Kanzlerschaft Ludwig Erhards – erwarten. Und er wird derartig Neues erst recht nicht in Bezug auf die alledem zugrunde liegenden fundamentalen Diskrepanzen zwischen den Bonner und den Pariser national-, sicherheits- und europapolitischen Konzeptionen bis zum Ende der Präsidentschaft Charles de Gaulles suchen. Der Erkenntnisgewinn ergibt sich vielmehr aus der Intensität, mit der die Verfasserin ihr radikales Postulat „Bilatéraliser l'étude des relations franco-allemande“ (S. 17), durch dessen ebenso radikale Fokussierung auf den „dialogue des exécutifs“ (S. 15) umsetzt.

Diese Fokussierung auf die kleine Zahl der letztendlichen außenpolitischen Entscheidungsträger in Paris und Bonn – auf den

französischen Präsidenten und Ministerpräsidenten, den Kanzler, die Außenminister und die Leiter der zuständigen Direktionen beziehungsweise Abteilungen in den beiden Außenämtern – bedeutet freilich eine weitläufige Ausblendung von in modernen Studien der internationalen Beziehungen gemeinhin berücksichtigten Faktoren – so zum Beispiel von wirtschafts- und kulturpolitischen Zusammenhängen, von publizistischen Diskussionen und lobbyistischen Einflussversuchen, so zum Beispiel von unmittelbaren Wechselwirkungen zwischen dem französisch-deutschen Dialog und anderen bilateralen Entscheidungsszenarien. Mit solcher Ausblendung aber wird Raum geschaffen: zunächst für ungemein ausgiebige und genau aufeinander bezogene konzentrierte Recherchen in den französischen wie deutschen Archiven und sonstigen Quellenbeständen; endlich für eine durchgreifenden dichte Analyse der Abfolge französisch-deutscher Kontroversen, Entfremdungen und partiellen Verständigungen zwischen dem Rücktritt Konrad Adenauers im Oktober 1963 und dem Charles de Gaulles Ende April 1969. Am bekannten generellen Befund ändert diese genaue prozessuale Durchleuchtung nichts. Indessen vertieft sie ihn immens, indem die jeweiligen Erwägungen und Zielsetzungen im Vor- und Umfeld der gravierenden konkreten Konfliktfälle auf beiden Seiten präzise entfaltet werden. Die Europaideen de Gaulles und der Gaullisten waren und blieben mit denen der Regierung Erhards und, trotz einiger Annäherung wegen der osteuropapolitischen Neuorientierungen in Bonn, mit denen der in Paris zunächst geradezu enthusiastisch begrüßten, großen Koalitionsregierung Kiesinger/Brandt unvereinbar. Folglich funktionierte die mit dem Élysée-Vertrag des 22. Januar 1963 annoncierte dauerhafte Partnerschaft keineswegs als Triebwerk voranschreitender westeuropäischer Einigung. Gerade umgekehrt, waren es in ermüdender Wiederholung eben die Fortschrittsversuche in und über die europäischen Institutionen, die den fundamentalen Dissens zwischen Paris und Bonn grell beleuchtet haben – sei es in den Fragen der Agrarpreisordnung mit den Problemen der Fusion der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaften und der Zuständigkeitserweiterung der Europäischen Kommission, sei es in der Frage des britischen Beitrittsbegehrens.

Das vom Bundestag in die einseitige Präambel zum Élysée-Vertrag eingeschriebene Ziel transatlantischer und gesamteuropäischer

Integration blieb Leitlinie der Bonner Regierungen nach Adenauer und konnte vom konfrontativen Kurs de Gaulles nicht aufgebrochen werden, der bis zuletzt an seiner großen Vision eines eng verbündeten Westeuropas freier, bloß wirtschaftlich verschränkter, von Frankreich angeführter Nationalstaaten zwischen den beiden Supermächten festgehalten hat. Germonds Studie zeichnet diese nur zu kaschierende, nicht zu überwindende Divergenz des „Paares“ Fall auf Fall nach, wobei sie es auch versteht, einst besonders aufregende Momente schlüssig in den großen Zusammenhang einzuordnen: Erwähnt sei nur die Handhabung der Affäre Argoud 1963/64 (S. 81–85). Noch wichtiger ist der Autorin die Erklärung des doch auf Anhieb erstaunlichen Umstands, dass die grundsätzliche Verschiedenheit und die etlichen Konflikte und wechselseitigen Enttäuschungen nicht zu einer Scheidung geführt haben. Die Nachgiebigkeit der Regierungen Erhard und Kiesinger in manchen ihnen weniger wichtigen Punkten hat wohl dazu beigetragen. Aber Germond findet die letzte, die entscheidende Erklärung in der durch den Élysée-Vertrag institutionalisierten regelmäßigen Begegnung, in einem „bilatéralisme institutionnalis  “ (S. 357): halbjährliche Gipfeltreffen, vierteljährliche Treffen der Außenminister, noch häufiger der zuständigen Direktoren, von ihr genau aufgelistet und verortet (S. 46–74). Das stotterte gelegentlich, das verlief für die jeweils Beteiligten des Öfteren unangenehm. Aber es gewöhnte an den Dialog, an einen Arbeitszusammenhang, das war „Labor“ (S. 356) zukünftiger Kooperation in der Verfolgung ermittelter gemeinsamer Zwecke im Abgleich fortbestehender Interessendivergenzen. Und der Rahmen des Élysée-Vertrags hat „die paradoxen Jahre 1963–1969“ (ebd.) nicht allein überdauert, sondern ebenso zur Bewältigung der Probleme des jungen und ungleichen Paares beigetragen.

Würzburg

Wolfgang Altgeld

## POLITIKWISSENSCHAFT

### Fast schon ein Abgesang

*Höffe, Otfried (Hrsg.): John Rawls. Politischer Liberalismus, 204 S., De Gruyter, Berlin u. a. 2015.*

*Habent sua fata libelli* – und vielleicht folgen diese Geschicke sogar einer allgemeineren Choreographie. Zumindest hat man nach der Lektüre des in der Reihe „Klassiker auslegen“ erschienenen Sammelbandes genau diesen Eindruck. John Rawls Werk „A Theory of Justice“ hatte in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts die Gerechtigkeitsfrage massiv in die Diskussion zurückgebracht und zugleich die Sub-Disziplin der Politischen Theorie schlagartig belebt. Seitdem war keine sinnvolle Auseinandersetzung über Gerechtigkeit in modernen, parlamentarischen Demokratien mit sozialer Marktwirtschaft mehr möglich ohne Bezug zur Rawls'schen Theorie. Daran hat auch der (etwas konservativere Teil der) kommunitaristischen Kritik nichts geändert, eher im Gegenteil. Rawls blieb auch mit Michael Sandel, Charles Taylor und Martha C. Nussbaum als kritischer Begleitung ein maßgebender Orientierungspunkt.

Nun jedoch hat man den Eindruck, als beginne etwas, das man den Abbau Rawls'scher Bedeutung nennen könnte, eine spezifische Distanzierung, die die Relevanz der erarbeiteten Positionen zum Teil massiv bezweifelt oder offen zurückweist. Der Klassiker bekommt vielleicht gerade durch die „ausgelegten Klassiker“ einen heftigen Schlag. Vielleicht ist das nach 40 Jahren auch einfach unvermeidbar, vielleicht sogar zu erwarten – wer weiß.

Und doch beginnt der von Otfried Höffe herausgegebene Band mit der expliziten Feststellung, nicht nur „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ sei ein Klassiker. Vielmehr müsse das Buch „Politischer Liberalismus“, also die von Rawls Anfang der 1990er Jahre vorgelegte kritische Durchsicht seines Erstlings, „ein zweites Hauptwerk“ genannt werden (S. IX). Denn Rawls wende sich mit dieser Sammlung von Vorlesungen ganz dezidiert der Erarbeitung einer „ethisch-politischen Theorie“ zu, „die der in westlichen Demokratien vorherrschenden Wirklichkeit, einem facettenreichen Pluralismus, gerecht wird“ (ebd.). Etwas lapidar formuliert: Dem großen Auftaktwerk folgt (zwanzig Jahre später) ein nicht minder wichtiges zweites Meisterwerk politischer Theorie. Schon allein das rechtfertigt natürlich eine kluge, verständliche und für ein breiteres Publikum hilfreiche Kommentierung, wie sie der hier vorliegende Sammelband denn auch bietet.

Und so gehen die einzelnen Beiträge daran, die Rawls'sche Revision seiner eigenen Gerechtigkeitstheorie sukzessive nachzuzeichnen. Dabei werden die einzelnen Vorlesungen des Originals (und der 1998 erschienenen deutschen

Übersetzung durch Wilfried Hinsch) jeweils von unterschiedlichen Autorinnen und Autoren kommentiert. Das ist ein sehr kluges Vorgehen. Der Leserin und dem Leser wird so eine Parallellektüre möglich, die zum Rawls'schen Originaltext immer gleich den kritischen Kommentar zurate ziehen kann. Weiterhin für die Öffentlichkeit sehr erfreulich ist, dass sich alle Verfasserinnen und Verfasser strikt selbst disziplinieren und in ihren Kommentaren gerade nicht auf weitere Rawls'sche Vorlesungen aus- und vorgreifen, sondern ganz bei ihrer jeweiligen Sache (der in Frage stehenden Vorlesung) bleiben. Diese Kunst gilt es sehr zu loben.

In Zentrum aller Kommentare stehen die Veränderungen, die Rawls vorgenommen hat, um eine nun dezidiert frei-stehende, nicht metaphysische (liberale) Gerechtigkeitskonzeption zu formulieren, die dem Pluralismus vernünftiger umfassender liberaler und nicht-liberaler, religiöser und säkularer Lehren in der modernen Demokratie angemessen ist und zugleich in der Lage sein kann, diese liberale Demokratie ihrerseits auf Dauer zu stellen. Diskutiert werden dabei unter anderem die von Rawls ins Feld geführten Gründe der Neuorientierung zum Politischen sowie die Bedeutung von Stabilität und Legitimität (Wilfried Hinsch), die grundlegenden Ideen des Politischen Liberalismus (Peter Koller), die Frage nach den Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger (Alessandro Pinzani/Denilson L. Werle), die Idee des übergreifenden Konsenses (Otfried Höffe), die Bedeutung des Vorrangs des Rechten vor dem Guten (Elif Özmen), die Grundlagen und Grenzen der Öffentlichen Vernunft (Charles Larmore) oder der politische Konstruktivismus (Dirk Brantl).

In nahezu all diesen „Auslegungen“ (mit deutlicher Ausnahme des unbedingt lesenswerten Textes von Wilfried Hinsch) schwingt ein mehr oder weniger skeptischer Ton mit. Otfried Höffe etwa leugnet in seiner Einführung, was er im Vorwort noch proklamiert hat: statt „zweites Meisterwerk“ müsse man doch sagen, dass das „neue Werk [...] dem Leitthema des ersten Hauptwerkes, der Gerechtigkeit als Fairness, treu“ (S. 6) bleibt, um abschließend in einer rhetorischen Frage dann gar zu konstatieren: „Opfert Rawls' politische Philosophie dem politischen das philosophische Interesse?“ (S. 26). Fällt Rawls, so heißt das dann ja wohl, mit dem neuen Ansatz eigentlich hinter sich selbst zurück, hält Peter Koller explizit fest: „Ich halte Rawls' Konzeption der Gesellschaft und ihrer Bürger in mehreren Hinsichten für verfehlt“ (S. 53). Etwas diplomatischer fragen Pinzani und Wehrle an, „ob eine Theorie der Gerechtigkeit, die so stark von

den Vermögen der Bürger abhängt [...], den wirklichen Zustand der Personen in der Welt [...] nicht genauer berücksichtigen sollte, als es in Politischer Liberalismus der Fall ist“ (S. 78), während Brantl festhält, die Plausibilität des politischen Konstruktivismus lasse sich nur „um den Preis einer zweifelhaften Zirkularität erkaufen“ (S. 94). Auch Rawls Neuakzentuierung des Politischen überzeuge, so Elif Özmen, letztlich nicht, denn sie führe dazu, dass „die ursprüngliche Gegenüberstellung von Rechtem und Gutem [...] zunehmend unscharf“ (S. 128) werde. So hat man den Eindruck, dass Rawls' Überarbeitung seiner eigenen Theorie schließlich mehr Fragen aufwirft, als sie klärt – um von „lösen“ nun gar nicht zu reden. Diese Einschätzung schlägt dann aber durch auf „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ selber. Auch sie wird via „Politischer Liberalismus“ zunehmend fragwürdiger, brüchiger und löchriger, und das jenseits der etwa schon von Gerald Cohen vorgebrachten Kritik. So unbesehen kann, das sagen die Kommentare schließlich, auf (den Klassiker) Rawls nicht mehr gebaut werden. Deutliche Zweifel sind angebracht, ob er das leisten kann, was er für moderne Gesellschaften leisten will. Aber vielleicht ist es ja auch so, dass die Klassiker Klassiker sind, weil sie Auslegungen provozieren, die über sie selbst hinausweisen.

Erfurt

Alexander Thumfart

## Die Aporie demokratischer Politik

*Raimondi, Francesca: Die Zeit der Demokratie. Politische Freiheit nach Carl Schmitt und Hannah Arendt, 222 S., Konstanz UP, Konstanz 2014.*

Das post-demokratische Zeitalter: liberale repräsentative Demokratien, die das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen verloren haben, gepaart mit einer Politik auf dem Rückzug, die nicht fähig ist, der Übermacht der Ökonomie etwas entgegen zu setzen – diese krisenhafte Einschätzung unserer gegenwärtigen Zustände wurde in den letzten Jahren intensiv verhandelt. Ausgehend von dieser Debatte, aber auch in Abgrenzung davon fragt die Autorin Francesca Raimondi nach dem Verhältnis von Politik, Recht und Staat. Sie zielt darauf ab, Demokratie wieder als „offene Frage“ (S. 12) zu thematisieren und nicht von ihrer Selbstverständlichkeit auszugehen. Raimondi situiert ihre Untersuchung damit in aktuellen demokratietheoretischen Debatten zu Fragen des



politischen Entscheidens und der Instituierung von Macht im Zusammenhang mit demokratischer Souveränität. Ins Zentrum stellt sie den Begriff der politischen Freiheit. Wichtig ist ihr, Politik als eigens zu untersuchenden Bereich zu setzen, womit sie sich der Gleichsetzung von Demokratie und Kapitalismus entgegenstellt oder auch der These, dass unsere demokratischen Systeme die eigentliche Politik verhindern würden.

Die Untersuchung stützt sich im ersten Teil des Buches auf eine genaue Lesart von Hannah Arendt und Carl Schmitt. Dadurch nimmt die Autorin Bezug auf zwei unterschiedliche Modelle von Demokratie: jenes der Volkssouveränität und jenes der Deliberation. Raimondi stellt die beiden durch die Begriffe „Entscheiden“ einerseits und „plurales Handeln und Urteilen“ andererseits gegenüber. Während Schmitt und Arendt oft als die beiden Gegenpole von einem Begriff des Politischen gesehen werden, bringt sie Raimondi jedoch auch in einen konstruktiven Dialog. So beschreibt sie bei beiden eine (wenn auch unterschiedlich gelagerte) Entpolitisierungsdiagnose und macht methodologische Berührungspunkte in deren „Fokussierung auf politische Tätigkeitsformen und auf politische Freiheit vor allen institutionellen Fragen“ (S. 12) aus. Anhand der Kritikpunkte, die sie bei Schmitt nicht zuletzt an seinem abgeschlossenen identitären Volksbegriff und bei Arendt an ihrem idealisierten Politikbegriff ausmacht, entwickelt die Autorin im zweiten Teil des Buches eine eigene Konzeption von demokratischer Politik.

Wie lässt sich im Anschluss an Arendt und Schmitt eine demokratische Politik im Spannungsfeld von souveränem Entscheiden und politischer Freiheit konzeptualisieren? Dies ist die Hauptfrage, welche die Autorin in diesem zweiten Teil anhand von drei Elementen – Genealogie, Prozess und Subjekt – zu beantworten versucht. Sie nimmt damit Bezug auf poststrukturalistisch beeinflusste Positionen, die vor allem in der französischen Theorielandschaft bereits seit längerem diskutiert werden und arbeitet mit Autoren wie Jacques Derrida, Claude Lefort und Jacques Rancière. Als Beispiele für ihre Überlegungen dienen immer wieder die amerikanische Unabhängigkeitserklärung sowie die Französische Revolution.

Die genealogische Fragestellung bezieht sich auf den Moment des Ursprungs oder Beginns der politischen Entscheidung. Anstatt „als eine Entscheidung aus kollektiver Freiheit“, die an sich Gültigkeit besitzt, wie sie es dem politischen Rationalismus bei Schmitt und Arendt zuschreibt,

verstehen sie diesen als „(paradoxe) Entscheidung zu einer kollektiven Freiheit, deren Verwirklichung noch aussteht“ (S. 102). Sie schlägt folglich einen prozesshaften und verzeitlichten Begriff des „außerordentlichen Akt[s]“ politischer Entscheidung vor (S. 108). Zudem argumentiert sie, die Entscheidung zur Politik funktioniere nicht als Gründungsakt des Staates oder staatlicher Institutionen, sondern als Überschuss, der mit diesen nicht identisch ist.

Das daran anschließende Kapitel beschäftigt sich mit dem Verhältnis von demokratischem Recht und demokratischer Politik und zielt auf ein prozessuales Verständnis ab, das erlaubt diese beiden Sphären zusammenzudenken, aber ohne dass sie zusammenfallen. So fragt die Autorin, wie das Recht und die institutionelle Politik beschaffen sein müssen, „um dem demokratischen Prozess nicht einfach nur entgegenzustehen“ (S. 132). Demokratie – sowohl als Recht als auch als Politik – muss offen sein für eine Fortbestimmung ohne zirkulär zu werden. Vielmehr haben diese beiden Bereiche eine jeweils eigene „innere Politizität“, der gemeinsam ist, dass es nicht um die Erhaltung oder Erzeugung von Freiheit und Gleichheit, sondern um deren Ermöglichung geht (S. 136).

Das dritte Kapitel zum Subjekt tritt etwas zurück von den vorangegangenen Überlegungen. In Abgrenzung zu Arendts und Habermas' Öffentlichkeitsbegriff führt die Autorin in Anlehnung an Michel Foucaults Machtbegriff und vor allem aber auch an Rancière eine weitere Ebene ein, und zwar die ästhetische. Damit referenziert sie auf Rancières „Aufteilung des Sinnlichen“, mit der er Fragen des Sichtbar-Werdens und der Ermöglichung von Politik thematisiert. Die „politischen Auseinandersetzungen mit solchen Machtverhältnissen“ (S. 186), die sich in der Aufteilung des Sinnlichen manifestieren, sind denn auch das, was die Autorin mit dem Begriff der Subjektivierung zu fassen versucht.

Ein Gewinn dieses Buches liegt darin, dass die Autorin Schmitt und Arendt auf ihre Aktualität für die gegenwärtigen demokratietheoretischen Debatten untersucht, aber gleichzeitig auch darüber hinausgeht. So gelingt es ihr, einen Bogen zu spannen von institutionell-rechtlichen und deliberativen Fragestellungen zu einem Demokratieverständnis, das in Bezug auf die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit eine Praxisperspektive einzubringen vermag. Darin liegt aber auch die Problematik. So bleiben die unterschiedlichen diskutierten Herangehensweisen in ihrer Getrenntheit verhaftet, wodurch der demokratische

Politikbegriff, den Raimondi unterschiedlich verwendet, unscharf bleibt. Die Aporie, die sie im Spannungsverhältnis von demokratischer Politik, Recht und Staat ausmacht, bleibt denn auch in der Studie erkennbar.

Zürich

Nina Bandi

## Das Strafen der Gesellschaft

*Foucault, Michel*: Die Strafgesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1972–1973, 443 S., Suhrkamp, Berlin 2015 (franz. 2013).

Vor genau 40 Jahren erschien „Überwachen und Strafen“, Michel Foucaults berühmte historische Monografie über die „Geburt des Gefängnisses“, die längst zu einem Klassikertext der spätmodernen Sozialtheorie geworden ist. Im Rahmen der (auf Französisch vor kurzem abgeschlossenen 13-bändigen) Edition seiner Vorlesungen am Collège de France zwischen 1970 und 1984 auf Grundlage der Transkriptionen, Manuskripte und Mitschriften liegt nun seine erste Aufarbeitung desjenigen Materials vor, aus dem sich das spätere Buch maßgeblich gespeist hat. So wird ein faszinierender Einblick in Foucaults Forschungswerkstatt möglich, der den Weg hin zu den Thesen des berühmten Buches, aber auch einige neue Akzente sichtbar macht.

Foucaults zentrale Frage lautet, wie die Gefängnisstrafe in den europäischen Gesellschaften zwischen Mitte des 18. und Mitte des 19. Jahrhunderts zu der zentralen, absolut dominanten Strafform werden konnte und wie sich das Gefängnis als bedeutende, neben Justiz- und Polizeiapparat relativ autonome Institution etablieren konnte. Er kann zeigen, dass dies keinesfalls aus den damals geführten programmatischen Diskussionen über das Strafwesen folgen müsste. Er schlägt vielmehr vor, zwei andere Diskursstränge zu betrachten, die das Bild vom Strafen und seiner Funktion gerahmt haben. Dies ist einmal die Idee des Kriminellen als „Feind der Gesellschaft“ (S. 54), der die Ordnung als ganze und die Autorität des Souveräns infrage stellt, und zum zweiten die Vorstellung von der Strafe als Buße und Besserung, die in den Überlegungen zur Rolle des Gefängnisses aufkam.

Beide Stränge, „die sich nicht durchdringen, sondern kreuzen“ (S. 99), erhalten eine neue Wucht in einer Zeit, in der das ökonomisch und politisch immer mächtiger werdende Bürgertum

an einer Eindämmung der alltäglichen Delinquenz der Arbeiter und des vielfachen „Illegalismus des Volkes“ (S. 217) interessiert ist. In dieser Konstellation, scheint Foucault vorzuschlagen, passen eine bestimmte politische Klassifikation (d. h. eine Unterscheidung in normale und delinquente Bürger), eine religiös geprägte „Moralisierung“ (S. 155) nonkonformer Verhaltensweisen und die Entstehung neuer Formen der Überwachung und Verhaltenskontrolle zusammen, und sie verketteten oder verbinden sich in der Institution Gefängnis.

Im Hintergrund dieser sozialhistorischen Recherche steht eine allgemeinere und weitaus spekulativere These: Das Gefängnis in seiner spezifischen Gestalt sollte als ein allgemeines Modell oder eine „Gesellschaftsform, das heißt als eine Form, in der innerhalb einer Gesellschaft Macht ausgeübt wird“ (S. 309), betrachtet werden. In dieser historischen Periode entsteht also in verschiedenen Bereichen, hier exemplarisch nachgezeichnet an *einem* institutionellen Ort, eine „Disziplinargesellschaft“ (S. 271), die die Einzelnen dauerhaft ans Tätigsein, an Produktivität kettet, die hierfür ein engmaschiges Netz an Überwachung und Kontrolle spinnt und die eine dauerhafte Produktion von Wissen über Individuen akkumuliert, das nutzbar zu machen die Macht der daran beteiligten Institutionen ins Unermessliche steigert.

Im Vergleich zu „Überwachen und Strafen“ fällt auf, dass das berühmte Denkbild des Bentham'schen „Panopticons“, das dort eine große Rolle spielt, hier nur en passant erwähnt wird, und dass viele der eindringlichen Beschreibungen des physischen, körperzurichtenden Geschehens im Gefängnis hier noch fehlen. Und in der Tat scheint sich Foucault hier noch an einer gedanklichen Konstruktion zu versuchen, von deren Tragfähigkeit er wohl später nicht mehr überzeugt war. Die Vorstellung, eine bestimmte moralische Qualifizierung des Delinquenten sei ein unerlässlicher Baustein in dieser Institutionengeschichte, bleibt bestechend, und Foucault verrechnet diesen Beitrag historisch tentativ auf den bedeutenden Einfluss der protestantischen Reformbewegungen, besonders der Quäker. Damit ist in methodischer Hinsicht eindeutig eine Spur zu Max Webers Genealogie des frühen Kapitalismus gelegt – mit der Foucault hier wohl konkurrieren will. Wie Weber, der ein protestantisches Ethos der Bewährung für funktional für die kapitalistische Wirtschaftspraxis erweisen wollte, erwägt auch Foucault eine ethisch-religiöse Herkunft eines durch und durch funktionalen Zusammenhangs, eine Übertragung eines Schema aus einem Bereich in einen ganz

anderen. Für ihn wandert die religiöse Moral gewissermaßen in die Gefängniszelle und von dort in die gesamte Gesellschaft, wird die „Moral verstaatlicht“ (S. 160). Diese kühne Verbindung, die auch methodisch an Weber angelehnt ist, findet sich in „Überwachen und Strafen“ nicht mehr. Aber sie könnte in Zeiten der Neubefragung des Verhältnisses von Religion, Staat und Ökonomie wieder Inspirationspotenzial entfalten.

Ein weiterer, eher gesellschaftstheoretischer Punkt ist an diesem Text besonders sichtbar. An kaum einer anderen Stelle in seinem Werk spielt Foucault so häufig auf Karl Marx und die marxistische Geschichtsschreibung an und findet, obwohl der Name nicht fällt, eine so deutliche Auseinandersetzung mit seinem Lehrer Louis Althusser statt. Sowohl die Ideologietheorie als auch die herkömmliche marxistische Machtvorstellung werden explizit verworfen; beide verdecken für Foucault die Breiten- und die Tiefenwirkungen moderner Macht. In der späteren Monografie sind diese Bezüge auch in der Rhetorik weitgehend wieder verschwunden. Diese Nähe und Konkurrenz zu Marx und zum Marxismus, die sich an dieser Textfassung besonders deutlich sehen lassen, ist aufschlussreich. Denn auch Foucault verschreibt sich einer Form von Geschichtsdeutung, die den Kampf zwischen sozialen Gruppen ins Zentrum stellt und das Entstehen von Institutionen, Werten und Wissensformen aus solchen Kämpfen zu erklären versucht; darin ist auch dieses Projekt in einem weiten Sinne materialistisch und in einem eminenten Sinne kritisch. Und um nichts weniger geht es hier, nämlich etwas scheinbar Selbstverständliches in der sozialen Realität zurückzuverfolgen bis zu dem Punkt, wo es gerade erst möglich und noch lange nicht notwendig war.

Leipzig

Martin Saar

### Utopie und politischer Mythos

*Rohgalf, Jan: Jenseits der großen Erzählungen. Utopie und politischer Mythos in der Moderne und Spätmoderne, 584 S., Springer VS, Wiesbaden 2015.*

Aufgrund ihrer enormen Materialfülle, ihrer analytischen Perspektive, ihrer synthetischen Kraft der Bündelung und Strukturierung des sperrigen Stoffes sowie der aktuellen Relevanz ihres Themas ist es Jan Rohgalf in seiner Dissertation

gelingen, die von der Politikwissenschaft lange ignorierten Resultate der Utopie- und Mythenforschung innerhalb des Faches fruchtbar zu machen. Er wirft die systematische Frage auf, welche Spuren Utopien und politische Mythen in der Moderne und Spätmoderne hinterlassen haben. Als Demonstrationsobjekt dienen ihm unter anderem die globalisierungskritische Bewegungen wie Attac in Deutschland, die Zapatisten in Mexiko, Occupy Wallstreet in USA und das World Social Forum im globalisierten Süden sowie deren Vordenker von Pierre Bourdieu über Jean Ziegler bis hin zu John Holloway, um nur einige prominente Namen zu nennen. Das ausgewertete Material (Quellen und Literatur) ist so umfassend, dass die vorliegende Arbeit – unabhängig von ihrer spezifischen Fragestellung – auch als Handbuch des politischen Denkens der Altermondialisten gelesen werden kann.

Der Verfasser unterscheidet klar zwischen Utopie und politischem Mythos. Die Herausarbeitung der analytischen Differenz zwischen beiden Szenarien gelingt ihm umso überzeugender, als er sich für die engere, auf Thomas Morus zurückgehende Utopievariante entscheidet. Danach sind Utopien auf rationale Sozialkritik reagierende alternative gesellschaftliche Entwürfe, die durch weltimmanente Transzendenz, rationalistische Konstruktion, holistisch ausgerichteten Antiindividualismus und das angeblich „absolute Wissen“ über die Bauprinzipien einer „idealen Gesellschaft“ gekennzeichnet sind. In Anlehnung vor allem an Ernst Cassirers Studien haben demgegenüber die politischen Mythen die Tendenz, von Menschen zu verantwortende Artefakte in Natur zurückzuverwandeln. Zwar ist die Erkennbarkeit der Welt auf symbolische Interaktion angewiesen. Aber in dem Maße, wie im Mythos der Unterschied zwischen Symbol und Ding entfällt, überwältigt er seine Adressaten geistig in einem solchen Ausmaß, dass sie die mythische Linse gar nicht mehr wahrnehmen, in deren Fokus sie die Welt und ihre eigene Existenz interpretieren. Rohgalf bricht nun Utopie und Mythos konsequent auf die Gegenwart herunter, die er in Anlehnung an Zygmunt Bauman als „flüchtige Moderne“ charakterisiert.

Vereinfacht ausgedrückt lässt sich das Resultat seiner Untersuchung wie folgt zusammenfassen: Politische Utopien vermochten es einst, kollektives Orientierungswissen für emanzipatorische Bewegungen zu generieren. Das Panorama einer wohlgeordneten, Not und Elend überwindenden Gesellschaft war insbesondere für die Arbeiterschaft im Zuge der Industrialisierung

attraktiv. Doch durch die Erfahrungen insbesondere mit dem marxistisch-leninistischen Totalitarismus im 20. Jahrhundert und der auf sie reagierende postmoderne Individualismus seien diese „große Erzählungen“ der Utopie in eine Krise geraten und zunehmend durch mythische Konstrukte wie der „Kampf der Kulturen“, „Globalisierung“, „Netzwerkgesellschaft“ et cetera überlagert und substituiert worden. Gleichzeitig wurde dem Autor zufolge das utopische Muster auch deswegen obsolet, weil es als „große Erzählung“ angesichts der Betonung der Differenz, der flachen Hierarchien, der Abwertung von Institutionen und der radikaldemokratischen Konsensfindung in den neuen Sozialen Bewegungen keine tragfähigen Entsprechungen mehr fand. Zwar wie die Utopien auf kapitalistische Fehlentwicklungen in Gestalt des ebenfalls mythisch aufgeladenen Neoliberalismus reagierend, unterscheiden sich nach dieser Lesart die mythischen Paradigmen von ihnen dadurch, dass sie sich gegen Bilder einer alternativen angeblich besseren Sozietät auch dann sperren, wenn dieses Angebot in einem pluralistischen Spektrum erfolgt. Aber gerade diese Unbestimmtheit des „In-der-Schwebe-Haltens“, so kann man die vorliegende Studie interpretieren, erweist sich als Einfallstor für den politischen Mythos, der die globalisierungskritischen Bewegungen vom utopischen Muster distanziiert.

Diese Befunde sind plausibel, sofern man den Utopiebegriff, in dessen Fokus sie gewonnen wurden, unhinterfragt lässt. Wie schon hervorgehoben, hat sich Rohgalf mit guten Gründen für den klassischen Utopiebegriff entschieden. Aber er reduziert ihn auf seine archaische Variante, unterschätzt seine Fähigkeit zur Selbstkritik, die ein „absolutes Wissen“ ausschließt, und blendet die Tatsache aus, dass der klassische Utopiebegriff nicht nur ein Denken in Kategorien des „idealen Staates“ ist, sondern sich auch als Experiment mit offenem Ausgang versteht. Nehmen wir diese Eigenschaften ernst, so ist es problematisch, ihn auf sein Erscheinungsbild in der Epoche der Renaissance als Groß Erzählung mit autoritären Zügen festzulegen. Der erneuerte Utopiediskurs, wie er vor allem in den 1970er Jahren einsetzte, machte vielmehr seine anarchistische Variante als bisher nicht voll ausgeschöpfte Ressource stark; und zwar mit der Betonung der Freiheit des Einzelnen, der Möglichkeit des Scheiterns, der Option für flache Hierarchien, einer kapitalismuskritischen Emanzipation, einer weitgehenden Destruktion des „starken Staates“, der eine radikaldemokratische

Willensbildung sowie die Verabschiedung eines finalen Geschichtsprozesses korrespondierte.

So gesehen, sind die postmateriellen Utopien (Ursula K. Le Guin, Ernest Callenbach, Aldous Huxley) gar nicht so weit vom Selbstverständnis der Altermondialisten entfernt. Aber dadurch, dass der globalisierungskritische Mythos Symbol und Ding identifiziert, geht ihm das verloren, was das utopische Konstrukt auszeichnet: die Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstkorrektur. Gewiss, alle Utopievarianten geben das Leitbild einer konfliktminimierenden, im Kern harmonischen Gesellschaft nicht auf. Doch ist diese basale Annahme nicht eine grundlegende Voraussetzung für Pluralismus und sozio-kulturelle Differenz? Auch die Altermondialisten kommen ohne eine „emergente Ordnung (Hervorhebung RS) der Differenzen“ nicht aus. Und Ernst Fraenkel hat die Bedingung der Möglichkeit von Pluralismus abhängig gemacht von einem nichtkontroversen Sektor innerhalb des politischen Systems der liberalen Demokratie, ohne den an sich legitime Differenzen im Extremfall im Bürgerkrieg enden, wie die aktuellen Konflikte in Syrien, dem Irak, in vielen afrikanischen Staaten und in der Ukraine zeigen.

Im Gegensatz zu seiner eigenen Interpretation legen es die von Rohgalf ausgebreiteten Befunde nahe, dass das politische Denken der Altermondialisten sowohl utopische als auch mythologische Elemente enthält. Dieser Schluss steht im Gegensatz zu der These Rohgalfs, das politische Selbstverständnis der globalisierungskritischen Bewegung könne als empirischer Beweis dafür gelten, dass in der Spätmoderne der politische Mythos den klassischen utopischen Ansatz kassiert hat. Ein Blick auf die Geschichte des mythologischen und utopischen Denkens zeigt jedoch, dass beide Ansätze seit der Antike koexistierten. Das Gleichgewicht zwischen ihnen schwankte, aber es wurde nicht zugunsten des einen oder des anderen Pols definitiv aufgehoben. Einiges spricht also dafür, dass uns diese Konstellation auch in Zukunft erhalten bleiben wird.

Berlin

Richard Saage

### **Zur „Logik“ und Rationalität von Lebensformen**

Jaeggi, Rahel: Kritik von Lebensformen, 451 S., Suhrkamp, Berlin 2014.



Seit Goethes berühmter Begegnung mit Napoleon im Jahre 1808 ist – bis in unsere Tage – immer wieder eine Vokabel im Umlauf, die mit durchaus differierenden Akzentuierungen versehen wird. Während Napoleons im Gespräch mit Goethe geäußertes Diktum, die Politik sei – im Unterschied zu den alten Griechen – „das Schicksal“ (und eben nicht tragische Mächte jenseits menschlichen Handlungsvermögens), als Bekenntnis zu politischer Handlungsmacht und -fähigkeit wie auch politischer Handlungsdringlichkeit zu lesen, hat es den Anschein, als würden mitunter unabweisliche Mächte beschworen, wenn in der heutigen Krise der Europäischen Union bald der Euro, bald die Staatsverschuldung Griechenlands als „Schicksalsfrage“ Europas (respektive Deutschlands) firmieren. Sind auch Lebensformen Naturgewalten analoge Schicksalsmächte, denen wir unterworfen sind, ohne sie ändern zu können?

Rahel Jaeggi sucht in ihrer Untersuchung „Kritik von Lebensformen“ genau diese Insinuation zu entkräften, kann man doch für oder gegen Lebensformen streiten – und zwar mit vielen Gründen. Wäre es nicht so, erübrigte sich auch eine „Kritik“ von Lebensformen. Wer auf Kritik zielt, hat, dem Wortsinn des griechischen Verbums *krinein* gemäß, Grenzen und mit diesen Unterschiede im Blick. Eine Lebensform grenzt sich von anderen ab, die Bestimmtheit einer Lebensform konturiert sich je im Kontrast zu anderen Lebensformen. Die „westliche“ Lebensform ist – zum Beispiel – nicht die „asiatische“, und innerhalb dieser Lebensformen gibt es wiederum interne Differenzierungen, mithin eine Pluralität von Auffassungen darüber, wie sich die Facetten des Lebens (Politik, Recht, Kultur etc.) bestimmen oder bestimmen sollten. Die klassische deutsche Philosophie von Johann Gottfried Herder bis G.W.F. Hegel suchte im Theorem des „Volksgeists“ dieser Differenzlogik Rechnung zu tragen. Hegel spielt in Jaeggis Überlegungen nicht von ungefähr eine zentrale Rolle. Dessen Konzept moderner „Sittlichkeit“ soll praxistheoretisch rekonstruiert werden. Mit ihm nämlich lässt sich auf den Begriff bringen, dass wir einerseits in gewisse Lebensformen gleichsam hineingeboren werden, auf deren Entgegenkommen wir im Handeln angewiesen sind, dass wir andererseits diese aber auch transformieren und gestalten. Demgemäß geht es in einer Kritik von Lebensformen um beides: um unser Handeln *und* um den Kontext der normativen Orientierungen, in denen sich dieses vollzieht. „Die Kritik von Lebensformen thematisiert nicht nur unser Handeln, also

das, was wir tun [sollen], sondern den Bezugsrahmen, in dem wir handeln und uns orientieren. Damit werden unsere normativen Orientierungen, die Begriffe, in denen wir uns verstehen, und das gesamte Arsenal sozialer Praktiken, aus dem sich unsere Handlungsoptionen ergeben, in ihrer inneren Gestalt und Qualität zum Thema gemacht“ (S. 26).

Diese praxeologische Sicht auf Lebensformen ist der entscheidende Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung, mit dem sich von Anfang an eine ebenso markante Stoßrichtung verbindet. Denn ist davon auszugehen, dass Lebensformen „*ebenso materielle wie geistige Gebilde*“ (S. 121, Hervorhebung im Original), „*zugleich gegeben und gemacht*“ (S. 120, Hervorhebung im Original) sind, ist zugleich in Anschlag gebracht, dass es mehr oder weniger gelingende, sogar scheiternde Lebensformen gibt – so wie Handeln gelingen oder misslingen, Verstehen von Missverstehen begleitet oder gar korrumpiert werden kann. Lebensformen sind keine naturalen Entitäten, sondern – als kulturelle Gebilde – immer auch schon in bestimmter Weise gedeutete Zusammenhänge geteilter sozialer Praktiken. Und eben deshalb verbindet sich mit der Thematisierung von Lebensformen auch – wider eine liberale „Enthaltbarkeit“ gegenüber Lebensformen und der Frage des Guten bei John Rawls und Jürgen Habermas (S. 31ff.) – der Anspruch auf Kritik von Lebensformen. Worin aber liegen die Kriterien der Kritik, die Maßstäbe des Guten? An dieser Stelle ist für Jaeggi ein anderes liberales „Vorurteil“ zu entkräften, das besagt, wer Lebensformen kritisiere, maße sich die Rolle eines philosophischen Sittenwächters an. „Lebensformkritik“, schreibt die Verfasserin, „ist keine Angelegenheit der Polizei“ (S. 52). Vernunft ist in Lebensformen – mehr oder weniger geglückt – eingelagert, und deshalb sind Lebensformen auch auf ihre – mehr oder weniger vernünftige – Bestimmtheit hin zu befragen. Lebensformen können, wie es im Anschluss an Hegel heißt, „ihrem Begriff entsprechen“ – oder auch nicht. Mit Lebensformen selbst sind, anders gewendet, bestimmte Ansprüche und Gelingensbedingungen gesetzt (S. 186), die sich geschichtlich herausgebildet und etabliert haben. „Eine Lebensform, die ihrem Begriff nicht entspricht, erfüllt ihre ethisch verfasste Funktion nicht so, wie diese sich vor dem Hintergrund einer spezifischen Problemlösungsgeschichte herausgebildet haben“ (S. 195). So kommen Lebensformen als „Problemlösungsinstanzen“ (S. 200) in den Blick, deren normative Maßstäbe im Verfahren

„immanenter Kritik“ zur Sprache und zur Geltung zu bringen sind (vgl. S. 283ff.). Die wider eine liberale „Enthaltbarkeit“ aufrechterhaltene Frage nach dem Guten oszilliert freilich zwischen ethischem Anspruch und „gutem“ Funktionieren. Lebensformen sind, Jaeggi zufolge, Problemlösungsinstanzen „in einem gleichzeitig funktionalen wie ethischen Sinn“ (S. 306).

Das Projekt einer Kritik von Lebensformen modifiziert sich am Ende indes „zu einer Art Metakritik historisch sozialer Prozesse“ (S. 315). Jaeggi reklamiert für sich „eine kritische Theorie der Kritik von Lebensformen“ (S. 447). Damit verknüpft ist zum einen die Transformation der Frage nach dem „Guten“ zur Frage nach der Rationalität von Lebensformen (ebd.), zum anderen eine Transformation der Frage nach der Unterscheidung zwischen guten und schlechten, gelungenen und misslungenen Lebensformen in die „Metafrage“: „Wie lassen sich gelingende von misslingenden (oder irrationalen) Prozessen sozialer Transformation unterscheiden?“. Ins Visier kommen derart „Verlaufsform und Entwicklungsdynamik von Lebensformen“ (S. 314). Hegel als Denker der Geschichte als eines dialektischen Lernprozesses wird in diesem Zusammenhang, mit John Dewey pragmatistisch gelesen, erneut bedeutsam. Es ist in der pragmatistischen Lesart allerdings nicht ein teleologisches Geschichtsdenken, sondern ein Verständnis der Geschichte als offene und prinzipiell unabschließbare Problemgeschichte, das hier ins Spiel kommt. Freiheit ist, wie die Autorin bemerkt, kein Ziel am Ende der Geschichte, sondern dasjenige „Prinzip“, das sich gerade in Krisenerfahrungen vermittelt und aktualisiert (vgl. S. 423ff.). Lebensformen werden in diesem Licht beschreibbar als „Experimente“ – als Experimente in der Weise, Probleme unter stets veränderlichen Bedingungen zu lösen. Nicht für *die* eine gelingende oder richtige Lebensform wäre demnach zu votieren, sondern vielmehr für einen „*experimentellen Pluralismus* von Lebensformen“ (S. 451, Hervorhebung im Original), für einen „Pluralismus der Auseinandersetzung um die richtige Lösung des Problems der gelingenden Lebensform“ (ebd.).

Rahel Jaeggi hat einen überaus gehaltvollen und lesenswerten Entwurf einer Theorie von Lebensformen geschrieben, der bei allen offenen Fragen (wie der nach der behaupteten Synthese von „funktionaler“ und „guter“ Problembewältigung) einen wichtigen Beitrag für das Nachdenken über Bedingungen und Verständnis der Formen menschlichen Zusammenlebens darstellt. Reizvoll wäre es zweifellos, die auf hohem

Abstraktionsniveau ausgebreitete „Logik“ der Lebensformen als einer Dynamik von Lernprozessen empirisch geerdet zu sehen, am Beispiel etwa der aktuellen Griechenland-Krise. Das aber wäre, naheliegenderweise, ein neues, ein anderes Buch.

Darmstadt

Andreas Großmann

## Architektursoziologie

*Steets, Silke*: Der sinnhafte Aufbau der gebauten Welt. Eine Architektursoziologie, 274 S., Suhrkamp, Berlin 2015.

Die vorliegende Arbeit von Silke Steets erweitert zunächst das Forschungsprogramm der Wissenssoziologie von Peter L. Berger und Thomas Luckmann auf (architektonische) Artefakte; zugleich besteht der Anspruch einer eigenen architektursoziologischen Theorie, einer Konzeption der Relation von Architektur und Gesellschaft; schließlich der einer „brillante[n] theoriegeschichtliche[n] Aufarbeitung des soziologischen Denkens über Architektur“ (Vorsatz). Dem Vorbild Berger/Luckmanns folgend, geht es hierbei um die Aufhebung unterschiedlicher Ansätze in einem umfassenden Konzept. Vor diesem Programm erklären sich die zentralen Fragen: „Welche Rolle spielen [...] Gebäude bei der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit? Wie resultiert „daraus der sinnhafte Aufbau der gebauten Welt?“ (S. 8).

Um das Vorhaben einzuordnen, sei erwähnt, dass die neuere Architektursoziologie sich auch als Beitrag zur Allgemeinen Soziologie versteht, indem sie deren Fragen (was eine ‚Gesellschaft‘, was das ‚Soziale‘ ist) mit Blick auf die architektonischen Artefakte, Aktivitäten und Wissensformen reformuliert und dabei zugleich auf gesellschaftsanalytische Anstrengungen zielt. Hierbei ist eine Möglichkeit, Gesellschaften als (auch) architektonisch konstituiert zu verstehen, angesichts der architektonisch erzeugten Lebensräume und ihrer Modifikation der Interaktionen sowie angesichts der je konkreten Gestalt, die Architekturen erzeugen. Analytisch kann man dann etwa die anschauliche Differenzierung der Generationen oder Funktionssysteme in Architekturen beobachten. Die Architektursoziologie kann sich aber ebenso für die Bedingungen der Erzeugung von Architektur – das Entwurfswissen – interessieren

oder Kritik an Praxen des Bauens üben, et cetera.

In einem ersten Teil des Buches ordnet sich Steets in die erwähnte konzeptionelle Arbeit ein, indem sie – analog zu Berger/Luckmanns Sortierung der Soziologien – drei Relationen von „Ding- und Sozialwelt“ (S. 19) nennt und ihnen Architektursoziologien zuordnet. Entweder wird erstens ‚die Gesellschaft‘ vorausgesetzt, dann erklären sich alle Phänomene aus ihr, inklusive der Artefakte („strukturtheoretisch“); oder zweitens will die Theorie ‚Gesellschaft‘ und Artefakte auf Individuen zurückführen (handlungstheoretisch); oder sie setzt drittens dazwischen an, Artefakte als sozial wirksam verstehend. Architektursoziologische Konzepte werden also erstens in „Strukturtheorien“ sortiert, wonach sich die Gesellschaft in ihren Bauten objektiviert (Emil Durkheim, Karl Marx); in zweitens Ansätze, die den ‚sozialen Sinn‘ der Architektur im Umgang mit ihr sehen (George Herbert Mead, Erving Goffman, Pierre Bourdieu); und drittens in ‚poststrukturalistische‘ Ansätze, die Artefakte als sozial effektiv oder konstitutiv denken (Michel Foucault, Bruno Latour, Heike Delitz). Am Bauhausgebäude wird kurz durchgespielt, was diese Perspektiven sehen, um deren „Stärken“ sodann „in einem Modell zusammenzuführen“, die jeweilige ‚Schwäche‘ ausmerzend: dass jede einzelne keine „umfassende Perspektive auf Architektur“ biete, nur je einen Aspekt betone – etwa die Herstellung der Bauten, deren Aussagen oder Aneignung (S. 55f., Hervorhebung im Original).

Hier setzt nun das zweite Kapitel ein, die Ausarbeitung einer umfassenden Perspektive – eng orientiert an der Theorie Berger/Luckmanns. Interessiert sich diese dafür, wie Subjekte die soziale Wirklichkeit erleben, welchen Sinn sie der Welt geben, gilt es nun, den ‚sinnhaften Umgang mit Architektur‘ als Vorgang des impliziten Wissens, der Körpertechniken und Atmosphären (Affekte) auszubuchstabieren. Nach phänomenologischen Vorüberlegungen, Berger/Luckmann um Leibphänomenologien ergänzend, werden die erwähnten Fragen beantwortet: Wie bedeuten Gebäude ‚die Welt‘, wie strukturieren sie diese, welcher *sinnhafter* Umgang mit Architektur findet statt? Diskutiert wird hier die Zeichenhaftigkeit von Architektur (das Bezeichnen von Bautypen) sowie deren Fähigkeit, ‚symbolisch‘ zu bedeuten, das heißt: Transzendentes anwesend zu machen. Dazwischen zeigt uns Steets das Ehepaar Gropius mit Frank L. Wright beim Pingpong-Spielen und Kaviar-Eier-Essen – als konkrete Beispiele für den Umgang mit (Innen-)

Architektur. Im Kern des Buches wird sodann der Berger-Luckmann-Dreischritt auf Architektur übertragen: 1) Wie wird ein Bausinn *externalisiert*? Hier erfährt man einiges darüber, wie Architekten und Architektinnen entwerfen (lernen). 2) Wie werden Gebäude *objektiv* oder *objektiviert*, vom Entwurf Einzelner zur „Gewissheit“ (S. 177), zum selbstverständlichen Teil der Wirklichkeit? Indem wir einen „gekonnten Umgang mit ihnen entwickeln“; uns in ihnen „wohlfühlen“, sie typisieren. 3) Wie werden Gebäude *internalisiert*, wie tragen sie zu Identitätsbildung bei? Indem sie kreativ, aber auch entsprechend der eigenen stratifikatorischen Position genutzt werden. Das Buch schließt andeutend, was man nun sehen kann – *alles* an Architektur (anders als die Rezensentin, die aus der Gesellschaft eine Blackbox mache, da sie nicht am Entwurf ansetze, S. 247).

Abgesehen von der Polemik: Das scheint eine plausible, fruchtbare Übertragung Berger/Luckmanns. Man hat nun ein Konzept, das Entstehung, (De-)Legitimation und Vereinnahmung von Gebäuden mit *einer* Begrifflichkeit beschreibt – und ein weiteres Konzept zur Relation von Architektur und Sozialem. Eine künftig nun auch stärker empirisch konzentrierte Architektursoziologie kann dies gebrauchen, gerade weil Architektur so „omnipräsent“ (Bernhard Schäfers), so distanzlos begegnet.

Unerklärlich bleibt indes, mit welchem Recht Steets ähnliche vorliegende Konzepte ganz ausblendet, zum Beispiel Joachim Fischers Vorschlag, Architektur als sinnhaft operierendes „schweres Kommunikationsmedium“ der Gesellschaft zu fassen, Helmuth Plessners Leib-Körper-Konzept (das auch die Autorin in Anspruch nimmt) mit Luhmanns Theorie symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien kombinierend. Ähnlich hat Dirk Baecker die Materialität der Baukörper entlang ihrer Innen-/Außen-Differenz für soziologische Analysen erschlossen. Dies (und auch, dass mein Konzept von Architektur als ‚Medium des Sozialen‘ eher selektiv vorkommt) wirft ein schiefes Licht auf ein zentrales Anliegen des Buches: die „existierenden“ architektursoziologischen Theorien zu ordnen, weil bislang die „Grundlagenforschung“ fehle, die erlaube, diese Perspektiven zu vergleichen (S. 9).

Das Buch stößt weitere Fragen auf, die sich indes mindestens ebenso an Steets wie an ihre Bezugstheorie richten: Ist es tatsächlich möglich, in *einer* soziologischen Theorie das konstituierende *und* das konstituierte Subjekt gleichermaßen zu denken – ohne beide

Positionen zu verwässern, gerade nicht deren Stärken ‚aufzuheben‘? Und wie steht es mit dem gesellschaftsanalytischen Gehalt der Neuen Wissenssoziologie – liegt es an ihr, dass das Buch weder dezidiert gesellschaftsanalytische, noch entsprechende methodische Überlegungen vorlegt? (In der eher exemplarischen als systematischen Interpretation konkreter Architekturen fällt übrigens die einseitige Konzentration auf die klassische Moderne auf – und deren *sehr* funktionalistische Lektüre.) Berger/Luckmann verschieben ja genau gesehen die soziologische Frage nach der *Gesellschaft* auf die nach der gesellschaftlichen Konstitution der Alltags-*Wirklichkeit*, es interessiert, wie ‚die Gesellschaft‘ die (architektonischen) *Dinge* – für ihre Mitglieder und unter deren Mitwirkung – „macht“ (S. 9). Mit anderen Worten: Wo bleibt am Ende die umgekehrte ‚poststrukturalistische‘ Analyse der architektonischen *Konstitution der* (je spezifischen) *Gesellschaft* und ihrer Subjekte – ist sie ‚aufgehoben‘ oder ‚aussortiert‘?

Wuppertal

Heike Delitz

### **Genderkonstruktionen in (Nach-)Kriegsgesellschaften**

*Kaufman, Joyce P./Williams, Kristen P.: Women at War, Women Building Peace. Challenging Gender Norms, 194 S., Rienner, Boulder, CO 2013.*

Frauen und Männer sind von innerstaatlichen Kriegen unterschiedlich betroffen. Daher ist eine Untersuchung der gesellschaftlichen Genderverhältnisse in der Friedens- und Konfliktforschung unerlässlich, um Gewaltdynamiken im Konflikt und Eskalationspotenziale in der Nachkriegszeit zu verstehen. Die beiden Politikwissenschaftlerinnen Joyce P. Kaufman und Kristen P. Williams knüpfen in ihrem Buch an die feministische sozialkonstruktivistische Forschung der Internationalen Beziehungen an und bieten Einblicke in das facettenreiche Verhalten der Frauen in den Konflikten Nordirland, Palästina/Israel und Sri Lanka. Ihr Ziel ist es, die essentialistischen Grundannahmen zu widerlegen, in denen Frauen primär Opfer gewaltsamer Auseinandersetzungen werden und aufgrund ihrer fürsorglichen und friedliebenden Natur verstärkt für den Frieden eintreten. Dafür brechen sie die scheinbar homogene weibliche Gruppe auf und erklären,

unter welchen Umständen Frauen entweder aktiv in eine bewaffnete Gruppe eintreten oder sich in Friedensbewegungen engagieren.

Die Gründe der Frauen, an militärischen Aktionen teilzunehmen, sind ein Mix aus persönlichen und politischen Motiven. Ähnlich wie bei Männern ist der Wunsch nach Selbstbestimmung und Freiheit für ihre eigene nationale, religiöse oder ethnische Gruppe relevant, um sich als Kämpferin rekrutieren zu lassen. Die Öffnung des männlich dominierten Raumes der Gewaltakteure geschah nach Beobachtungen der Autorinnen über einen längeren Zeitraum hinweg; meist, wenn die jeweilige Bewegung eine größere Masse an Kämpfern benötigte. In der Regel stießen dann die männlichen Anführer einen gesellschaftlichen Prozess an, der über die herrschenden Genderstereotypen hinweg die Aufnahme weiblicher Kombattanten in die bewaffnete Gruppe legitimierte. Ausschlaggebend war jedoch auch die Befreiung der Frauen aus hegemonial patriarchalen Strukturen. Eine langanhaltende Gleichstellung der Geschlechter war jedoch nicht zu beobachten, meist festigten sich nach Ende der Kämpfe die früheren patriarchalen Strukturen. Dieser *backlash* war sowohl in Nordirland als auch Sri Lanka zu beobachten; in Palästina ist der Prozess noch nicht zu Ende.

Einen besonderen Fokus legen die Autorinnen in ihrem Buch auf Selbstmordattentäterinnen. Sie rütteln an herkömmlichen Geschlechtsklischees, weil sie dem scheinbar friedliebenden Wesen der Frauen widersprechen. Selbstmordattentate haben erst in den letzten Jahrzehnten zugenommen, davon verübten rund 15% Frauen. In Sri Lanka zum Beispiel wurden zwischen 30 und 40% der 200 verübten Selbstmordattentate von Frauen ausgeführt. Die Beweggründe sind wie bei Männern sowohl persönlicher als auch politischer Natur. So gab es in Palästina beispielsweise Attentäterinnen, die der Gesellschaft durch ihre Tat die Stärke der Frauen beweisen wollten. Die Wissenschaftlerinnen kommen zu dem Schluss, dass es keinen speziellen Typus weiblicher Selbstmordattentäter gibt – Familienstand, Religion und Alter spielen keine ausschlaggebende Rolle.

Die Autorinnen betrachten in ihren Fallbeispielen auch sehr intensiv Aktivistinnen, die sich in friedensbringende Prozesse einbringen. Sie schließen sich auf lokaler Ebene zusammen, vielfach sogar über verfeindete Konfliktgruppen hinweg, weil sie meist gemeinsame Ziele haben: Sicherheit für ihre Familien und ein menschenwürdiges Leben ohne Gewalt. Im Gegensatz zu



den Kombattantinnen lassen sich diese Frauen auch nach Ende des Konfliktes nicht mehr in den rein privaten Bereich zurückdrängen. Allerdings streben sie nur in wenigen Fällen wie zum Beispiel in Nordirland nach höheren politischen Positionen. Die Verfasserinnen begründen diese Zurückhaltung damit, dass Frauen in Graswurzelbewegungen die direkten Auswirkungen ihres Handelns sehen können und für einen nachhaltigen Frieden von unten kämpfen. In ihren Augen verstärken diese Frauen stereotypische Genderkonstruktionen.

Kaufman und Williams betten ihre drei Fallbeispiele in die feministischen *security studies* ein, weil ein Gender-Sicherheitsbegriff auch die Sicherheit im privaten Bereich fokussiert, intersektionale Theorie berücksichtigt und Frauen weniger als Opfer, sondern vielmehr als politische Akteure sieht. In den ersten beiden Kapiteln stellen sie die Theorie vor und versuchen primär zu beantworten, warum Frauen sich politisch engagieren und wie sie von der Gesellschaft einbezogen werden. In den Fallbeispielen zeigen sie die schrittweise gesellschaftlich stattfindende Veränderung der Genderkonstruktionen auf. Besonders gut gelungen ist der Ansatz, das breite Spektrum der weiblichen Aktivitäten – von Friedensaktionen über stille Proteste bis hin zu Selbstmordattentaten – innerhalb eines Konfliktes darzustellen. Allerdings konnten die Wissenschaftlerinnen kaum auf eigene Forschungsergebnisse zurückgreifen, sondern bearbeiteten ihre Thesen anhand von Sekundärliteratur. Eigene qualitative Erhebungen hätten eventuell die intersektionale Verschränkung von Herstellung von Macht und unterdrückenden Faktoren stringenter herausarbeiten können. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Autorinnen wenig auf die Konstruktion der (hegemonialen) Männlichkeit in den dargestellten Gesellschaften eingegangen sind, sodass der Prozess der Geschlechterkonstruktion nicht vollständig abgebildet ist. Das Buch gibt den aktuellen Forschungsstand wieder und bietet gerade Neueinsteigern und Neueinsteigerinnen der sozialkonstruktivistisch feministischen Theorie eine spannende Lektüre, da es die Theorie mit Hilfe der Fallbeispiele praktisch verknüpft. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die bereits mit der Thematik vertraut sind, werden den direkten Vergleich der verschiedenen Aktionen innerhalb einer Konfliktgesellschaft zu schätzen wissen, darüber hinaus aber wenig Neues erfahren.

Hamburg

Patricia Konrad

### Drama in 3 Akten

*Fraser, Nancy: Fortunes of Feminism. From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crisis*, 256 S., Verso, London 2013.

Zur „Selbstverständigung [...] der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche“ beizutragen – dies ist der Anspruch Nancy Frasers, die sich damit in die Tradition der Kritischen Theorie einordnet und sich entsprechend vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zum Ziel setzt, Herausforderungen und Potenziale der feministischen Theorie und Bewegung für eine (geschlechter-)gerechtere Zukunft zu analysieren. Die Autorin ist eine der bekanntesten politischen Theoretikerinnen der Gegenwart. Sie zeigt sich – das zieht sich als roter Faden durch ihr gesamtes theoretisches Werk – skeptisch gegenüber Verabsolutierungen vorherrschender Paradigmen sowie monistischen und reduktionistischen Erklärungsmustern. Das kritische und politische Potenzial ihrer Gesellschaftstheorie speist sich aus diesem synkretistischen Vorgehen, das versucht, Brücken zu schlagen zwischen vermeintlich antagonistischen Theorieströmungen wie der Kritischen Theorie und dem Poststrukturalismus.

Vor diesem Hintergrund ist auch ihr Versuch zu sehen, historisch und analytisch den Gesamtverlauf der Frauenbewegung seit den 1970er Jahren zu erfassen, um ausgehend von Irrtümern und Errungenschaften künftige Potenziale feministischen Denkens und Handelns auszuloten. Der Sammelband „Fortunes of Feminism. From State-Managed Capitalism to Neoliberal Crisis“ enthält eine Neuzusammenstellung älterer Aufsätze, die von feministischer Kritik der sozialstaatlichen Debatte in den 1980er Jahren über die maßgeblich mit Axel Honneth in den 2000ern geführte Auseinandersetzung um „Anerkennung und Umverteilung“ bis hin zu aktuellen Veröffentlichungen zu feministischen Entwicklungen im Kontext der globalen Finanzkrise reichen. Frasers Werk kommt nun im Zuge eines Ganges durch die Geschichte der Neuen Frauenbewegung zum Ausdruck. Sie beschreibt diesen Verlauf im Prolog als ein „Drama in drei Akten“, welche von ihr jeweils in Verhältnis zu drei parallel verlaufenden je spezifischen Phasen des postfordistischen Kapitalismus gesetzt werden. Das Buch ist analog zu dieser historischen Rekonstruktion in drei Teile gegliedert, welchen Fraser jene Aufsätze aus verschiedenen Stadien ihrer Theoriebildung zuordnet, die die

Entwicklungsphasen dokumentieren und kritisch reflektieren.

Im ersten Akt, in der Phase des „staatlich organisierten Kapitalismus“, habe die „Neue Frauenbewegung“ der 1970er Jahren ihr kritisches Potenzial mit der systematischen Kritik am androzentrischen Wohlfahrtsstaat bewiesen. Wesentliche Forderungen der Neuen Frauenbewegung seien jedoch im zweiten Akt, in der Hochphase des Neoliberalismus, in einer „gefährlichen Allianz“ vereinnahmt worden und hätten unabsichtlich der Legitimierung eines strukturellen Umbaus der kapitalistischen Gesellschaft gedient (Deregulierung, Abbau von Sozialleistungen, Individualisierung, etc). Sie beobachtet in diesem Zusammenhang eine Veränderung der Grammatik politischer Forderungen hin zur Reduktion auf kulturelle Aspekte der Anerkennung von Differenz und Identität, was die Verdrängung sozialer Verteilungsfragen begünstigt habe. Die dritte Phase verortet Fraser in der Gegenwart im Kontext der derzeitigen Krise des neoliberalen Kapitalismus, in der sie die Möglichkeit zur Transformation in eine post-neoliberale Gesellschaft diskutiert.

In den ersten Kapiteln entwickelt sie im Ausgang einer kritisch-feministischen Auseinandersetzung mit Habermas und poststrukturalistischen Theorien eine eigene Konzeption einer „feminist critical theory“ (S. 44), in der sie darauf verweist, dass sozialstaatliche Programme eine implizite Topographie normativer geschlechterspezifischer Bedürfnisinterpretationen liefern und buchstabiert dies am Beispiel einer Genealogie der „Sozialhilfe-Abhängigkeit“ als negativem Schlüsselbegriff in der Wohlfahrtsstaatsdebatte der 1990er Jahre (mit Linda Gordon) sowie am Modell des „Familienlohns“ aus. In diesem breit rezipierten „postindustriellen Gedankenexperiment“ demonstriert sie, wie unter der Prämisse komplexer Gleichheit ein visionäres Modell der „universellen Betreuungsarbeit“ gedacht werden kann, das für beide Partner die Übernahme elementarer Sorge- und Betreuungsarbeit vorsieht.

Ausgangspunkt für die Kapitel im zweiten Teil ist ihre kritische und nicht unumstrittene Diagnose, der Feminismus seit den 1990er Jahren folge einem „Zeitgeist“, der die Kämpfe um Umverteilung durch Forderungen nach Anerkennung von Differenz und Identitätspolitik ersetzt habe. Dies sei die neue Rhetorik eines „gezähmten Feminismus“, der just zu dem Zeitpunkt die „neue Grammatik“ seiner politischen Forderungen von ökonomischen Anliegen entkoppelt habe, als sich mit der neoliberalen Hegemonie die sozialen Ungleichheiten verschärften. An der kritischen

Auseinandersetzung mit feministischen Lesarten von Jacques Lacans Diskursmodell zeigt sich Frasers Ansinnen einen eklektischen Geist zu kultivieren. In einer Abwägung für Vor- und Nachteile möchte sie theoretische Brücken schlagen – zwischen dem Erbe des sozialistischen Feminismus, dem Poststrukturalismus und der Diskurstheorie der Kritischen Theorie. So entwickelt sie aus ihrer kritischen Zeitdiagnose heraus den Ansatz eines zweidimensionalen Gerechtigkeitsverständnisses. Die Grundthese Frasers lautet, Geschlechtergerechtigkeit erfordere sowohl Umverteilung als auch Anerkennung. In ihrer Replik auf Judith Butlers kritische Anmerkungen zum theoretischen Ertrag einer Trennung ökonomischer und kultureller Formen von Ungerechtigkeit verdeutlicht Fraser um ein weiteres Mal, dass sich ihr die Frage stelle „how these [the merits of various poststructuralist currents] can best inform social theorizing that retains a materialist dimension“ (S. 175).

Im dritten Teil setzt sich die Autorin mit gegenwärtigen Entwicklungen auseinander und geht der Frage nach, wie eine Theorie der Gerechtigkeit auf Prozesse der Transnationalisierung in der „postwestfälischen Welt“ zu antworten habe. Hier verweist Fraser, auch als Reaktion auf Kritiker und Kritikerinnen, auf eine dritte spezifische Form von Ungerechtigkeit, die der verweherten Repräsentation, und bezieht damit neben den Sphären der Ökonomie und Kultur die politische Dimension mit ein, in welcher nun auch der Blick auf demokratietheoretische Meta-Level-Fragen gerichtet wird – nämlich wie Fragen der Gerechtigkeit auszuhandeln und zu beantworten seien und wer teilhat an den Entscheidungsprozessen.

Die jüngsten und mit Blick auf die übergeordnete These des Sammelbandes sicherlich zentralsten Aufsätze sind „Feminism, Capitalism, and the Cunning of History“ in welchem die These von der Vereinnahmung feministischer Forderungen durch den Neoliberalismus ausgeführt wird sowie der Aufsatz „Between Marketization and Social Protection“ in welchem die gegenwärtigen emanzipatorischen Möglichkeiten des Feminismus in Krisenzeiten des neoliberalen Kapitalismus ausgelotet werden. Das letzte Kapitel bildet ihren jüngsten Versuch ab, aus der Perspektive einer kritischen feministischen Auseinandersetzung mit Karl Polanyi einen theoretischen Rahmen zu schaffen, der dazu beitragen kann die „dangerous liaison“ (S. 241) des Feminismus mit dem Neoliberalismus zu überwinden. Es brauche eine Rückkehr zu Fragen der politischen Ökonomie, wie sie in der ersten Phase

der Neuen Frauenbewegung gestellt wurden. Die Krise müsse dabei jedoch in ihrer Mehrdimensionalität – die neben den ökonomischen und finanzpolitischen auch ökologische und gesamtgesellschaftliche Dimensionen aufweise – erfasst werden. Fraser plädiert für eine neue Allianz zwischen Emanzipation und sozialem Schutz in einer Form, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse kritisch reflektiere und die Bedeutung negativer Freiheit nicht außen vor lasse. In der Krise, so Frasers skeptisch bis optimistischer Blick in die Zukunft, liege jedoch das Potenzial zur Wiederbelebung eines emanzipatorischen Feminismus, der mit einem umfassenden Gerechtigkeitsverständnis eine aktive Rolle in der Gestaltung einer neuen postneoliberalen Gesellschaftsform einnehmen kann.

Wie bereits herausgestellt, findet sich in diesem Buch jenseits des dichten Prologs kein „neuer“ Beitrag. Dennoch verleiht die übergeordnete Retrospektive auf die Neue Frauenbewegung vor dem Hintergrund gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Entwicklungen und die Einordnung des Werkes Frasers dem Sammelband einen roten Faden. Es gelingt dabei überzeugend, ihre jüngste Forschung zur theoretischen Erfassung der aktuellen finanz- und wirtschaftspolitischen Krise in einen Zusammenhang zu ihrer früheren Theoriebildung und gesellschaftstheoretischen Analyse zu setzen. Das mag etwas konstruiert erscheinen, überzeugt letztlich aber doch in der inhaltlichen Stringenz. Durchweg zeigt sich Frasers Verpflichtung zu sozialer Gerechtigkeit und der Frage nach einer Perspektive feministischer kritischer Theorie. Geschrieben sind die theoretisch zum Teil voraussetzungsreichen Aufsätze in einer klaren, analytischen und zugänglichen Sprache.

Ob der letztlich doch optimistischen Prognose angesichts gegenwärtiger Entwicklungen so ohne weiteres zu folgen ist, lässt sich sicherlich kritisch hinterfragen. Stellt sich die Krise derzeit tatsächlich als Wendepunkt dar? Die Möglichkeit einer Allianz zwischen sozialem Schutz und Emanzipation steht in der aktuellen europäischen Krise um Griechenland mehr denn je auf dem Prüfstand. Fraser wird mit ihrem Entwurf nicht zuletzt ihrem eigenen Anspruch einer „large-scale social theory“ gerecht, sich mit den Kämpfen und Wünschen ihrer Zeit auseinanderzusetzen – mit Fragen die im Jahr 2015 nichts an Aktualität einbüßen und nach konzeptionellen theoretischen Überlegungen verlangen: „Will the emancipatory struggles of the 21<sup>st</sup> century serve to advance the disembedding and deregulation of markets? Or will they serve to extend and democratise

social protections and to make them more just?“ (S. 241). Auf eine weiterführende Ausarbeitung Frasers der letzten Überlegungen darf man sicherlich hoffen dürfen. „Denkt groß“ ist die abschließende Forderung der Autorin an feministische Theorien. Für diese Aufgabe kommender feministischer Generationen ist Nancy Fraser sicherlich eine der wichtigsten und prägendsten Quellen theoretischer Reflexion, dies zeigt dieser Sammelband auf eindruckliche Weise. So kann man abschließend dem – beinahe zu bescheiden klingenden – Schlusssatz Frasers im Prolog des Buches bestätigen: dass aus ihrer Retrospektive auf die feministische Theoriebildung einige „lessons“ zu lernen sind (S. 16).

Freiburg i. Br.

Hannah Riede

### Weder effektiv noch gerecht

*Kadelbach, Stefan (Hrsg.):* Effektiv oder gerecht? Die normativen Grundlagen der Entwicklungspolitik, 326 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

„Der Grieche hat genug genervt“, schreien die einen, während andere die ökonomische Prinzipienreiterei von EU, Weltbank und IWF harsch kritisieren: In Zeiten der Griechenland-Krise scheint der Bedarf nach normativer Orientierung in den internationalen Beziehungen besonders groß zu sein, weshalb der am Frankfurter Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ entstandene Sammelband über normative Grundlagen von Entwicklungspolitik zur rechten Zeit kommt. Die vom Herausgeber Stefan Kadelbach in der Einleitung entfaltete Grundannahme des Bandes lautet, dass es über das (primär ökonomisch verstandene) Effektivitätsgebot von Entwicklungspolitik hinaus andere, ergänzende Rechtfertigungsgründe für diese Form der internationalen Zusammenarbeit geben sollte, vor allem solche, die Gerechtigkeitserwägungen miteinbeziehen.

Vor diesem Hintergrund spannen die neun Beiträge aus Ethnologie, Soziologie, Philosophie, politischer Theorie und Recht ein weites Feld auf: von der Lehrerbildung in Nigeria (Björn Loewe) über die WM 2010 in Südafrika als Entwicklungsmotor (Matthias Gruber) und Vergangenheitsbewältigung in Kambodscha, Ruanda und Guatemala im Vergleich (Kira Auer) bis hin zu einem Beitrag aus der entwicklungstheoretischen

Grundlagenforschung zum derzeit dominanten Verständnis von Entwicklung als „Nachhaltiges Wohlbefinden“ (Daniel Dückers). Ein geographischer Schwerpunkt auf dem afrikanischen Kontinent ist unverkennbar. Dass sich bei der Forschungsagenda des Bandes kein Artikel explizit mit der Griechenland-Krise auseinandersetzt, ist bedauerlich; zumal ein Beitrag zu Europa deutlich gemacht hätte, dass sich entwicklungspolitische Konstellationen keineswegs auf den globalen Süden beschränken.

Wie so oft bei Sammelbänden sind die einzelnen Artikel von unterschiedlicher Qualität. Hervorzuheben sind die philosophischen und politiktheoretischen Beiträge: Julian Culp entfaltet in Auseinandersetzung mit Amartya Sen und Martha C. Nussbaums auf menschliche Fähigkeiten abhebenden Entwicklungsbegriff einen diskurstheoretischen Ansatz zu einer gerechtigkeitsbasierten Entwicklung. In Abgrenzung zu Nussbaums (minimalem) Entwicklungsmaßstab, einem absolut gesetzten Katalog von zehn menschlichen Fähigkeiten, vertritt Culp die These, dass es primär darauf ankomme, Institutionen zu schaffen, die einen demokratischen Entscheidungsfindungsprozess garantieren, weil sich Gerechtigkeit nur und erst in zwischenmenschlichen Beziehungen herstellen ließe.

Die Philosophin Franziska Dübgen präsentiert in ihrem Beitrag ein Modell reflexiver Solidarität zur Rechtfertigung von Entwicklungszusammenarbeit. Aufbauend auf postkoloniale und *post-development*-Literatur erklärt sie Reziprozität, Horizontalität und Offenheit zu Kernelementen reflexiver Solidarität und grenzt diese von der gängigen „Solidarität-als-Hilfe“ ab, die auf Einseitigkeit, Vertikalität und Distanz beruhen würde. Interessant wird der Artikel dadurch, dass Dübgen ihr Modell einem Praxistest unterzieht und es an das von Christoph Schlingensief in Burkina Faso errichtete Operndorf anlegt. Denn während die Autorin selbst das Treiben im Dorf als „innovative Form einer solidarischen Praxis“ (S. 209) resümiert, schildert die vorangehende Analyse vor allem die enormen Schwierigkeiten, die das Projekt sowohl auf künstlerischer als auch auf persönlicher Ebene begleiteten. So wird deutlich, wie fließend letztlich die Übergänge zwischen Dübgen zwei Solidaritätsmodellen sind.

Dorothea Gädeke schließlich lotet in einem sehr lesenswerten Artikel die normativen Grundlagen und Grenzen externer Demokratieförderung aus. Anstelle der „kollektiven Selbstbestimmung“, die durch Einmischung verletzt werden würde, verwendet sie im Anschluss an Philipp Petit den

Strukturbegriff der „Nicht-Beherrschung“, mit dem eine relationale Konstellation beschrieben wird, die nicht auf Unabhängigkeit beziehungsweise Nicht-Einmischung abhebt, sondern auf die Freiheit von Willkür. Dadurch lenkt sie den Blick weg von der eigentlichen Demokratieförderungsmaßnahme selbst und stärker auf die ihr unterliegenden Machtstrukturen und gelangt zu dem Schluss, dass der Imperialismus-Vorwurf, der oft gegen externe Demokratieförderung vorgebracht wird, nicht ganz aus der Luft gegriffen sei. Die Autorin leitet daraus die Forderung ab, dass Demokratieförderung zuallererst sich selbst und die internationalen Beziehungen demokratisieren müsse.

Dass die internationale Gebergemeinschaft in ihren entwicklungspolitischen Projekten und Programmen selbst stärker diejenigen Regeln und Normen befolgen sollte, die sie den Adressaten aufgibt, klingt auch in den Beiträgen von Jacqueline Neumann zu Rechtsstaatsvorstellungen in Kenia und von Léonie Jana Wagner zu den normativen Grundlagen menschenrechtsorientierter Entwicklungspolitik an. Möchte man also aus dem Band ein Fazit zum Ist-Zustand der Entwicklungspolitik und ihren normativen Grundlagen ableiten, so ist, auch mit Blick auf das Scheitern, das sich wie ein Grundtenor durch die ethnologischen Fallstudien zieht, ernüchtert festzuhalten, dass sie derzeit weder besonders effektiv noch besonders gerecht gestaltet wird.

Nashville, TN

Martin Rempe

### **Arabische Revolten – Einbahnstraße Demokratie?**

*Tamer, Georges/Röbbelen, Hanna/Lintl, Peter (Hrsg.): Arabischer Aufbruch. Interdisziplinäre Studien zur Einordnung eines zeitgeschichtlichen Phänomens, 340 S., Nomos, Baden-Baden 2014.*

Der Sammelband „Arabischer Aufbruch“ beschäftigt sich mit den Revolutions- und Protestwellen, die seit 2011 die arabischsprachige Welt bewegen, und wirft über verschiedenste akademische Disziplinen hinweg – von Politikwissenschaft über Islamwissenschaft bis hin zur Rechtswissenschaft – die Fragen nach der Deutung der Umbrüche und ihren sozio-politischen Konsequenzen auf. Das Werk gliedert sich in Metaanalysen, kritische und komparative



Betrachtungen, Darstellungen zur „Kunst der Revolte“ und Länderstudien.

Mit dem Begriff „Aufbruch“ wird der Versuch unternommen, die hegemonial gewordene Bezeichnung „Arabischer Frühling“ mit einer anderen Perspektive politischen Neuanfangs zu kontrastieren, die „in nüchtern ausgewogener Weise“ (S. 13) und jenseits eines zyklisch-saisonalen Argumentationsmusters die arabische Zeitgeschichte betrachtet. Georges Tamer weist in der Einleitung interessanterweise auf ein bekanntes Motiv des Aufbruchs in der altarabischen Dichtung (*qasida*) hin, das die Reise eines Dichters beschreibt. Die Reise markiert den Anfang seines Bruches mit der Vergangenheit: In dem Moment, in dem er aufbricht, weiß er, dass ihm nur noch die Erinnerung an den verlassenen Ort bleibt, er aber nie wieder dorthin zurückkehren wird. Aufbruch ließe sich hier als eine Figur des „Dazwischens“ revolutionären Handelns deuten: Während die Vergangenheit noch zu überwinden und zu verarbeiten gilt, zeichnet sich bereits eine Zukunft ab, welche die revolutionierenden Subjekte versuchen, zu gestalten – ohne jedoch voraussehen zu können, welche gesamtgesellschaftlichen und historischen Konsequenzen ihre Handlungen haben.

Leider schleicht sich der Begriff „Arabischer Frühling“ nach der überzeugenden Einleitung nun doch an vielen Stellen im Sammelband ein. Der eingangs genannte Versuch, eine alternative Bezeichnung zu begründen, die zum einen aus der arabischen Ideengeschichte inspiriert ist und zum anderen nicht das Scheitern der Bewegung antizipiert – alle in der neuzeitlichen Geschichte bezeichneten „Frühlinge“ sind gescheiterte Revolutionsversuche – wird folglich nicht stringent verfolgt. Ferner geht mit der Begriffswahl „Arabischer Frühling“ die methodologische Haltung einher, den Selbstdeutungen und Bezeichnungen der Akteure wenig Beachtung zu schenken. Schließlich wird der Begriff nicht von den Akteuren selbst, sondern lediglich von wissenschaftlichen und journalistischen Beobachtern aus dem globalen Norden verwendet. Das ist sehr bedauernd, insbesondere weil die Autoren des Sammelbandes offenkundig über sprachliches, kulturelles und historisches Wissen verfügen, um die Diskurse innerhalb der arabischsprachigen Welt tiefgründiger zu begreifen.

Der Islamwissenschaftler, Reinhard Schulze, weist darauf hin, dass in arabischsprachigen Kontexten die Ereignisse in Tunesien, Ägypten und Libyen „Revolution“ (*thaura*) oder „Auflehnung“ (*intifada*) genannt werden. Wenngleich der

Autor wahrnimmt, dass die Akteure nach Bürger- und Partizipationsrechten rufen, so hält er beharrlich an der Behauptung fest, die Protestierenden kämpfen dennoch weder für genuin politische Freiheit noch für politische Rechte, sondern lediglich für die Verbesserung ihrer individuellen, sozialen Bedingungen. Mehr noch: Die Forderungen der gesamten arabischsprachigen Welt 2011 interpretiert er als „anti-politisch“, da sie in keiner „politischen Revolutionsprogrammatur“ oder „Normenutopie“ begründet seien (S. 69). Diese Behauptung kommt ohne eine nähere Analyse aus – weder untersucht der Autor politische Streitschriften und Diskurse von menschenrechtlichen, feministischen, gewerkschaftlichen oder parteipolitischen Akteuren, die es zumindest in Tunesien und Ägypten sehr wohl gibt, noch erörtert er, was aus seiner Sicht *politisch* ist und inwiefern die diskursiven und subversiven Handlungen der Akteure des arabischen Aufbruchs nicht politisch oder „anti-politisch“ seien. Er lehnt die Bezeichnung „Revolution“ für die arabischen Umbrüche ab, ohne jedoch die Gründe für diese Ablehnung transparent zu machen.

Seine Haltung pointiert sich in der Aussage: „Die Revolten waren Ausdruck einer akephalen, also *kopflosten* sozialen Mobilisation von 100.000 Menschen“ (S. 71, Hervorhebung NA). Die Begründung, die Narrative der Akteure nicht ernst nehmen zu müssen, da die Akteure ohnehin nicht über Reflexionsfähigkeiten verfügen, sowie die These, soziale Forderungen seien inkompatibel mit politischen Ansprüchen, sind kaum überzeugend. Sie tragen wenig zum Verständnis der Forderungen der Aktivisten, ihren Protestmotivationen und politischen Ideenhorizonte bei.

Eine alternative Herangehensweise wählt der Rechtswissenschaftler Mathias Rohe. Er interessiert sich in einem sehr gelungenen Beitrag für die verfassungsrechtlichen Entwicklungen und rechtspolitischen Debatten in Ägypten und Tunesien, die den Umbrüchen von 2011 folgen. Dabei stellt er die Diskussion zum Verhältnis von Staat und Religion, zur Stellung und Interpretation der Scharia sowie zu religiösen Minderheiten- und Frauenrechten ins Zentrum seiner Überlegungen. Besonders interessant ist der Artikel, da er zum einen eine „Systematisierung von Schlüsselfragen und -positionen der politischen Akteure“ (S. 133) vornimmt und zum anderen aufzeigt, wie sich diese Fragen und Positionen auf den verfassungsgebenden Prozess *de facto* niederschlagen. So legt Rohe dar, dass beide Verfassungsentwürfe – so unterschiedlich sie im Detail auch sein mögen – eine Referenz auf die Scharia

aufweisen, die „in wesentlichen Teilen säkular und menschenrechtsorientiert“ (S. 137) ist. Der Begriff „Säkularität“ (*ilmaniyya*) wird dabei sowohl im ägyptischen als auch im tunesischen Kontext vermieden, da er einerseits mit „Religionsfeindlichkeit“ verwechselt wird und andererseits negativ konnotiert ist, da die Diktaturen Mubaraks und Ben Alis unter dem Deckmantel der Säkularität politische Feinde verfolgt, unrechtmäßig inhaftiert und gefoltert haben. In Abgrenzung dazu lässt sich in beiden neuen Verfassungen der Begriff des „Zivilstaates“ (*daula madaniyya*) ausmachen, der die religiöse Neutralität des Staats und den Schutz religiöser Minderheiten gewährleisten soll.

Hanna Röbbelen, Islamwissenschaftlerin, stellt in ihrem überzeugenden Artikel Graffiti-Kunst als Widerstandsform ägyptischer Frauen gegen sexuelle Belästigung und für *gender-empowerment* vor. Sie legt dar, dass diese Graffiti neue, provokative Denkpulse setzen und auf diese Weise nicht lediglich eine Sichtweise historischer, politischer, gesellschaftlicher oder persönlicher Ereignisse formulieren. Vielmehr tragen sie mit ihrer Kunst dazu bei, gesellschaftliche Normen und frauenfeindliche Stereotype mit einer Darstellung von emanzipierten, selbstbewussten und kämpferischen Frauen zu konfrontieren. Graffiti-Kunst kann folglich auf lange Sicht als Mittel gegen misogynen Attitüden angesehen werden.

Einer ähnlichen Thematik folgend untersucht die Arabistin, Friederike Pannewick, die Bedeutung literarischer und künstlerischer Auseinandersetzungen mit den Diktaturen in Syrien, Ägypten und im Libanon. Sie geht der Frage nach, ob sich die Formen widerständischen Denkens in Zeiten, in der die Diktaturen „stabil“ erscheinen und in revolutionären Momenten des Umbruchs, verändern. Anhand einer beeindruckenden Analyse von Prosa, Lyrik, Satire und Straßenkunst des arabischsprachigen Raumes in der prärevolutionären und revolutionären Phase stellt sie heraus, dass sich politischer Dissens unter Diktaturen auf indirekte Art und Weise äußert, während es im Zuge der arabischen Revolten zu einer unverschleierte Konfrontation mit den Regimen kommt: Die „Mauer der Angst“ (S. 218) fällt und befreit eine unverblühte Kritik, die nicht mehr davor scheut, die zu stürzenden Diktatoren direkt zu adressieren, sie lächerlich zu machen und derart ihre unverrückbar erscheinende Autorität zu untergraben.

Den Beiträgen von Rohe, Röbbelen, Pannewick ist gemein, dass ihre Herangehensweisen sich nicht in eine strenge „Out-Put-Perspektive“ einschreiben, die lediglich an den kurzfristigen,

„eindeutigen“ Ergebnissen der Bewegungen interessiert ist. Vielmehr versuchen sie, zu verstehen, welche gesellschaftlichen, politischen, sozialen und künstlerischen Veränderungen diese Bewegungen überhaupt möglich gemacht haben. Auch die Politologin Irene Weipert-Fenner erinnert in ihrem Artikel daran, dass politische Transformation nicht als „linearer Prozess und Einbahnstraße Richtung Demokratie“ zu denken ist, sondern stets ambivalent, ergebnisoffen und nicht-linear ist (S. 264).

Der interdisziplinäre Sammelband stellt eine teils einführende, teils detaillierte Analyse des „Arabischen Aufbruchs“ dar, die vor allem in ihren komparativen Ansätzen, in den Länderstudien und den Analysen zur Bedeutung der Kunst differenziert und bereichernd ist.

Paris/Aachen

Nabila Abbas

## Bundespräsidenten zum 8. Mai

*Schmaler, Dirk*: Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit. Zwischen Aufklärung und Verdrängung, 144 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2013.

Es ist Allgemeingut, dass Bundespräsidenten über wenig politische Macht verfügen, sondern sich vor allem über die Macht des Wortes ein gewisses Maß an moralischer Autorität verschaffen können. Ebenso ist es Allgemeingut, dass seit der großen Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 die „runden“ Gedenktage an das Kriegsende den Bundespräsidenten eine besondere Gelegenheit zur Ausübung dieser Form von Autorität bietet. Zwar ist bereits erforscht worden, welches Verhältnis die Bundespräsidenten (zumindest bis 1984) zur Geschichte hatten (Matthias Rensing), und auch der Gedenktag 8. Mai ist bereits Gegenstand einer Längsschnittanalyse gewesen (Jan-Holger Kirsch), aber dennoch kann man das Wissen darüber, wie sich die Präsidenten vor und nach Richard von Weizsäcker zum 8. Mai gestellt haben, kaum als Allgemeingut bezeichnen.

Der Gegenstand der Darstellung von Dirk Schmaler bietet insofern interessante Möglichkeiten. Leider werden diese kaum genutzt. Der Autor beschränkt sich im Kern darauf, die Bundespräsidenten in die ‚Guten‘ und die ‚Bösen‘ einzuteilen. Die ‚Guten‘ sind diejenigen, die aufklärerisch und „unverstellt“ mit der deutschen

Schuld umgehen und dementsprechend den 8. Mai uneingeschränkt als Tag der Befreiung bezeichnen und Opfer und Täter deutlich benennen. Böse sind solche, die das nicht tun, denn bei ihnen „saß die Niederlage und damit einhergehend wohl auch die nachhaltige Identifikation mit dem nationalsozialistischen Deutschland noch tief“ (S. 13). Was der Begriff der Nachhaltigkeit im Zusammenhang dieser extrem verkürzten und kaum näher begründeten Gleichsetzung vom Gefühl der Niederlage und der NS-Identifikation bedeuten mag, ist unklar; klar ist jedoch, wen der Autor zur letzteren Kategorie zählt: Heinrich Lübke und Karl Carstens natürlich, aber auch – wenn nicht im selben Ausmaß – Theodor Heuss und Gustav Heinemann. Bei Heuss ist die Einstufung vielleicht etwas überraschend. Zwar billigt Schmalzer ihm auf den sieben Seiten, die sich mit dem ersten Bundespräsidenten beschäftigen, zu, dass er wegen einiger Reden „wenigstens partiell als aufklärerisch gelten“ (S. 38) könne – gemeint ist in erster Linie die Präsidentenrede von 1952 zur Eröffnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen! Aber in der Rede vom 8. Mai 1955, in der Heuss von der „Zwielichtigkeit“ dieses Gedenktages, von der Ambivalenz von Erlösung und Befreiung gesprochen hatte, findet der Autor nichts Aufklärerisches, „da der Ausdruck vom Befreit-Sein [...] nicht positiv gefasst“ (S. 35) werde. Der von Heuss geprägte Begriff der Kollektivscham – der etwas wohlwollender so interpretiert werden könnte, dass von jedem einzelnen Deutschen zu Recht erwartet werden könne, sich für die Untaten des NS zu schämen – wird „allein auf die Schande der internationalen Veröffentlichung der Verbrechen“ (S. 36) bezogen. Wenn Heuss, ein Berufspolitiker der Weimarer Republik, dem nach 1933 jede politische Betätigung verboten war, der also einem Berufsverbot durch ein totalitäres Regime unterworfen war, sich mit dem Begriff der deutschen Schuld schwertat, dann wirkt es etwas selbstgerecht, ihm die „semantische Abgrenzung zwischen Hitler und dem unterdrückten Volk“ (S. 35) vorzuwerfen. Erst ganz am Ende des Buches, wenn Schmalzer davon spricht, dass die Präsidentenreden auch „Ausdruck der Mehrheitsmeinung“ (S. 129) waren und kaum etwas anderes sein konnten, bekommt man eine Anmutung davon, dass 1949 so wenig jemand Bundespräsident hätte werden können, der nur von deutscher Schuld sprach, wie 1994 ein Steffen Heitmann, der sich nicht im Einklang mit der westdeutschen Mehrheitsmeinung befand.

Im Zusammenhang mit Lübke kommen alle klassischen Stereotype vor, einschließlich

der unkommentierten Zitation des Vorwurfs, „KZ-Baumeister“ gewesen zu sein. Die umfassende Lübke-Biographie von Rudolf Morsey, die dazu einiges zu berichten weiß, wird nicht zur Kenntnis genommen. Lübke hat zwar am 8. Mai 1965 gar keine Rede gehalten, aber seine übrigen geschichtspolitischen Reden bestätigen „die Tendenz zum Beschweigen und zur Schuldabwehr“ (S. 48). Immerhin findet der Autor manches bei Lübke komplexer und widersprüchlicher, als er offenbar erwartet hatte. Bei Heinemann beurteilt der Autor dessen Reden zur Reichsgründung und zur deutschen Freiheitsgeschichte vor 1933 durchaus als aufklärerisch. In seiner Ansprache zum 25 Jahre zurückliegenden Kriegsende jedoch gebraucht Heinemann das kollektivierende „Wir“ aus einer Opferperspektive – bei ihm persönlich als Mann der Bekennenden Kirche zwar verständlich, für einen Bundespräsidenten aber unverzeihlich, werden doch dadurch „alle Deutschen gewissermaßen zu Opfern“ (S. 56).

Überraschend gut wird Walter Scheel beurteilt. Dieser heute fast vergessene Bundespräsident nahm in seiner Rede zum 8. Mai von 1975 viele Motive der Weizsäcker-Rede voraus, ohne damit dieselbe öffentliche Resonanz finden, was der Autor zu Recht auf die unterschiedlichen Kontexte der Jahre 1975 und 1985 zurückführt. Es hat wohl auch damit zu tun, dass es nicht nur darauf ankommt, was man sagt, sondern auch wie man es sagt. Dass Weizsäcker zu den ‚guten‘ Bundespräsidenten gezählt wird, ist fast selbstverständlich. Für Roman Herzog und Johannes Rau gilt das auch (selbst wenn in die Amtszeit des Letzteren kein rundes Gedenkjubiläum fiel). Bei Horst Köhler jedoch, der sich zwar zur Schuldfrage und zur Befreiung eindeutig äußert, aber die Aufarbeitung viel zu positiv sieht und die deutschen Opfer zu sehr betont, zögert der Autor, ihn zu den ‚guten‘ Bundespräsidenten zu zählen. Dagegen wird Christian Wulff gegen Kritik in Schutz genommen, weil dieser sagte, dass das Verbrechen von Auschwitz „ewig auf der Geschichte der Deutschen lasten“ (S. 127) werde.

Wenn der Autor im knappen Fazit „Deutschlands Bundespräsidenten“ vorwirft, „geradezu ihre Aufgabe darin [zu sehen], Geschichte mit dem Anspruch zu interpretieren, den Deutschen Möglichkeiten zur Identifikation zu bieten“ (S. 129), verkennt er, dass das zu deren Job-Beschreibung gehört. Andere Gemeinsamkeiten mancher Reden, wie das Streben nach „Erlösung“ – Weizsäcker hatte mit dem auf die Kabbala zurückgehenden Spruch, das Geheimnis der

Erlösung liege in der Erinnerung, geschlossen – oder „Vergebung“ – um die Rau seiner Rede in der Knesset ganz explizit gebeten hat – und die im Grunde eine Zumutung darstellen, geraten nicht in den Blick.

Das schmale Buch, das zwischen dem eigentlichen Gegenstand und einer alle bekannten Stichworte kurz antippenden Gesamtdarstellung schwankt und dem zudem ein etwas gründlicheres Schlusslektorat gut getan hätte, ist kein viel versprechender Auftakt für eine neue Veröffentlichungsreihe „zur Aufarbeitung der NS-Herrschaft“.

Jena

Torsten Oppeland

### **„Deutsches Europa“**

*Bolaffi, Angelo: Deutsches Herz. Das Modell Deutschland und die europäische Krise, 287 S., Klett-Cotta, Stuttgart 2014 (italien. 2013).*

Dass die deutsche Politik seit Beginn der europäischen Wirtschaftskrise bei seinen, vor allem südeuropäischen Nachbarn zunehmend auf Ablehnung stößt, dürfte nicht erst seit dem radikalen Regierungswechsel in Griechenland kaum jemand entgehen. Das führt in Deutschland zu häufig pauschalen oder ignoranten Abwehrreaktionen, welche den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entsprechen. In besonderen Maße gilt das für die deutsch-italienischen Beziehungen, die sich nach dem Eindruck mancher Beobachter in einem Zustand ‚schleichender Entfremdung‘ befinden. Wenn sich hier auf italienischer Seite Neid- und Unterlegenheitsgefühle breitmachen, verstärkt sich auf der deutschen die Überheblichkeit.

Da will er deshalb gar nicht passen, dass ein Buch eines italienischen Philosophen erscheint, in dem das ‚Modell Deutschland‘ in der europäischen Krise mit einer Vehemenz verteidigt wird, wie das seit 1989, aber eigentlich seit 1945 noch kaum je geschehen ist. Es handelt sich ohne Frage um das wichtigste Buch zur ‚deutschen Frage‘, das seit langem in Italien erschienen ist. Glücklicherweise ist es auch ins Deutsche übersetzt worden. Der Autor, Professor für Politische Philosophie an der Sapienza in Rom, lernte Deutschland in den unruhigen siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kennen, als er mit einem Stipendium des DAAD ein Jahr

in Berlin verbringen durfte. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands überraschte er 1995 mit dem Buch „Die schrecklichen Deutschen. Eine merkwürdige Liebeserklärung“, geschrieben von einem politischen Linken, der sich über seine sich verändernde Einstellung zu Deutschland selbst wunderte. Als außergewöhnlich erfolgreicher Direktor des Italienischen Kulturinstituts in Berlin drang er schließlich 2007 bis 2011 endgültig in das ‚Deutsche Herz‘ ein.

Den Anstoß, das vorliegende Buch zu schreiben, gab Bolaffis Entsetzen darüber, „wie sehr das Bild, das die italienischen und europäischen Medien von Deutschland verbreiteten, von der Wirklichkeit eines einzigartig dynamischen Landes abwich“. Ein politisch motiviertes Buch also, aber geschrieben von einem intimen Kenner der deutschen Geistesgeschichte seit der Aufklärung und einem genauen Beobachter der deutschen Politik nicht erst seit der Wiedervereinigung.

Bolaffi trägt sein Plädoyer für einen differenzierten Blick auf das heutige Deutschland in drei Schritten vor. In einem ersten versucht er zu erklären, weshalb mit dem Fall der Berliner Mauer der europäische Einigungsprozess in die Krise geraten sei. Habe das „auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs“ geborene Europaprojekt dazu gedient, den westdeutschen Teilstaat politisch einzubinden, sei das wiedervereinigte Deutschland nunmehr ins Zentrum der europäischen Politik gerückt und gewissermaßen vom Nachwuchsspieler zum Spielführer avanciert. Die bis dahin führenden europäischen Politiker (Bolaffi nennt Margaret Thatcher und François Mitterand, aber auch Giulio Andreotti) hätten geglaubt, diesen für sie ebenso wie für die Deutschen völlig überraschenden Umsturz aufzuhalten zu können, seien aber an den für die deutsche Einigung letztlich entscheidenden Großmächten der USA und der Sowjetunion gescheitert. Frankreich und Großbritannien hätten daraufhin versucht, das „neue Großdeutschland“ durch die gemeinsame Währung des Euro zu bändigen. Das ist zwar historisch nicht ganz zutreffend, da die Einführung des Euro schon vor der deutschen Wiedervereinigung geplant wurde und diese nur zu seiner überstürzten Durchsetzung führte. Bolaffi hat aber zweifellos recht, wenn er es für einen allerdings „unvermeidlichen“ historischen Fehler hält, den Euro als „Prämisse statt als Schlussstein“ einer europäischen Wirtschaftspolitik einzuführen.

Es liegt nahe, dass der Autor den seit 1989 sich abzeichnenden „europäischen Zwiespalt“ am Beispiel des deutsch-italienischen Verhältnisses



aufzeigt. Beide Länder hätten nach der Überwindung ihrer faschistischen Vergangenheit das Europaprojekt als „funktionalen Ersatz“ für ihre problembehaftete nationale Identität angesehen. Die Rückkehr des (vereinigten) Deutschlands in die Mitte Europas hat nach der klarsichtigen Formulierung Bolaffis Italien jedoch an den Rand Europas gedrängt, „aus demographischen, wirtschaftlichen und auch politischen Gründen“. Deutschland habe sich durch strukturelle Reformen für den globalen Wettbewerb gerüstet und in Europa nolens volens eine Führungsrolle übernommen, während Italien demgegenüber bei seinem „inflationären Modell“ geblieben sei. Bolaffi schiebt letzteres zwar etwas einseitig der wirtschaftspolitischen Misswirtschaft der Regierungen Berlusconi zu, obwohl es letzten Endes bis heute nicht beseitigte strukturelle politische und wirtschaftliche Defizite waren, die Italien zum Verlierer des Globalisierungsprozesses gemacht haben. Mit seinem Urteil, Italien habe „im Grunde die Herausforderung des Euro nicht gemeistert“, belegt er das jedoch im Grunde selbst.

In einem zweiten Schritt geht es Bolaffi um den Nachweis, dass das wiedervereinigte Deutschland ein ganz neues Deutschland sei; ein „postdeutsches Deutschland“, wie er das Land mit einer paradoxen Formulierung bezeichnet. Alle europäischen Ängste vor einem ‚vierten Reich‘, wie sie gerade auch in Italien im Umlauf sind, hält er – wobei man ihm nur nachdrücklich zustimmen kann – für unsinnig. Drei Gründe nennt er dafür: Deutschland habe sich erstens, anders als die „baltischen Staaten, Ungarn, Österreich und sogar Frankreich“ (Italien fehlt allerdings in dieser Aufzählung), seiner historischen Verantwortung für die Verbrechen des ‚Dritten Reiches‘ gestellt. Es habe sich zweitens entschlossen, sich ohne wenn und aber auf den Weg nach Westen zu begeben, womit ein eindeutiger Bruch mit der deutschen Tradition seit der Reichsgründung von 1871 vollzogen worden sei. Bolaffi meint, dass dafür vor allem die Intellektuellen jüdischer Herkunft gesorgt hätten, die nach Kriegsende nach Deutschland zurückgekehrt seien – eine vielleicht doch allzu intellektualistische Vermutung, die zu belegen allerdings auch Bolaffi noch weitere Forschungen für nötig hält.

Als dritten Grund für die historische Formveränderung Deutschlands sieht Bolaffi schließlich die Sonderform des modernen Kapitalismus an, die im westlichen Deutschland nach 1945 entwickelt worden sei. Er benutzt dafür den alltagssprachlichen Terminus des „rheinischen Kapitalismus“, den er jedoch präzise als „korporativen Kapitalismus“

beschreibt. Auf gegenseitiger Sozialpartnerschaft von Unternehmern und Arbeitnehmern beruhend und mit einer nur den Rahmen setzenden, aber nicht in den Wirtschaftsprozess direkt eingreifenden Politik, stehe diese Spielart des Kapitalismus im Gegensatz zum angelsächsischen Neoliberalismus, aber auch zum keynsianischen Sozialkapitalismus sozialdemokratischer Manier.

In einem dritten Schritt plädiert Bolaffi schlussendlich geradezu emphatisch für eine deutsche Hegemonie in Europa. Diese solle jedoch nicht auf Dauer bestehen, sondern in einer „neuen materiellen Verfassung“ Europas aufgehoben werden, die sich am deutschen Wirtschafts- und Sozialmodell orientieren müsse. Bolaffi hat also keinen europäischen Zentralstaat im Auge, sondern eine „Föderation von Nationalstaaten“. Mit dieser politischen Vision verlässt er sicherlich seine geistes- beziehungsweise wirtschaftsgeschichtlich abgesicherten Überlegungen. Auf bloße Wissenschaftlichkeit kommt es ihm aber nicht an, er versteht sein Buch ganz offensichtlich als Beitrag zu einer politischen Debatte. In der endgültigen Lösung der ‚deutschen Frage‘ sieht er die Voraussetzung für eine europäische Einigung als geschaffen an. Dabei verkennt er durchaus nicht, dass den Deutschen damit eine „unerwünschte Verantwortung“ zugeschoben wird. Nur wenn sie diese annähmen, das ist jedoch die klare politische Botschaft des Buches, könne Europa im Zeichen der Globalisierung seine Zukunft meistern. Es ist wichtig, dass Bolaffis großartiges Buch damit nicht nur als Eloge auf Deutschland gelesen werden kann, sondern auch als nachdrückliche Aufforderung an die Deutschen, ihre neue europäische Verantwortung wahrzunehmen.

Köln

Wolfgang Schieder

### Überfällige Grundsatzkritik

*Kielmansegg, Peter Graf: Wohin des Wegs, Europa? Beiträge zu einer überfälligen Debatte, 163 S., Nomos, Baden-Baden 2015.*

Die Diskussion über Europa – eine überfällige Debatte, wie der Buchtitel nahelegt? Nun ist es keineswegs so, dass sich die Fachwissenschaftler, die Sachbuchautoren, die Politiker oder die Journalisten in den Feuilletons bislang über den Zustand der europäischen Integration ausgeschwiegen hätten. Angetrieben von einer nicht

enden wollenden Krise der Europäischen Union ist vielmehr die zunehmend kontroverse Diskussion über den Zustand der europäischen Einigung seit Langem in aller Munde. Das demonstriert das kompakte Buch von Kielmansegg schließlich selbst: Es versammelt frühere Beiträge des Autors, die er schon vor einigen Jahren in fachwissenschaftlichen Organen und in Printmedien veröffentlicht hat, womit also die „Überfälligkeit“ der Debatte zunächst einmal zu einer seit längerem anhaltenden „Präsenz“ zurückgestuft wäre.

Angesichts der zahllosen Beobachtungen und Argumente, die bereits zur Lagebeurteilung der europäischen Einigung vorliegen, dürfte man eigentlich gar keinen überraschenden Erkenntnisgewinn von Kielmanseggs Buch erwarten. Dennoch strahlt dieses Buch auch für die Kenner der Materie einen eigentümlichen Reiz aus: Kielmansegg gelingt es vorzüglich, eine kompakte, flüssig geschriebene, argumentativ gehaltvolle und systematisch geordnete Grundsatzkritik der europäischen Integration zu liefern. Er wahrt eine wohlthuende Distanz zu jeglicher Gesundheitserei der europäischen Lage, die vor allem in Politikerkreisen verbreitet ist und eher öffentlichen Missmut, als die Förderung von Akzeptanz hervorbringt. Kielmansegg will den europäischen „Konsenszwang“ (S. 30) und die „Zustimmungsrituale“ (S. 87) hinter sich lassen und im Europadiskurs mehr skeptische, abwägende Stimmen zu Wort kommen lassen. Er zeigt tatsächlich treffend die Inkonsistenzen, Paradoxien, brisanten Dynamiken und bedrohlichen Entwicklungstendenzen der europäischen Integration auf. Insofern dient das Buch nicht dem Zweck, eine profunde fachwissenschaftliche – im Falle von Kielmansegg eine politikwissenschaftliche – Neubewertung der europäischen Integration vorzunehmen und eine Handreichung für den Experten bereitzustellen, der beabsichtigt, den neuesten Stand der Forschung zu rekapitulieren. Stattdessen stellt es eine reichhaltige Argumentationshilfe für diejenigen dar, die ihrer diffusen Europaverdrossenheit systematischen Ausdruck zu verleihen versuchen. Das Buch versorgt den Leser nicht mit integrationspolitischem Detailwissen, sondern mit dichten Einschätzungen zu den Widersprüchen und Brüchen, in die das europäische Projekt geraten ist. Darin liegt allenfalls ein Element der Überfälligkeit – den kritischen Abwägungen der Europapolitik mehr Raum zu verleihen.

Im Blick auf die gegenwärtige Krisenlage konstatiert Kielmansegg, dass die innere Dynamik des europäischen Binnenmarkts einen zerstörerischen Effekt ausübt: Sie entfernt sich

immer weiter von dem ursprünglichen Einigungsziel der homogenisierenden Wohlstandsmehrung und Niveauangleichung zugunsten einer Spaltung zwischen den wirtschaftlichen Integrationsgewinnern auf der einen Seite und den Abhängigen von internen Transferleistungen auf der anderen Seite. Das bringt keinen europäischen „Gemeinsinn“ (S. 20) hervor, sondern Asymmetrien, Zwietracht und Enttäuschungserfahrungen. Gleichzeitig lässt sich die andere Ursprungsidee der europäischen Integration, zukünftig mit einer Stimme in der Welt zu sprechen und politisch wie ökonomisch zum machtvollen *global player* aufzusteigen, auch nicht verwirklichen. Machtvoll sind nur einige wenige europäische Kernstaaten, und der Kreis der *global player* setzt sich durchaus auch aus Mitspielern in anderen Weltregionen zusammen. Zunehmend treten private Akteure in den Vordergrund und bestimmen die Ausrichtung von Kooperationszielen – ein Aspekt, der bei Kielmansegg nur angedeutet wird und ausführlicher hätte ausgearbeitet werden können. Die Nationalstaaten sind jedenfalls als Referenzpunkte für grundlegende politische und ökonomische Zieldefinitionen und für die entsprechende Zielerreichung nicht auszumerzen. So ergibt sich gleichzeitig ein eklatantes Demokratiedefizit: Die Europäische Union liefert keine tragfähige Projektionsfläche für die Identität von Bürgerinnen und Bürgern, weil sie nicht als die maßgebliche Rahmenordnung für den Umgang mit ihren Bedürfnissen, Interessen, Wünschen, Sorgen und Ängsten in Erscheinung tritt. Die „Europäisierung des Bewusstseins“ (S. 68) bleibt aus, bedeutsame europapolitische Entscheidungen stehen nicht in Wahlen zur Entscheidung, sondern an den Verhandlungstischen und in den Hinterzimmern der europäischen Regierungschefs. Der Autor wählt in Bezug auf die deutsche Integrationspolitik ein drastisches Bild: „Europapolitik wurde in Deutschland über Jahrzehnte nach Art des aufgeklärten Absolutismus getrieben“ (S. 120). Das wirtschaftspolitische Leistungsvermögen der Europäischen Union reicht wiederum, zumal in Zeiten der immer ungleicher ausfallenden Verteilung auf die Bevölkerung der Mitgliedstaaten, für eine genuin demokratische Legitimation nicht aus. Die rasant vollzogenen Erweiterungsrounds der Europäischen Union verschärfen das Problem noch: Die internen Asymmetrien verstärken sich, und das Größenwachstum erbringt keinen Bedeutungsgewinn. Kielmansegg betont, dass ein vereinigtes Europa „Grenzen“ habe und diese integrationspolitisch zum Ausdruck bringen müsste, um begreifbar für seine Bewohner zu

werden und seinen Leistungsanspruch auf ein realistisches Maß zu limitieren. Die territoriale und auf die Reichweite der Regulierung bezogene Entgrenzung des europäischen Projekts hält er für ein unbedachtes „Programm der Selbstzerstörung“ (S. 51).

Im Blick auf die gegenwärtige, anhaltende Europa- und Eurokrise trifft Kielmansegg in harten Worten durchweg einleuchtende Feststellungen: Sie führe zur Rückkehr zu einem „kooperativen Modus“ (S. 98), angeleitet von einigen wenigen Führungsmächten, zu einem „Oktroi der politischen Eliten“ (S. 101) und zu einer „vormundschaftlichen Politik“ (S. 110); sie bringe dementsprechend die Marginalisierung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente mit sich. Gleichzeitig trage sie aber auch zur Distanzierung der Bürgerinnen und Bürger von dem gewohnten „permissive consensus“ bei, auf dessen Basis sie alle Integrationsdynamiken in der Aussicht auf friedvolle Konfliktaustragung und Wohlstandsgewinne bislang bereitwillig gutgeheißen haben. Die Krise stelle die Solidaritätserwartungen infrage, die bislang als Elemente einer Transferunion fraglos erfüllt worden sind. Die krisenhafte Währungsunion werde dementsprechend nur mehr despektierlich als „Haftungsunion“ wahrgenommen (S. 106). Der Verfasser zählt diese Merkmale unbeschönigt auf und zeigt klug die Facetten ihrer zerstörerischen Wirkung auf die Integrationsdynamik auf. In der Ursachenforschung hätte er freilich noch einen Schritt weiter gehen können: Es sind ja offenbar nicht nur genuin europäische Integrationsdynamiken, die das Krisenszenario hervorbringen, sondern strukturelle Widersprüche in dem in Europa seit längerem praktizierten Verhältnis zwischen der Marktfreiheit, dem Einfluss von Finanzakteuren, der staatlichen Lenkung sowie der Allokation von Ressourcen und öffentlichen Mitteln.

Wohin also des Wegs, Europa? Kielmansegg skizziert die vorherrschende Integrationsdynamik als eine Bewegung, bei der man im nebelumhüllten Wald der Optionen blind vorwärts marschiert und sich bemüht, bloß nicht innezuhalten. So schreibt der Autor der Titelfrage des Buches eigentlich einen ironischen Unterton zu: Die vermeintliche Wegbeschreibung erweist sich als kassiertes Umherirren, das die Problemursachen übersieht und Lösungsansätze verkennt. Es fehlt ihm die ernsthafte Erwägung von Alternativen zum Bestehenden. Insgesamt bleibt das betrübliche Resümee, dass der Europäischen Union, womit Kielmansegg wohl vor allem die richtungsweisenden politischen Kräfte und Exekutiven

meint, schlicht die notwendige „Lernfähigkeit“ fehle (S. 113). Das finde in Deutschland unter anderem darin seinen Ausdruck, dass das Bundesverfassungsgericht auffällig häufig und intensiv als Richtungsgeber und Kontrolleur der europapolitischen Leitlinien in Erscheinung trete. Kielmansegg kritisiert das, weil das Spiel mit den Optionen politischer Gestaltung der Verhängung von rechtlichen Verdikten geopfert werde.

Die in der Europapolitik spärlich zu verzeichnenden Überlegungen zu Reformen spalten sich zwischen dem altbackenen Ruf nach einem europäischen Bundesstaat und einer Stärkung von bürgerschaftlichen und parlamentarischen Mitwirkungsrechten auf. Bei näherer Betrachtung erweist sich jedoch, wie Kielmansegg plausibel darlegt, auch die vermeintliche Option einer stärkeren Demokratisierung als demokratietheoretisch unausgereifte Propagierung eines präsidentiellen Regierungssystems mit letztendlich eher schwachen Parlamenten. Alle Überlegungen über den möglichen Fortgang der europäischen Integration scheinen von Zentralisierungsphantasien geleitet zu sein, statt eine subsidiäre Umgestaltung zu erwägen. Dementsprechend finden sich bei Kielmansegg in Hinblick auf die Skizzierung von Auswegen mehrfache Verweise darauf, dass die Fixierung auf ein „immer größer und immer mehr“ eingeholt werden müsse von der Stärkung kleinteiliger Problemlösungen, von abgestuften Integrationskonzepten, von einer entschlossenen Praxis der Subsidiarität. Die Entschlossenheit zu entsprechenden Reformen traut Kielmansegg jedoch den gegenwärtigen, auf Integrationszuwächse fixierten politischen Eliten nicht zu. Deshalb richtet sich sein Buch gerade an diejenigen Bürgerinnen und Bürger Europas, die ein tiefes Unbehagen mit dem nur von den Eliten bestimmten Verlauf des europäischen Einigungsprozesses verspüren, aber ihre eigenen Gegenoptionen noch nicht recht zu artikulieren und erst recht nicht zur Geltung zu bringen vermögen. Kielmansegg stachelt an zum Nachdenken, zum Zweifeln, zur Suche nach Alternativen – inhaltsreich, in klaren Worten und in sprachlicher Eleganz.

Aachen

Emanuel Richter